NZZ Nr. 66
OKTOBER 2026

NZZ GESCHICHTE

Interview
Wie manipuliert der Kreml die Geschichte?



Der Abriss der DDR

Eine Erfolgsgeschichte – trotz allem

Seite 20

Porzellanfieber
Vor hundert Jahren wollten alle Geschirr aus Langenthal: Es stand für sozialen Erfolg
82

Am Zoll vorbei
Lange war Schmuggel über die Schweizer Südgrenze normal. Und sogar legal
94

Atomares Erbe
Könnte man ein AKW als Denkmal erhalten? Man müsste, sagt eine Expertin
106

VOLKSHOCHSCHULE ZÜRICH

Ringvorlesungen im Überblick

Wohin steuert die US-Aussenpolitik?

Eine Supermacht zwischen Überdehnung und Rückzug

Start: Montag, 19.10.2026

Beziehungen im Laufe des Lebens

Was uns verbindet, trägt und verändert

Start: Mittwoch 21.10.2026

Wie aus Glauben Macht wurde

Das Christentum im Mittelalter

Start: Donnerstag, 22.10.2026

Burgenland Schweiz

Neue Erkenntnisse zur Burgenforschung

Start: Dienstag, 17.11.2026

Genetik: Leben als Information

Künstliche Biologie und die Zukunft des Codes

Start: Montag, 19.10.2026

Medien und Demokratie unter Druck

Wahrheit, Klicks, Algorithmen & Manipulation

Start: Mittwoch, 21.10.2026

Claude Monet – Impressionen der Moderne

Licht, Farbe und der Aufbruch der Malerei

Start: Donnerstag, 22.10.2026

Die Vortragsreihen finden hybrid an der Universität Zürich und online statt. Alle Vorträge sind in sich abgeschlossen und können einzeln und ortsunabhängig via Zoom besucht werden.

vhszh.ch/
newsletter

vhszh.ch/
ringvorlesung

Liebe Leserin, lieber Leser

Der 6. September 2026 war ein historischer Tag. Das sagte jedenfalls Ulrich Siegmund: «Wir haben Geschichte geschrieben, liebe Freunde», verkündete der AfD-Politiker, nachdem seine Partei bei der Landtagswahl im ostdeutschen Bundesland Sachsen-Anhalt 44 Prozent der Stimmen geholt hatte. Wie dieses Ergebnis in die Geschichte eingeht, wird sich weisen. Denn die Bedeutung eines Ereignisses und seine langfristigen Wirkungen kann man aus der Gegenwart kaum je abschätzen.

Das gilt sogar für eine enorme Zäsur, wie sie Deutschland nach 1989 erlebte: Was das Ende der DDR bringen würde, stand damals nicht fest. Ja noch heute, über 35 Jahre später, gehen die Deutungen auseinander.

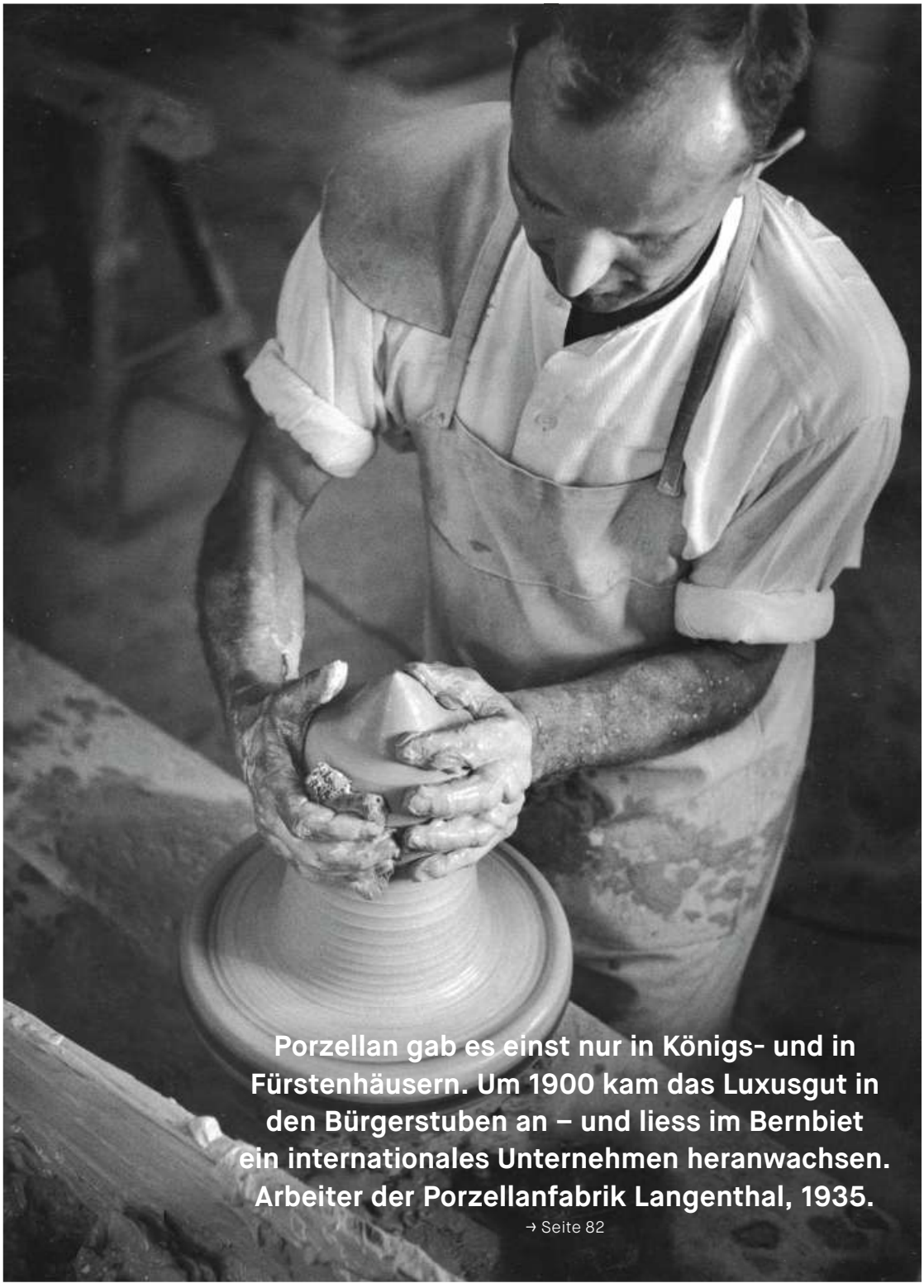
Manche Ostdeutsche nehmen die Vereinigung als Verlust wahr. Die AfD bedient dieses Gefühl – im Wahlkampf sangen ihre Vertreter die DDR-Hymne und versprachen, das «alte, sichere Deutschland» wiederherzustellen. Allerdings ist es aus der Distanz von mehreren Jahrzehnten durchaus möglich, eine relativ nüchterne Bilanz zu ziehen. Und wer das macht, zeigt der Autor unserer Titelgeschichte, kommt zu einem anderen Schluss: Gemessen an den Optionen und verglichen mit anderen Orten, hat der deutsche Osten nach 1989 eine veritable Erfolgsgeschichte durchlaufen.

Das soll nicht heissen, dass die Diktatur- und Wendejahre keine Spuren hinterlassen hätten – wir beleuchten das Erbe der DDR in dieser Nummer ausführlich. Nur kann dieses Vermächtnis allein nicht erklären, wieso es heute die AfD ist, die im Osten «Geschichte schreibt». Ich wünsche Ihnen anregende Lektüre.

Claudia Mäder, Redaktionsleiterin

Cover-Illustration: Jörn Kaspuhl

INHALT



Porzellan gab es einst nur in Königs- und in Fürstenhäusern. Um 1900 kam das Luxusgut in den Bürgerstuben an – und liess im Bernbiet ein internationales Unternehmen heranwachsen. Arbeiter der Porzellanfabrik Langenthal, 1935.

→ Seite 82

Bild: Beringer & Pampaluch, Archiv Porzellanfabrik Langenthal

INHALT

Das Ding

6 Gabel

Die Chinesen hatten elegante Stäbchen, die Europäer dagegen assen lange mit Messern und Fingern – und galten deshalb als barbarisch.
Von Christoph Ribbat

Interview

10 Kampf für die Wahrheit

Irina Scherbakowa erforscht den Sowjetterror und geriet damit ins Visier des Kremls. Woher kommt Putins Angst vor der Geschichte?
Von Martina Läubli

DDR

20 Abwicklung und Aufbruch

Wie privatisiert man eine ganze Volkswirtschaft? Die Ausgangslage war desaströs, und die Transformation in der ehemaligen DDR führte zu Katastrophen. Trotzdem funktionierte sie besser, als es heute gern dargestellt wird.
Von Hartmut Berghoff

36 Heisse Waren aus der Schweiz

Eine Schaltzentrale der DDR stand im Tessin: Von Lugano aus tätigte sie illegale Deals. Auch BRD-Grössen waren darin verwickelt.
Von Stefan Hördler

44 Eine Haft ohne Ende

Das Frauengefängnis Hoheneck galt als eine der schlimmsten Haftanstalten in der DDR. Zwei Frauen erzählen, wie sie und ihre Kinder mit den Erfahrungen der Haftzeit leben.
Von Sabina Zollner

56 Falsche Bärte, böser Wille

Fotos zeigen, wie sich Agenten der Stasi tarnten.
Von Daniel Di Falco

58 Hass im Friedensstaat

Völkerfreundschaft? Davon spürten Ausländer in der DDR wenig. Ab den 1970er Jahren kam es immer häufiger zu rassistischen Gewalttaten.
Von Franziska Pfister

68 Untauglich zur Demokratie?

Die Diktatur hat Spuren hinterlassen, das ist klar. Aber es ist fraglich, inwieweit die DDR-Zeit die heutigen Missstände im Osten erklärt.
Von Steffen Mau

Schlüsselmomente

78 Jugoslawienkriege

Als der Vielvölkerstaat auf dem Balkan zerbrach, erlebte Europa den blutigsten Krieg seit 1945.
Von Ute Frevert

82 Das bessere Leben war aus diesem Stoff gemacht

Hundert Jahre lieferte die Porzellanfabrik Langenthal das Geschirr, mit dem die Schweiz tafelte. Warum gingen 1998 die Öfen aus?
Von Oliver Meier

94 «Ganz liebe Kerle»

Schmuggler wurden lange als Helden gefeiert. In der Schweiz wurde ihr Treiben bis um 1970 sogar von den Behörden toleriert.
Von Daniele Papacella

Zugaben

106 Werkstatt

Anne-Catherine Schröter, Architekturhistorikerin, möchte ein AKW als Denkmal erhalten.
Von Daniel Di Falco

110 Empfehlungen

114 Das Buch meines Lebens

Von Sven Beckert

Gabel

Am Anfang war das Messer. Dann kam der Löffel. Den Rest erledigten die Finger. Kein Wunder, hielten die Chinesen mit ihren eleganten Stäbchen die europäische Tischkultur für barbarisch. Bis sich die Gabel hinzugesellte.

Text Christoph Ribbat **Illustration** Andrea Ventura

Ein Paar betritt ein Geschäft. In diesem Fall handelt es sich um Mann und Frau. Die beiden schauen nach Besteck. Das Verkaufspersonal führt sie zur Ware im Regal und ermuntert sie, zur besseren Entscheidungsfindung einzelne Utensilien doch einmal in die Hand zu nehmen. Nun ein Quiz, basierend auf langjährigen Kundenbeobachtungen: Nach welchem Esswerkzeug – Messer, Gabel oder Löffel – greift der Herr in der Regel zuerst? Und nach welchem die Dame? Fragt ein gewisser Peter Ramminger am Telefon und wartet auf eine Antwort.

NZZ Geschichte hat Ramminger kontaktiert, weil es in spezifischen Gabel- und allgemeineren Besteckangelegenheiten keinen besseren Gesprächspartner gibt als ihn. 1978 hat er, mit sechzehn, beim Haushaltswarengiganten WMF im südwestdeutschen Geislingen an der Steige eine Lehre zum Metallgraveur angefangen. Hat sich in der Firma hochgearbeitet, zum Designer, zum Designmanager. Er ist «Besteckler» – sein Ausdruck – durch und durch. Ramminger fasst die Gabelgeschichte des letzten halben Jahrhunderts zusammen: Die Zinken sind kürzer und platter geworden und anspruchsloser Edelstahl populärer als wieder und wieder zu wienerndes Silber. Er spricht auch Herausforderungen an. Immer öfter etwa schauen Menschen beim Essen auf einen Bildschirm. «Wie sicher ist dann der Transport?» – vom Teller zum Mund –, das frage man sich nun, so der Fachmann. Das Gabelschiff sei zu vertiefen, die Fläche unterhalb der Zinken also, damit heutigen Medien- und Nahrungskonsumenten auf dem Weg zu Zahn und Zunge nichts «herunterkugeln» könne.

Rammingers Damen-Herren-Shopping-Rätsel beantwortet *NZZ Geschichte,* die Leserschaft wird enttäuscht sein, nicht mit der kreativsten Hypothese, sondern mit einer aus dem Sumpf muffiger Geschlechterklischees. Die dann auch noch zutrifft. Die WMF-Studie zeigt: Besteckkundinnen greifen zuerst zum Löffel, Transportmittel nährender Flüssigkeit, Symbol des Versorgens anderer Menschen. Und Männer? Strecken die Hand nach dem Messer aus, verwandt dem im Existenzkampf geschwungenen Schwert.



Die Gabel: hier zweit- bis drittrangig. Das mag an ihrer verwirrenden Doppelfunktion liegen als energisch aufspiessendem, dann aber doch sanft zum Mund gleitendem Instrument. Vielleicht ist sie aber auch zu neu auf westeuropäischen Tischen, um schon eine Rolle im Einkaufs-Instinktverhalten zu spielen. Denn nur auf den ersten Blick ist der Einzug des Utensils in unsere Breiten bereits ein Jahrtausend her. Maria Argyropoulina, byzantinische Prinzessin, hatte im Jahre 1004 einen Venezianer geheiratet. Wenn die Überlieferung nicht trügt, dann speiste sie auch nach dem Umzug an den Lido weiter so, wie sie es vom Bosporus gewohnt war. Erst schnitten Eunuchen ihr Essen klein. Dann pickte sie die Häppchen mit einer goldenen Gabel auf. Sie wurde – ein kirchlicher Kritiker ihrer so gar nicht volksnahen Manieren fand: zu Recht – jung von der Pest hinweggerafft.

Gering blieb der kulturelle Gesamt-Impact der Prinzessin auf Westeuropa. Es dauerte rund sieben Jahrhunderte, bis sich ihr Speisemodus hier etablierte (dann minus Eunuchen). Am mittelalterlichen Tisch benutzte man Löffel oder Messer. Oder man nahm die Finger. Hatte Jesus selbst nicht mit blossen Händen gegessen – das Brot gebrochen etwa –, und wollte man sich wirklich über ihn erheben, mit dem Zinkenwerkzeug Gabel obendrein, Satans Dreizack frappierend ähnlich? Zudem: Auch in jenen vermeintlich unhygienischen Zeiten wusch man sich durchaus die Hände vor dem Essen. Problemlos also, sich mit ihnen mundgerechte Stücke Fleisch von einem grösseren Braten abzureissen. Hatte man dann Fett an den Fingern oder Saucenreste, griff man zu einem Stück Brot, reinigte sie damit. Akzeptabel. Oder man piekste, daran konnte auch nichts falsch sein, etwas Gutes mit dem Messer auf und führte es so zum Mund. Man musste sich schon sehr dumm anstellen, um sich dabei zu verletzen.

Hatte Jesus selbst nicht mit blossen Händen gegessen? Und wollte man sich mit Satans Dreizack-Werkzeug wirklich über ihn erheben?

Dass sich die Gabel dennoch durchsetzte, hatte mit langwierigen Prozessen in den westeuropäischen Oberschichten zu tun. Der Soziologe Norbert Elias beobachtet eine allmähliche Befriedung der Gesellschaft, die auch das Messer als Symbol der Gewalt betraf. Im ausgehenden Mittelalter bestimmten nicht mehr Krieger das Leben, sondern eine sich friedlich gebende Elite. Diese schickte zwar ständig Soldaten in Schlachten, aber die massakrierten ja bloss einander. Die Herrschaft selbst, diesen Anschein vermittelte sie, hatte mit solchen Grobheiten nichts zu tun. Man reglementierte also den Umgang mit waffenähnlichem Werkzeug an der Tafel. Das Messer zu den Lippen zu führen: nun tabu. Nichts sollte beim Dinieren an mögliche Verletzungen erinnern.

Die damalige Tischkultur Chinas kannte raffinierte Sitten schon längst. Europa hielt man dort für barbarisch – und erzählte sich, im fernen Westen würden die Leute tatsächlich mit Schwertern essen. In der chinesischen Oberschicht gaben Beamte den Ton an. Ihnen schnitten Köche die Speisen schon vor dem Schmoren klein. So konnten die Verwaltungsexperten ihre Mahlzeiten mit leichten Stäbchen konsumieren.

Vornehmen Europäern ohne Stäbchenkompetenz war es dann bald peinlich, Essensspuren an den Fingern zu haben. Man hätte sich die Gliedmassen an der neu eingeführten Serviette reinigen können, aber unangenehm war es zudem, das zum Säubern vorgesehene Stoffstück tatsächlich zum Säubern zu benutzen. Es sollte stets frisch wirken. Zudem wurde der flache Porzellanteller populär und verdrängte die löffelfreundliche Schüssel. Man brauchte, irgendwie musste man essen, wirklich eine Gabel. Ab dem 18. Jahrhundert wurde sie nach und nach zum Alltagsgegenstand.

Wie jeder gut ausgebildete Historiker weiss, ist die Blüte menschlicher Zivilisation über die Jahrtausende Richtung Westen gewandert: von Homer und Sokrates in Griechenland zu Ovid und Cicero in Rom, von dort zu Descartes und Voltaire nach Frankreich und schliesslich zu J. D. Vance

Illustration: Agata Marszalek

und Donald Trump in die heutige Heimat höchster Geisteskraft. Nur ins Themenfeld Gabel will die Theorie nicht recht passen. Denn mit Besteck wird in den USA auf seltsame Weise hantiert.

Der tafelnde Amerikaner platziert während des Essens immer wieder das Messer auf den Tellerrand, wechselt die Gabel dann von der Linken in die frei gewordene Rechte, legt die Linke im Schoss ab, bringt mit der Rechten Essen Richtung Mund, transferiert die Gabel dann in die wieder auf Tischplattenhöhe zurückgekehrte Linke und nimmt das Messer mit rechts erneut auf. Damit verwirrt er sein das Essgerät konsequent in stets denselben Extremitäten haltendes *lunch date* aus der Alten Welt komplett, zumindest bis klarwird, dass es sich bei dieser US-Technik um europäische Tischsitten des 19. Jahrhunderts handelt, die an Seine, Pader und Limmat längst vergessen sind, an Hudson und Mississippi aber wie in einer Art Grossmuseum der Alltagspraktiken seit zwei Jahrhunderten konserviert werden.

Man ahnt jedoch: Amerika hat mehr zu bieten als antiquierte Tischmanieren. Also verabredet sich *NZZ Geschichte* mit Kickie Chudikova, Designerin in New York. Mit ihrem preisgekrönten Besteckset «Cutting Edge» hat sie die Gabel neu erfunden und Messer und Löffel gleich mit, hat ihnen statt eines Stiels eine Schlaufe als Griff geschenkt und damit frappierende Leichtigkeit nach Jahrhunderten der Schwere. Besteck sei ihr Lieblingsthema, so Chudikova auf Zoom in ihrem Atelier in Brooklyn. Wie ihr Geislinger Kollege Peter Ramminger – man kennt sich, die Welt der Besteckler ist klein – betont sie die Bedeutung der Biegung von Gabelgriff zu Gabelschiff und die Mühen der Gabelgestaltung: damit sie einerseits gut in der Hand liegt und sich andrerseits am Mund richtig anfühlt.

Kickie Chudikova sagt: Viele Gabeln sähen schön aus (jedes neue Lokal in New York müsse auch auf Instagram Erfolg haben, und das Besteck brauche daher den speziellen Look), aber gut funktionieren würden die wenigsten. Doch sie erinnert sich an eine hervorragende Dessertgabel ihrer Kindheit, in Bratislava, wo sie aufgewachsen ist. Ein Detail machte dieses Utensil besonders praktisch. Chudikova beschreibt die Besonderheit und zeichnet sie dann schnell auf, angesichts der Begriffsstutzigkeit am anderen Ende der Leitung. Sie hält das Bild in die Kamera, deutet auf eine Einkerbung am äusseren Zinken, zwecks einfacherer Süssspeisenzerteilung ersonnen, und sofort erkennt man den Vorzug dieses Werkzeugs.

Nimmt Chudikova in einem Restaurant Platz, greift sie gleich nach einer vor ihr liegenden Gabel und schaut sie sich genau an. Manchmal nimmt sie auch zuerst einen Löffel in die Hand. Sie liebt Farben: hat blaue und honiggelbe Wasserkaraffen entworfen, die rot, goldbraun und grünbläulich schimmernde Lampenserie «Pulpopolis» sowie ein jadegrünes Pfeifenset für den Marihuanakonsum. Aber Besteck, sagt sie, sei besonders. Nichts sei dafür besser als der neutrale Look polierten Edelstahls. Sie liebt es, wenn dieser das Licht und die Farben der Umgebung reflektiert. In der Gabel, man kann Kickie Chudikova nur zustimmen, spiegelt sich unsere Realität. |G|

Weiterführende Literatur

Norbert Elias: Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Frankfurt am Main 1977.

Günther Schiedlausky: Essen und Trinken. Tafelsitten bis zum Ausgang des Mittelalters. München 1959.

Bee Wilson: Consider the Fork. A History of How We Cook and Eat. London 2012.



Christoph Ribbat, Jahrgang 1968, ist Professor für Amerikanistik in Paderborn. 2011 erschien von ihm im Steiner-Verlag *Flackernde Moderne. Die Geschichte des Neonlichts.* Bei Suhrkamp folgten *Im Restaurant* (2016), *Deutschland für eine Saison* (2017) sowie *Die Atemlehrerin* (2020), bei Insel *Wie die Queen* (2022). Ebenfalls im Insel-Verlag ist Ribbats neues Buch erschienen: *In den Tag. Eine kurze Geschichte des Aufwachens* (*NZZ Geschichte* Nr. 62, Februar 2026).

«Das Bild eines gloriosen Imperiums wird immer brutaler verteidigt»

Seit Jahrzehnten erforscht Irina Scherbakowa, was die Menschen unter dem staatlichen Massenterror in der Sowjetunion erlebten. Letztes Jahr setzte Putin die Historikerin auf die Liste der «ausländischen Agenten». Sie wunderte sich, warum es so lange dauerte.

Interview Martina Läubli **Bild** Marzena Skubatz

In Russland gilt Irina Scherbakowa als Staatsfeindin. Verdächtig wurde sie durch ihre historische Arbeit. Ihr ganzes Leben hat sie der Aufarbeitung sowjetischer Geschichte gewidmet, eine Aufgabe, die sich nicht von ihrem Engagement für Demokratie trennen lässt. 1989 hatte die Germanistin und Publizistin die Menschenrechtsorganisation Memorial mitgegründet. Damit half sie, das Schicksal Hunderttausender Menschen aufzuarbeiten, die in der Sowjetunion Opfer des Staatsterrors geworden waren. Heute lebt Irina Scherbakowa im Exil in Berlin und hat dort die Nachfolgeorganisation Zukunft Memorial initiiert. «Ich wollte nie weg aus Russland», schreibt sie in ihren Memoiren. Aber angesichts von Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat sie keine andere Möglichkeit mehr gesehen.

NZZ Geschichte: **Irina Scherbakowa, letztes Jahr wurden Sie von Putins Regierung zur «ausländischen Agentin» erklärt. Was ging Ihnen da durch den Kopf?**

Irina Scherbakowa: Es war ein geradezu komischer Moment. Ich hatte einen Vortrag in Berlin gehalten, da vibrierte mein Handy: «Das ist eine schlechte Nachricht», schrieb ein Journalist. «Können Sie sie kommentieren?» Ich bekam grosse Angst, weil ich dachte, meinen Kollegen in Moskau sei etwas Schlimmes passiert, eine Durchsuchung oder Verhaftung. Doch dann hiess es: «Sie sind zur ausländischen Agentin erklärt worden.» Ich war erleichtert und antwortete: «Gott sei Dank.» Ich hatte mich schon gewundert, warum es bei mir so lange gedauert hatte. Aber selbstverständlich ist es nicht zum Lachen.

Welche Konsequenzen hat es, als «ausländische Agentin» zu gelten?

Am 22. Juli 2026 hat die Duma das Gesetz gegen ausländische Agenten nochmals verschärft. Das Justizministerium kann nun Menschen wegen «feindlicher Aktivitäten» faktisch enteignen. Wer als «ausländischer Agent» auf der Liste steht und im Ausland lebt, dem werden alle Bürgerrechte entzogen. Er darf in Russland keinen Führerschein mehr besitzen, keinen neuen Pass beantragen, nicht mehr auf eigene Konten und Immobilien zugreifen. Autoren werden aus dem Buchhandel entfernt. Es ist eine verfassungswidrige, fast absolute Ausgrenzung.

Die Organisation Memorial, die die Verbrechen der Sowjetzeit erforschte, wurde bereits Jahre zuvor politisch unter Druck gesetzt. Wie bekamen Sie das zu spüren?

Memorial wurde schon 2016 zum «ausländischen Agenten» erklärt, weil wir gegen die Annexion der Krim protestiert hatten. Wir wurden immer



«Ich spürte die Abkehr von der Demokratie, aber ich dachte noch eine Weile, dass nicht alles umkippen könne.» Irina Scherbakowa in Berlin, Oktober 2025.

wieder mit Prozessen und Strafen belegt und an unserer Arbeit gehindert. Am Schluss, am Vorabend des Angriffs auf die Ukraine, wurde Memorial vom Obersten Gericht der Russischen Föderation liquidiert. Doch das Regime geht weiter gegen uns vor. Diesen April erlebten wir eine neue Stufe der Repression: Memorial wurde zu einer «extremistischen Bewegung» erklärt. Viele Mitglieder sind in Russland nun noch bedrohter, denn der Extremismusvorwurf erlaubt es, Einzelpersonen zu verfolgen. Ich und viele meiner Kollegen hätten Russland nie verlassen, wenn die neuen Gesetze unsere Arbeit nicht unmöglich gemacht hätten. Unsere historische Arbeit ist komplett kriminalisiert worden.

Putins Regime setzt historische Aufarbeitung mit Extremismus gleich. Woher kommt diese Angst vor der Vergangenheit?
Putin will Geschichtspolitik betreiben und dabei nicht von der Geschichtsforschung gestört werden. Er will Narrative haben, die sich für seine nationalpatriotische Propaganda instrumentalisieren lassen. Im Zentrum stehen das grosse Russland und der Sieg im Zweiten Weltkrieg. Die zugehörigen Erzählungen basieren nicht auf Wissenschaft oder Fakten. Vielmehr resultiert Putins Quasi-Geschichte aus der Ablehnung der Moderne und der Rückkehr zu traditionalistischen, auch imperialen und kolonialistischen Vorstellungen. Es entwickelten sich immer mehr Thesen über die ehemalige Grösse des Landes, die wiederhergestellt werden müsse. Die dominierende ethnische Gruppe, die Russen, wird als zivilisatorisches Zentrum einer besonderen, den anderen überlegenen «Russischen Welt» dargestellt.

Eine Organisation, die den Opfern der Gulags eine Stimme gibt, steht Putins Erzählung von der ruhmvollen Vergangenheit im Weg.
Unsere Organisation ist ein Produkt des langen Kampfs für historische Wahrheit. Seit Stalins Tod 1953 wurde er oft im Verborgenen geführt. In der Perestroika, der Modernisierung, die Gorbatschow ab 1986 einleitete, wurde er öffentlich. Memorial sagte schon damals: Wenn die historische Aufarbeitung gestoppt und historische Erkenntnisse negiert werden, wird dies schwere Folgen für die russische Gesellschaft und die politische Situation haben. So wurden wir zu Feinden Putins.

Mit der Erforschung der Gewaltgeschichte der Sowjetunion haben Sie sich eine Mammutaufgabe gestellt. Wie hat die Arbeit von Memorial begonnen?
Es begann mit einer kleinen Initiative Ende 1987. Der Geist der Perestroika und der Wind der Freiheit waren in der Gesellschaft schon zu spüren. Es gab Lücken in der Zensur. Plötzlich wurden verbotene Werke publiziert. Es bildeten sich Klubs, die Menschen diskutierten. Es entstand eine kleine Gruppe aus jungen und älteren Aktivisten und Wissenschaftern. Unser Ziel war es, wenigstens ein einziges Denkmal für die Opfer des politischen Massenterrors zu bekommen. Es gab ja nichts, was an diese Opfer erinnerte.

Hatten Sie damals eine Vorstellung von den Dimensionen des Terrors?
Wir kannten keine Zahlen, aber die Last des Terrors spürte fast jede grosse Familie, denn in beinahe jeder gab es Opfer. Aber es gab keine einzige Gedenktafel, nichts in der öffentlichen Erinnerung. Also standen wir auf der Strasse und sammelten Unterschriften für ein Denkmal. Manchmal vertrieb uns die Miliz, aber es war nicht mehr so brutal wie früher. Viele Menschen unterschrieben, die Initiative wuchs und breitete sich in allen sowjetischen Grossstädten aus. Bald ging es um viel mehr als nur ein Denkmal: um Zugang zu den Archiven, den Protest gegen das Verschweigen.

Wir wollten wissen, wie viele es waren. Wo liegen all jene, die nicht zurückgekommen sind? 1989 versammelten sich in Moskau über tausend Menschen aus allen Sowjetrepubliken und gründeten die Organisation Memorial.

Sie selbst hatten bereits früher angefangen, Frauen über ihre Erfahrungen im Gulag zu interviewen. Wie kamen Sie auf die Idee, diese Lebensgeschichten aufzuschreiben?
Ich wurde 1949 in einer Zeit geboren, die für meine russisch-jüdische Familie sehr düster war. Das Auslaufen der Stalin-Ära wurde von einer starken antisemitischen Kampagne und einer Verhaftungswelle begleitet. Doch nach dem Tod Stalins

> «Letztlich ging es uns darum, dem gefälschten staatlichen Gedächtnis das menschliche Gedächtnis entgegenzustellen.»

1953 kam es langsam zu einem «Tauwetter». In der Schule gehörte ich zum ersten Jahrgang, der keine Stalin-Bilder mehr im Lesebuch hatte. Ausserdem stand meine Familie dissidentischen Kreisen nahe. Meine Eltern hatten sich von ihren Illusionen über den Kommunismus befreit. Ich hörte zu Hause also vieles über Verbrechen des Stalinismus und war von Menschen umgeben, die für historische Wahrheit kämpften. Dieser Kampf war schon früh mein Lebenssinn. Ich wollte eigentlich Geschichte studieren, wählte dann aber Germanistik, denn das Geschichtsstudium war viel stärker ideologisiert als die Philologie, und das, was ich wissen wollte, stand ohnehin unter Zensur. Ende der 1970er Jahre begann ich intuitiv, mich damit zu befassen, was mich interessierte: menschliche Schicksale in den Zeiten des Terrors.

Damals waren der Staatsterror und das Gulag-System noch ein Tabu. Wie haben Sie Zeitzeugen gefunden, die bereit waren, zu erzählen?
Ende der 1970er Jahre schenkte mir Elisabeth Markstein, die Solschenizyns *Archipel Gulag* ins Deutsche übersetzt hat, ein kleines, tragbares Tonbandgerät aus dem Westen. Damit konnte ich mich frei bewegen und Leute befragen. Anfänglich waren dies Freundinnen meiner Grossmutter, die den Gulag überlebt hatten. Es funktionierte wie eine Kette: Die Frauen kannten einander, viele noch aus dem Lager, und ich ging von einer zur anderen, um ihre Geschichten aufzuzeichnen. Das war möglich, weil sie mir vertrauten.

Was haben Sie von diesen Frauen erfahren?
Ich wusste wenig über die Lager. Die Frauen gaben mir einen viel tieferen Einblick in den dortigen Alltag als alles, was ich darüber gelesen hatte. Bald begriff ich: Es gibt einen Unterschied zwischen dem, was man erlebt hat, und wie man sich daran erinnert. Es gibt eine Schere in der Erinnerung: Worüber spricht man? Worüber kann man nicht sprechen? Wie wird von Überlebensstrategien erzählt? Wie funktioniert Verdrängung?

Worüber konnten die Frauen nicht sprechen?
Über die erlebte Gewalt und den Preis des Überlebens gibt es in den Erzählungen grosse Lücken. Für mich war auch wichtig zu verstehen: Wie erklärten sich die Opfer, unter denen viele überzeugte Kommunisten waren, was mit ihnen geschehen war? Verloren sie ihren Glauben an die Partei? Oder waren sie der Meinung, dass allein Stalin an allem schuld sei? Für viele war der Verlust dieses Glaubens das grösste Trauma.

Zur Zeit der Perestroika erhielten Sie dann auch Zugang zu den öffentlichen Archiven. Sie nennen es eine «Archivrevolution».

Die allmähliche Öffnung der staatlichen Geheimarchive war von enormer Bedeutung für die historische Aufarbeitung. Geheimhaltung und Zensur waren die Grundlage des sowjetischen Systems. Es gab jahrelang Gerüchte, die staatlichen Archive seien zerstört worden. Aber dann zeigte sich: Dieses System hat fast alles aufbewahrt. Das Dokumentieren war Teil des Massenterrors.

Wie denn das?
Der Massenterror war zwar reine Willkür, sollte aber wie ein einheitliches System aussehen. Der Staat definierte zum Beispiel bestimmte Kategorien von Menschen, die als Feinde galten. Es sind ja ganze Völker deportiert worden. Oder nehmen wir den Grossen Terror von 1937/1938, als fast 700 000 Menschen erschossen wurden: Da wurden sie von sogenannten Troikas, einer dreiköpfigen Kommission, in pauschalen Verfahren zum Tod verurteilt. Die Verurteilungen waren absurd und willkürlich, aber man hielt ein quasijuristisches Prozedere ein. Das System erzwang falsche Aussagen der Beschuldigten gegen sich selbst und gegen Angehörige. Die Menschen sollten zu Figuren werden, zu Objekten der Staatsgewalt, und gemäss den Regeln, die ihnen dieses System aufzwang, mitspielen. Es gab für alles Anweisungen, Listen, Befehle. Die Bürokratie spielte, ähnlich wie im Nationalsozialismus, eine grosse Rolle. Solche Dokumente zu erschliessen und auch eine Gulag-Karte zu erstellen, war ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Wir wollten herausfinden, wie viele Menschen betroffen waren und wo die Massengräber liegen. Letztlich ging es uns darum, dem gefälschten staatlichen Gedächtnis das menschliche Gedächtnis entgegenzustellen.

Memorial hat die Lebensgeschichten von Hunderttausenden Opfern des Terrors ans Licht gebracht. Ihre Forschung basiert auf Dokumenten in Archiven, aber auch auf privaten Briefen und Aufzeichnungen sowie auf gesammelten Gegenständen aus dem Gulag. Welches Objekt ist für Sie besonders bedeutsam?
Gegenstände gibt es nur wenige, denn was konnte man im Lager besitzen? Zudem gab es Transporte von einem Lager zum anderen und Durchsuchungen, bei denen Briefe oder Zeichnungen verbrannt wurden. Aber zu unserem Erstaunen hat sich einiges doch erhalten. Zum Beispiel ein Zettelchen, so klein wie eine Streichholzschachtel. Es wurde im Knopf einer Uniform versteckt. Der Besitzer der Uniformjacke, ein Eisenbahner, wurde erschossen, doch es war ihm gelungen, seine Jacke an seine Angehörigen schicken zu lassen. Die Familie bemerkte, dass etwas im Knopf versteckt war, konnte das Zettelchen aber nicht entziffern und schickte es Memorial. Es war ein Abschiedsbrief. Der Mann wusste, was ihm drohte, und wollte seiner Familie mitteilen: Ich bin unschuldig.

Sie erfuhren den Umbruch in den 1990er Jahren am eigenen Leib. Was macht diese Zeit für Sie persönlich aus?
Ich hatte den Zusammenbruch der Sowjetunion nicht erwartet. Für mich war es ein Wunder, dass dieses Imperium fast unblutig zerfiel, die Zensur abgeschafft wurde, wir Zugang zu den Archiven erhielten: Das war die glücklichste Zeit meines Lebens. Gleichzeitig war der Alltag sehr schwierig. Unsere Löhne zerfielen, und ich wusste nicht, wie wir das Nötige für unsere zwei Kinder ergattern können. Schon nach 1993, als die Demokraten die Parlamentswahlen verloren und der erste Tschetschenienkrieg begann, spürte ich die Abkehr von der Demokratie. Ich dachte noch eine Weile, dass nicht alles umkippen könne. Aber mit Putins Machtantritt 1999 wurde immer deutlicher, dass der Weg nicht in Richtung Demokratie geht.

Wie zeigte sich die politische Verhärtung unter Putin konkret?
Die Entwicklung war vielen zunächst nicht klar. Man hoffte auf einen jungen und aktiven neuen Präsidenten. Aber für mich war Putin von Anfang an eine sehr gefährliche Figur. Er zielte auf die Kontrolle der Medien und verstaatlichte etwa den unabhängigen Fernsehsender NTV. Heute wird in Russland das ganze Internet kontrolliert. Kurz nach dem Machtantritt führte Putin die sowjetische Hymne wieder ein – ein Symbol. Trotz allem dachte ich, es gäbe eine Grenze: jene des grossen imperialen Kriegs. Mit der Annexion der Krim 2014 war diese Grenze zwar schon überschritten. Ich hoffte aber noch bis zum 24. Februar 2022, bis zum russischen Einmarsch, dass es nicht zu einem Krieg in der Ukraine kommen würde. Ich sah die Bedrohung und wollte sie doch als Mensch nicht wahrhaben.

Ist die Idee, eine Gesellschaft durch Aufklärung über die Vergangenheit zu verändern, gescheitert?
Ich weiss nun, dass man sich sehr täuschen kann. Während der Perestroika hofften wir, dass die historische Erfahrung von so viel Gewalt und Massenterror eine Impfung sein würde. Dass wir uns nicht erneut an Gewalt und den Entzug der Freiheit anpassen würden. Aber unsere Warnungen wurden von der Mehrheit der Bevölkerung

ANZEIGE



nicht wahrgenommen. Und der Entzug der Freiheit war ein langsamer Prozess. Schritt um Schritt, ein Verbot ums nächste. Dabei knüpfte Putin an eine Vorstellung an, die in Russland eine lange Tradition hat: dass Gewalt vonseiten des Staats etwas Natürliches sei. Und er manipulierte das Massenbewusstsein.

Wie funktioniert diese Manipulation?
Nachdem Tausende von Beweisen für die Verbrechen Stalins vorlagen, stellte man plötzlich wieder Denkmäler für ihn auf. Memorial hat die sogenannten Erschiessungslisten des Grossen Terrors veröffentlicht: Stalins Unterschrift steht unter 40 000 Namen. Seine Rolle ist eindeutig. Und nun huldigt man ihm wieder. Ich kann Menschen begreifen, die sagen, die Aufklärungsarbeit sei gescheitert. Aber ich bin überzeugt, dass sich Russland ohne die Aufklärung auch der heutigen Verbrechen Putins nicht in Richtung Demokratie bewegen wird.

Ist der Putinismus eine Neuauflage des Stalinismus?
Nein, Geschichte wiederholt sich nicht. Putin will den Krieg gegen die Ukraine zwar als Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs darstellen. Aber der Kontext ist ein anderer. Nur schon wegen des Internets kann man das Land nicht völlig isolieren, hoffe ich. Zudem verfolgte Putin nicht von Anfang an eine klare ideologische Linie, die ihn mit Stalin verbunden hätte. Seine Politik funktionierte zu Beginn eher postmodern-populistisch.

Wie meinen Sie das?
Über viele Jahre hinweg bewahrte Putins Regime eine gewisse ideologische Hybridität. Lenin, Stalin, die Romanows, die Revolution und die Repressionen – das alles existierte gleichzeitig innerhalb der staatlichen Symbolik, nach dem Motto: Wir haben ein Gulag-Museum, aber wir betreiben keinen Schuldkult. Man huldigte der Zarenfamilie, gleichzeitig lag Lenin weiterhin im Mausoleum. Man pickte Versatzstücke aus der Geschichte, die gerade in die politische Strategie passten. Wenn Russland seine Beziehungen zu Polen verbessern wollte, anerkannte man die Schuld an den Verbrechen von Katyn – dort und an anderen Orten wurden 1940 mehr als 20 000 Polen vom sowjetischen Geheimdienst erschossen. Wurde Polen aber zum politischen Gegner, stellte man wieder die Deutschen als Täter hin. Solche beliebigen Collagen, in denen Fakten keine Rolle spielen, pflegen heute Populisten an vielen Orten. Emotional aufgeladene historische Versatzstücke sind etwa für die AfD in Deutschland wichtig, und sie waren es für Viktor Orban in Ungarn.

Russland ist heute wieder eine Diktatur. Lässt sich die Politik Putins einfach so mit anderen Staaten vergleichen?
Russland und seine Entwicklung sind eine Warnung davor, was auch anderswo passieren kann. Heute ist Geschichte in Putins Regime kein Mosaik mehr. Die hybride Mischung wich allmählich einer klareren ideologischen Linie. Es entwickelte sich ein System, das von Traditionalismus, Militarismus und aggressivem Nationalismus geprägt ist. Die Ideologie Putins richtet sich jetzt gegen alle humanistischen Werte, sie ist infiziert mit Sexismus, Homophobie, Hass auf alles Fremde. Sein Konservatismus kämpft gegen alles, was liberal und europäisch erscheint. Das Gulag-Museum ist heute geschlossen, Memorial wurde zur extremistischen Organisation erklärt, das Bild des glorioseN Sowjetimperiums wird immer konsequenter und brutaler verteidigt. Und ich bin überzeugt, dass die Erwartungen, dass es mit dem Regime Putins einen anhaltenden Frieden geben werde,

eine Täuschung sind. Putins Macht basiert jetzt auf diesem Krieg.

Was sehen Sie vor diesem Hintergrund im Exil als Ihre Aufgabe an?
Sosehr Putin den Wahrheitsbegriff heute aushöhlt: Es gibt Fakten, es gab und gibt Verbrechen. Das sind Wahrheiten. Memorial ist ein Symbol für historische Wahrheit, nur schon deshalb arbeiten wir im Ausland weiter. Ein grosser Teil unserer Datenbanken und Archive ist inzwischen digitalisiert. Wir sammeln auch im Exil weiter für unsere Archive und führen die Aufklärungsarbeit gegen die putinsche Instrumentalisierung der Geschichte weiter. |G|

Irina Scherbakowa,
Jahrgang 1949, ist in Moskau geboren und aufgewachsen. Nach ihrer Promotion in Germanistik arbeitete sie als Übersetzerin und Journalistin. Schon ab Ende der 1970er Jahre führte sie Gespräche mit Gulag-Überlebenden. 1989 war sie Gründungsmitglied der Menschenrechtsorganisation Memorial, die 2022 den Friedensnobelpreis erhielt. Scherbakowa schrieb zahlreiche Bücher über Russland und dessen Umgang mit der Vergangenheit. In ihren Memoiren *Der Schlüssel würde noch passen* (Droemer 2025) erzählt sie von ihrem Leben, ihrer Arbeit und der politischen Entwicklung Russlands seit den 1990er Jahren. Ebenfalls 2025 erschien der Sammelband *Memorial. Erinnern ist Widerstand* (C. H. Beck), den Scherbakowa mitherausgegeben hat. Seit 2022 lebt sie im Berliner Exil.

Martina Läubli ist Kulturredaktorin bei der *NZZ am Sonntag*. martina.laeubli@nzz.ch

ANZEIGE



Online- und Teilzeit-Ausbildungen

Die Vergangenheit kennen, die Gegenwart verstehen

Wir bieten Ihnen ein umfassendes und flexibles Angebot

- Bachelor in Geschichte der Neuzeit (DE) (FR)
- Master in Geschichte der Neuzeit mit Schwerpunkt digitale Geschichte (DE) (FR) (EN)
- Weiterbildungen

Informationsveranstaltung

- **28. Oktober** | Bachelor in Geschichte
- **04. November** | Master in Geschichte

Events der Fakultät Geschichte

Wir bieten pro Semester mehrere kostenlose, unverbindliche und für die breite Öffentlichkeit zugängliche Veranstaltungen an.

Entdecken Sie unsere Events

FernUni.ch
UniDistance.ch

Institut universitaire accrédité selon la LEHE
Universitäres Institut akkreditiert nach HFKG



Hilfe spenden
Hoffnung schenken

Danke für Ihre Spende für die Menschen in der Ukraine.

Spendenkonto

Libereco, 8004 Zürich
IBAN: CH70 0630 0506 7798 8542 3
libereco.org/spenden

Jetzt mit Twint spenden

LIBERECO
PARTNERSHIP FOR HUMAN RIGHTS

ZEWO ZERTIFIZIERT CERTIFIÉ CERTIFICATO

DDR

20
Abwicklung und Aufbruch
Von Hartmut Berghoff

36
Heisse Waren aus der Schweiz
Von Stefan Hördler

44
Eine Haft ohne Ende
Von Sabina Zollner

56
Falsche Bärte, böser Wille
Von Daniel Di Falco

58
Hass im Friedensstaat
Von Franziska Pfister

68
Untauglich zur Demokratie?
Von Steffen Mau

Abwicklung und Aufbruch



Wie privatisiert man ein ganzes Land? Die wirtschaftliche Transformation der ehemaligen DDR führte zu sozialen Katastrophen. Und doch funktionierte sie besser, als es heute gern dargestellt wird – wenn man bedenkt, wie desaströs die Ausgangslage war. Und was man trotz allem erreicht hat.

Von Hartmut Berghoff



Automobilwerke Sachsenring in Zwickau, 1960er Jahre: Die Fliessbandfertigung des Modells Trabant ist eine Fassade. Dahinter verbirgt sich eine Mangelwirtschaft, in der die Lieferfristen zehn Jahre erreichen.

Zehn Tage vor dem Fall der Mauer kam die Wahrheit auf den Tisch. Am 30. Oktober 1989 erreichte ein geheimer Bericht die Führungsspitze der DDR, das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Das Politbüro hatte Gerhard Schürer beauftragt, den Zustand der Wirtschaft zu analysieren, und zwar ohne die übliche Schönfärberei. Schürer leitete die Staatliche Plankommission, er war seit 1965 ununterbrochen im Amt, und wie niemand sonst verfügte er über realistische Daten, denn die Plankommission war das zentrale Organ für die Planung und die Kontrolle der Volkswirtschaft.

Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen – so hiess Schürers Bericht, und das Ergebnis fiel trostlos aus: Das Land stand kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Um die ausufernde Verschuldung zu stoppen, hätte man den Lebensstandard der Bevölkerung um 25 bis 30 Prozent senken müssen, durch die Reduktion von Importen, vor allem aber durch Kürzungen von Subventionen und Sozialleistungen. Doch das hätte den Unmut der Bürger noch vergrössert und die DDR, so der Bericht, «unregierbar» gemacht.

Laut Schürer waren 53,8 Prozent der Industrieanlagen verschlissen und viele Produkte im westlichen Ausland unverkäuflich. Die DDR taumelte 1989 dem Abgrund entgegen, war aber noch nicht bankrott und hätte sich wohl noch einige Jahre dahinschleppen können. Da das politische System gleichzeitig wankte und die untergehende Sowjetunion die DDR sich selbst überliess, ergab sich eine dreifache Problemlast, unter der das sozialistische Regime in Kürze implodierte.

Der Bericht benannte einige Ursachen der Misere. Er sprach von einem «übermässigen Planungs- und Verwaltungsaufwand». Ein Mangel an Arbeitsteilung verursachte exzessive Kosten. «Es wurde mehr verbraucht, als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde.» Damit wuchs die Verschuldung im westlichen Ausland. Die staatliche Subventions- und Preispolitik führte zu einer zuweilen grotesken «Verschwendung» von Ressourcen. So wurde künstlich verbilligtes Brot an Vieh verfüttert. Die Mieten waren so niedrig, dass sich Reparaturen nicht lohnten und viele Gebäude zerfielen. Da es keine Arbeitslosigkeit geben durfte, waren manche Betriebe hoffnungslos überbesetzt und litten unter «Schluderei». Die Planwirtschaft sorgte für ineffiziente Informations- und Materialflüsse, die ständige Manipulation der Statistiken für eine Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse.

Nicht erwähnt wurden die schlechten Startbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ostdeutschland hatte im Gegensatz zum Westen unter umfangreichen Demontagen der Siegermächte gelitten: Sie hatten sich für ihre Kriegslasten entschädigt, indem sie Infrastruktur und Maschinen abtransportierten. Auf diese Weise verloren viele Branchen über die Hälfte ihrer Kapazitäten, manche sogar mehr als drei Viertel. Die Sowjetunion demontierte 11 800 Kilometer Eisenbahnschienen, um sie im eigenen Land zu verwenden. So fehlte in der DDR bis 1989 vielfach das zweite Gleis für den Gegenverkehr. Das Telefonnetz war überaltert, und nur 7 Prozent der Haushalte hatten in jenem Jahr überhaupt ein Telefon. Die meisten Relais stammten aus den 1920er oder 1930er Jahren.

In der Sowjetischen Besatzungszone, aus der 1949 die DDR hervorging, war gleich nach dem Krieg eine staatlich gelenkte Planwirtschaft installiert worden, nach dem Beispiel und unter dem Druck der Sowjetunion. Tausende grosse und mittlere Unternehmen wurden enteignet, landwirtschaftliche Betriebe kollektiviert. Privates Eigentum an Produktionsmitteln galt als Wurzel der Ausbeutung, Unternehmer wurden als Staatsfeinde und Hauptverantwortliche des Nationalsozialismus diskreditiert. Daher sollten Staat und Partei die Entscheidungen über Investitionen und Produktionsziele treffen. 1950 entfielen bereits drei Viertel der industriellen Bruttowertschöpfung auf den staatlichen Sektor. In den Folgejahren wurde der verbliebene private Sektor immer weiter zurückgedrängt.

Die Liquidation des Unternehmertums traf zuerst die Grossbetriebe. Die meisten mittelständischen Familienfirmen überlebten vorläufig, verschwanden aber bis 1972, als es zu einer letzten umfangreichen Offensive gegen die Reste des privaten Unternehmertums kam und über 11 000 Firmen in Volkseigene Betriebe (VEB) umgewandelt wurden. Diese Verstaatlichung erfolgte ohne Entschädigung; die Führungsposten wurden zu-

Bilder S. 20/21: Sjöberg Bildbyrå / ullstein bild / Getty Images; S. 23: imago / fossiphoto; Martin Schmidt / Deutsches Historisches Museum / Bridgeman Images

Was man «Wende» nennt, war ein Bruch im Leben von Hunderttausenden in der verschwindenden DDR. Im Stahlwerk Maxhütte im thüringischen Unterwellenborn blieb kein Zehntel der Stellen übrig (650 von 7000); Ähnliches geschah in der Baumwollspinnerei Leinefelde (ebenfalls Thüringen, 380 von 4500).

Oben: Ende der letzten Schicht in der Maxhütte, 10. Juli 1992. Damals wird die Produktion von Roheisen im Hochofen eingestellt. Seit 1995 fertigt das Werk wieder Stahl, und zwar aus Stahlschrott.

Unten: Arbeiterinnen wägen eine Baumwollprobe in der Spinnerei in Leinefelde, 1965.







Schon in den 1990er Jahren entstand ein nostalgischer Blick zurück: Man vermisste die Sozialleistungen der Staatsbetriebe, ebenso das Gemeinschaftsgefühl in der DDR. Ausgeblendet wurden dabei aber die Gängelung und die Überwachung durch die Diktatur.

Oben: Abriss der Kongresshalle in einer Plattenbausiedlung im thüringischen Suhl, 1996.

Unten: Kinderbetreuung im Halbleiterwerk Frankfurt an der Oder, ungefähr 1967.

meist neu mit politisch zuverlässigen Kräften besetzt. Viele Alteigentümer flohen in den Westen. Einige arbeiteten aber als Angestellte in ihren früheren Unternehmen weiter, ohne Eigentumsrechte und Gewinnbeteiligung.

Nicht mehr die Marktkräfte koordinierten die Wirtschaft, sondern die Funktionäre einer ebenso gigantischen wie ineffizienten Planungsbürokratie. Preise wurden am Schreibtisch festgelegt; sie gingen nicht mehr aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage hervor und konnten nicht wie in Marktwirtschaften als Informationsträger fungieren. Zugleich fehlten aber auch den Bürokraten zuverlässige Informationen über die vorhandenen Ressourcen und die Nachfrage.

Als die ökonomischen Fortschritte ausblieben und die Führung der DDR Aufstände der unzufriedenen Bevölkerung wie 1970 in Polen befürchtete, kam es zu einem umsturzartigen Machtwechsel. Im Mai 1971 übernahm Erich Honecker die Partei- und Staatsführung von Walter Ulbricht. Ulbricht hatte die Planwirtschaft durch eine Technologieoffensive und die zaghafte Simulation marktwirtschaftlicher Prinzipien verbessern wollen, aber wenig erreicht. Unter Honecker galten neue Prioritäten: Soziale Wohltaten sollten der Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorangehen. Die Sozialleistungen wurden ausgebaut und der Konsum zunehmend subventioniert, bis auf ein Niveau unterhalb der Selbstkosten.

So trat, in den Worten des Historikers André Steiner, «an die Stelle des Modernisierungskurses eine Beschwichtigungspolitik». Finanziert wurde diese Politik durch Kredite aus dem Westen. Als in den 1970er Jahren die Öl- und Rohstoffpreise explodierten und die Zinsen stiegen, geriet die DDR zunehmend unter Druck. Auf die Ölpreiskrisen reagierte sie mit Kohle: mit der verstärkten Verfeuerung von Braunkohle in Anlagen aus der Vorkriegszeit, einem technologisch und ökologisch katastrophalen Kurs.

In den 1980er Jahren verschärften sich die Probleme, als die verdeckten Subventionen der Sowjetunion ausliefen. Bislang hatte sie Rohstoffe zu Preisen unter dem Weltmarktniveau geliefert. Die DDR hatte damit günstige Produkte für den Export in den Westen hergestellt und sie dort mit entsprechend hohen Gewinnmargen verkauft – Kunststoffe, Düngemittel und andere Erdölprodukte. Das Ende dieses Vorteils raubte ihr eine wichtige Devisenquelle und liess ihre Verschuldung im Ausland ausufern.

Tatsächlich verfolgte die DDR drei Ziele, die sich widersprachen. Erstens wollte sie den Lebensstandard erhöhen, um sich die Loyalität der Bürger zu sichern und im ständig präsenten Vergleich mit Westdeutschland nicht zu weit zurückzufallen. Zweitens galt es, die internationale Kreditwürdigkeit durch einen regelmässigen Schuldendienst zu erhalten. Drittens ging es um Investitionen in die Modernisierung der Wirtschaft. Die ersten beiden Ziele – der Lebensstandard und der Schuldendienst – waren prioritär. Ein Beispiel war das 1972 beschlossene Wohnungsbauprogramm, das durch grosse Plattenbausiedlungen den Mangel an Wohnraum verringerte, ihn aber auch nicht beenden konnte. Regimetypisch war die Verfälschung der Statistik. 1988 übergab der Staats- und Parteichef Honecker feierlich die dreimillionste Plattenhauswohnung an eine Arbeiterfamilie. Tatsächlich waren bis dahin aber nur 1,9 Millionen Wohnungen im Rahmen des Programms fertiggestellt worden.

Ein anderes Beispiel: die Autos. Ihre Anzahl verdreifachte sich zwischen 1970 und 1989 auf 3,7 Millionen; im letzten Jahr der DDR hatte jeder zweite Haushalt einen Personenwagen. Die Modelle wurden jedoch mit Zweitaktmotoren gebaut und waren auch sonst technisch veraltet. Die Branche litt wie fast die ganze DDR-Industrie unter geringer Produktivität. Kaufinteressenten hatten ihr Auto bis zu zehn Jahre im Voraus zu bestellen. Das führte zur absurden Situation, dass sofort verfügbare gebrauchte Autos teurer als neue waren. Deren Preis war aus sozialpolitischen Gründen festgeschrieben – darum konnte die grosse Nachfrage nicht wie in Marktwirtschaften zu höheren Preisen und zu Investitionsanreizen für die Hersteller führen. Vielmehr entgingen ihnen mögliche Mehreinnahmen, mit denen sie ihre Produktion hätten ausbauen und modernisieren können.

Das dritte Ziel – die Modernisierung – wurde als Manövriermasse für Einsparungen verwendet, so dass Investitionen aufgeschoben wurden oder unterblieben. Viele Unternehmen fuhren auf Ver-

Bilder: Harald Hauswald / Ostkreuz; Kurt Schwarzer / Deutsches Historisches Museum / Bridgeman Images

schleiss. Ihre Maschinen waren abgenutzt, nicht selten schrottreif. Laut dem Historiker Albrecht Ritschl betrug die Arbeitsproduktivität je nach Berechnung zwischen 13 und 30 Prozent des Westniveaus. Und während man bei den Investitionen in die Produktion sparte, wurden der Konsum und die Sozialleistungen auf ein Niveau erhöht, das volkswirtschaftlich nicht tragbar war.

Wie sollte man ein solches System in eine Marktwirtschaft überführen? Das überlegte sich die neue Führung der DDR bald nach dem Ende des alten Regimes und dem Sturz Honeckers. Am 1. Juli 1990 wurde die D-Mark eingeführt, am 3. Oktober folgte der Beitritt zur Bundesrepublik, doch schon im März hatte die letzte ostdeutsche Regierung die Treuhandanstalt gegründet. Es galt, die maroden Staatsunternehmen teils abzuwickeln, teils zu modernisieren und zu privatisieren. Die Treuhand sollte einen ungeordneten Ausverkauf an ehemalige Funktionäre oder ausländische Kapitalisten verhindern. Sie fungierte als Eigentümerin und war befugt, volkseigene Betriebe in Kapitalgesellschaften zu überführen und zu verkaufen.

Das von der Bürgerrechtsbewegung favorisierte Modell, das «Volksvermögen» ans Volk zu verteilen und Anteilscheine an der Treuhand an die DDR-Bürger auszugeben, erwies sich als unrealistisch. Zugleich gewannen die westdeutsche Ministerialbürokratie und die von der CDU dominierte Volkskammer – das nun erstmals frei gewählte Parlament – zunehmend Einfluss auf die Ausgestaltung des Transformationsprozesses. Dieser lief überwiegend improvisiert und überstürzt ab. Es fehlten historische Vorbilder wie auch zuverlässige Daten, zu Beginn zudem funktionierende Strukturen und geschultes Personal.

Die letzte DDR-Regierung taxierte den Wert des Volksvermögens auf 950 Milliarden DM, die Treuhandanstalt ging von 600 Milliarden aus. Am Ende resultierte ein Defizit von 204 Milliarden, da hohe Kosten für die Sanierung anfielen. Ohne sie waren die meisten Betriebe unverkäuflich. So gesehen lag der Wert des gesamten Volkseigentums der DDR nicht einmal bei null. Zugleich musste die Treuhand ein hohes Tempo einschlagen, da die Preise, die sich für die Staatsbetriebe erzielen liessen, rasant fielen. Am 1. Juli 1990 unterstanden





Die ostdeutsche Landwirtschaft startete mit einem Vorteil in die neue Ära: Die grossen Flächen der ehemaligen Genossenschaften machten sie rentabler und produktiver als die westdeutsche. Bäuerin auf einem Traktor des Typs RS09 («Radschlepper und Geräteträger»), 1970 erschienen als Titelbild der Zeitschrift *Lernen und Handeln* des Demokratischen Frauenbunds der DDR.

der Anstalt etwa achttausend Unternehmen mit vier Millionen Beschäftigten. In den Worten ihres Präsidenten, Detlev Karsten Rohwedder, hatte sie drei Aufgaben: «Schnelle Privatisierung, entschlossene Sanierung, behutsame Stilllegung.» Dem standen erhebliche Schwierigkeiten entgegen, von ökologischen Altlasten bis zu schrottreifem Sachkapital, von hohen Altschulden bis zu wegbrechenden Kundenstämmen.

Angetrieben von einem Bonussystem, das auf Masse zielte, agierten die Mitarbeiter der Treuhand zunächst ohne klare Regeln und oft auch ohne gründliche Analysen. Die Führungskräfte waren von jedweder Haftung freigestellt. Und über allem stand das Diktat des Tempos. Überstürzte, intransparente Entscheidungen waren gängig, so dass es anfangs zu gravierenden Missständen kam. Unternehmen wurden mit öffentlichen Mitteln saniert und dann weit unter Wert verkauft, mitunter an dubiose Geschäftemacher. Die eigentlich für die ostdeutschen Werften gedachten Subventionen wurden zum Teil unter der Hand nach Westdeutschland verschoben. Solche Vorgänge betrafen aber nur eine Minderheit der Fälle.

Nicht die Plan- und Misswirtschaft der DDR, sondern die Treuhand wurde für die Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen verantwortlich gemacht. Sie wurde zur Zielscheibe von Unmut und Hass. Und doch war sie insgesamt besser als ihr Ruf. Es gelang ihr, in wenig mehr als vier Jahren fast eine ganze Volkswirtschaft in überwiegend geordneten Bahnen zu privatisieren. In anderen osteuropäischen Ländern war das nicht der Fall, dort eigneten sich ehemalige Funktionäre hemmungslos Volkseigentum an und mutierten auf kriminelle Weise zu superreichen Oligarchen. In der ehemaligen DDR wurden solche Entwicklungen unterbunden, denn hier stand das institutionelle Gerüst Westdeutschlands mit seinen Gesetzen und Beamten zur Verfügung. In Russland sah es anders aus, dort herrschte im Übergang regelrechte Anarchie. Die Treuhand verhinderte auch, dass es zur volkswirtschaftlich verheerenden Dauersubvention von Tausenden Unternehmen zulasten der Steuerzahler kam.

Die DDR hatte viele VEB zu grossen Gruppen zusammengefasst, zu sogenannten Kombinaten. 1990 begann die Entflechtung dieser Mammutstrukturen. Dadurch wuchs die Zahl der Betriebe, die der Treuhand unterstellt waren, bis Ende 1994 auf fast 14 000. Käufer wurden per Ausschreibung weltweit gesucht, aber überwiegend in Westdeutschland gefunden. Der Treuhand gelang es, bis zu ihrer Auflösung im Dezember 1994 rund 6500 Firmen ganz oder mehrheitlich zu privatisieren. Weitere 1600 wurden Alteigentümern zurückgegeben. Nur 3700 gingen in Liquidation. Das entsprach knapp einem Drittel des Bestands.

69 Prozent der Betriebe wurden mithilfe hoher Subventionen modernisiert und auf marktübliche Dimensionen verkleinert. Die Treuhand verpflichtete die Käufer auf substanzielle Investitions- und Beschäftigungszusagen, die meist erfüllt, zum Teil sogar übererfüllt wurden. Sie sicherte so private Investitionen von 211 Milliarden DM und ungefähr 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Gemessen an den zeitgenössischen Erwartungen war das wenig, gemessen am heutigen Kenntnisstand viel. Die meisten Unternehmen hatten eine Zukunft, wenngleich fast immer erst nach rigoroser Sanierung und erheblichem Personalabbau.

Am Chemiestandort Leuna in Sachsen-Anhalt blieb ein Drittel der Arbeitsplätze erhalten, nachdem ausländische Firmen neue Anlagen errichtet hatten, die zu Europas modernsten zählten. Im früheren Eisenhüttenkombinat Ost und bei seinen Zulieferern waren 1994 gut 20 000 von 84 000 Arbeitsplätzen übrig. Das Technologieunternehmen Jenoptik, bis zur Wende als Carl Zeiss Jena bekannt, zählte Mitte der 1990er Jahre noch die Hälfte der Arbeitsplätze von 1990. In Dresden entstand in indirekter Nachfolge des volkseigenen Forschungszentrums Mikroelektronik ein florierendes Zentrum der europäischen Halbleiterindustrie.

Das negative Image der Treuhand und die scharfe Kritik am Transformationsprozess erklären sich daraus, dass die Ergebnisse himmelweit hinter den Erwartungen der ostdeutschen Bürger und den Versprechungen westlicher Politiker zurückblieben und der Einstieg in die Marktwirtschaft vielfach zur sozialen Katastrophe wurde. Historiker und Sozialforscher wie Ilko-Sascha Kowalczuk und Steffen Mau haben gezeigt, wie tief

Bilder S. 26/27: Martin Schmidt / Deutsches Historisches Museum / Bridgeman Images; S. 29: Harald Hauswald / Ostkreuz; Kurt Schwarzer / Deutsches Historisches Museum / Bridgeman Images

Wie sah die Wirklichkeit in der DDR aus? Die Funktionäre, die das ganze Wirtschaftsleben vom Schreibtisch aus lenken sollten, wussten darüber wenig. Die Planwirtschaft sorgte für ineffiziente Informationsflüsse, der politische Druck für die Beschönigung der Statistiken.

Oben: Dreharbeiten für einen Dokumentarfilm 1989 in Berlin.

Unten: PR mit dem neuen Skoda 1000 MB aus der Tschechoslowakei vor Schloss Pillnitz bei Dresden, etwa 1964.







1971 richtete die DDR ihre Wirtschaftspolitik neu aus: Prioritär waren nicht mehr die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Westen oder der Aufbau bestimmter Industriezweige, sondern die «Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus». Trotzdem konnte erst die Vereinigung den Versorgungsproblemen ein Ende bereiten.

Oben: Einkaufen an der Oderberger Strasse im Ostberliner Stadtteil Prenzlauer Berg, 1986.

Unten: Flambieren im «Löwen» in Leipzig, einem Haus der ausländischen Gästen vorbehaltenen Interhotel-Kette, etwa 1967.

diese Erschütterung ging. Vor allem ältere Bürger hatten biografische Brüche und traumatische Verlusterfahrungen hinzunehmen. Von den 1989 Erwerbstätigen arbeiteten vier Jahre später gut zwei Drittel nicht mehr auf ihren ursprünglichen Stellen, bei den Führungskräften waren es sogar neun von zehn. Die Arbeitslosigkeit stieg in Ostdeutschland bis 2005 auf 20,6 Prozent, was dem Doppelten der westdeutschen Quote entsprach. Die Renten- und Arbeitslosenversicherungen brachten zwischen 1991 und 1995 allein 140 Milliarden DM für die neuen Bundesländer auf. Die Summe der dortigen Sozialausgaben entsprach 1996 fast 46 Prozent des ostdeutschen BIP.

Arbeitsbeschaffungsmassnahmen erreichten ebenfalls Rekorddimensionen. Der Staat finanzierte ganz oder überwiegend die Löhne für Tätigkeiten in den Bereichen Umweltschutz, sozialen Diensten oder Stadterneuerung. Ende 1992 gab es 512 000 Beschäftigte in diesem künstlich geschaffenen Segment des Arbeitsmarkts. Allein 1993 wandte die Bundesanstalt für Arbeit dafür nicht weniger als 51 Milliarden DM auf, was knapp einem Fünftel des Bruttoinlandprodukts in Ostdeutschland entsprach. Man wollte Betroffene auf diese Weise aus der Arbeitslosigkeit holen, ihnen eine sinnvolle Beschäftigung geben und den Wiedereinstieg in den regulären Arbeitsmarkt erleichtern. Das scheiterte allerdings oft daran, dass diese Art Arbeit die Menschen nicht qualifizierte und sie sie als wenig sinnvoll wahrnahmen. Erfolgreicher waren Umschulungsmassnahmen, die ebenfalls mit viel Geld gefördert wurden.

Die soziale Abfederung der Vereinigung war so teuer wie nötig. Auf diese Weise gelang ein friedlicher Systemwechsel – auch wenn die meisten Menschen unzufrieden blieben, so dass systemkritische linke und rechte Parteien im Osten seit 1994 bei Bundestagswahlen zusammen mindestens ein Fünftel der Stimmen erhielten. 2017 waren es dann fast zwei Fünftel.

Den Wendeverlierern half es wenig, dass sich für viele andere, zumeist jüngere ehemalige DDR-Bürger neue Horizonte eines besseren Lebens mit grossen Freiheiten eröffneten. Abiturienten konnten auf einmal Universitäten in westlichen Ländern besuchen. Niemand verweigerte ihnen mehr die Einschreibung aus politischen Gründen, und sie konnten ihre Studien und ihre Berufe frei wählen. Spitzensportler entkamen dem staatlichen Zwangssystem, das sie entmündigte und oft durch Doping gesundheitlich ruinierte. Ausnahmeathleten wurden im Westen reich. Während das traurige Los der Wendeverlierer in der Öffentlichkeit bis heute sehr präsent ist, wird über die neue Freiheit und die Erfolge der Wendegewinner selten gesprochen.

Den Tiefpunkt seiner Wirtschaftsleistung erreichte Ostdeutschland 1991. Im Jahr zuvor war sie erdrutschartig eingebrochen, doch von der Talsohle aus begann ein rascher Aufholprozess. 1992 bis 1996 lag das Wachstum deutlich über jenem Westdeutschlands. 1991 betrug das BIP pro Kopf in Ostdeutschland (inklusive Berlin) erst 43 Prozent des westdeutschen Niveaus, 1995 hatte es bereits 66 Prozent erreicht. Danach setzte sich die Angleichung fort, wenn auch mit verringertem Tempo; 2022 lag der Wert bei 79 Prozent. Die Entwicklung benötigte viel Zeit, und sie blieb unvollständig. Das galt auch für den Abbau der ostdeutschen Arbeitslosigkeit. Sie wuchs fast jedes Jahr und erreichte 2005 den Spitzenwert von 20,6 Prozent. Dann kehrte sich der Trend um, und bis 2022 folgte ein Rückgang auf 7,4 Prozent – auf wenig mehr als in Westdeutschland (5,4 Prozent).

Die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft lag 1991 bei 42 Prozent der westdeutschen, stieg aber bis 2024 auf 84 Prozent an. Eine Ausnahme war die Landwirtschaft. Sie konnte die Vorteile nutzen, die aus den grossen Flächen der Genossenschaften resultierte, und war bald schon produktiver und rentabler als ihr zumeist klein- und mittelbetrieblich organisiertes westdeutsches Pendant. Zudem kam es im Osten zu einer bemerkenswerten Renaissance des Unternehmertums. Die Selbständigenquote schoss von 50 Prozent (1991) des westdeutschen Werts auf 72 Prozent (1995) hoch und übersteigt ihn seit 2010.

Auch die Überlebensquote neu gegründeter Firmen, zumeist kleiner und mittelgrosser Unternehmen, lag über jener in den alten Bundesländern. Es zahlte sich aus, dass viele gut qualifizierte Menschen darauf drängten, ihre Ideen ohne die Fesseln der Planwirtschaft umzusetzen. Im Um-

Bilder: Harald Hauswald / Ostkreuz; Kurt Schwarzer / Deutsches Historisches Museum / Bridgeman Images

gang mit dem Mangel hatten sie Initiative, Findigkeit und Geschick entwickelt und auf grauen oder schwarzen Märkten unternehmerisches Verhalten erlernt. In der DDR war namentlich die Handwerkerbranche eine Nische gewesen, in der viele selbständige Betriebe hatten überleben können. 1989 gab es hier 82 500 Firmen mit 220 000 Beschäftigten. Sie traten mit guten Startbedingungen in die Marktwirtschaft ein. Bereits Mitte der 1990er Jahre hatte sich durch das dynamische Gründungsgeschehen eine Struktur gebildet, die das Vorurteil einer quasi kolonialen Übernahme durch den Westen Lügen straft: 1995/96 gehörten 86 Prozent der gewerblichen Unternehmen ostdeutschen und nur 12 Prozent westdeutschen Eigentümern.

Würde der Osten veröden? Das war 1990 nicht auszuschliessen, doch etwas anderes geschah: Die ehemalige DDR erlebte eine eindrucksvolle, wenn auch langsame Revitalisierung bei anhaltenden Rückständen gegenüber den alten Bundesländern. Zu den hartnäckigen Unterschieden gehören relativ geringe Investitionen und Exporte, niedrige Patentzahlen sowie die Auswirkungen von Abwanderung und Alterung der Bevölkerung.

Es mangelt in Ostdeutschland an export- und forschungsstarken Grossunternehmen. Gemildert wird dieses Defizit durch ausländische Firmen, die hier einen attraktiven Standort sehen. Zu ihnen zählen die Flugzeugturbinenbauer MTU Aero Engines und Rolls Royce, der Autohersteller Tesla, ASML als Zulieferer der Halbleiterindustrie, die Chiphersteller AMD und TSMC sowie Dow Chemical und der Versandhändler Amazon. Hinzu kamen Ansiedlungen westdeutscher Unternehmen wie des Logistikkonzerns DHL, der Autobauer VW, BMW, Opel, Porsche und Mercedes, der Chemieunternehmen BASF, Bayer und Henkel und vieler mehr, wobei Hauptquartiere und Forschung überwiegend in Westdeutschland blieben. Aus der Schweiz kamen beispielsweise Stadler Rail, ABB, Holcim, Sika, Nestlé, Roche und Novartis. Sie alle stehen für die voranschreitende Einbindung Ostdeutschlands in internationale Markt- und Eigentumsstrukturen.

Der Osten profitierte seit den 1990er Jahren zudem von grossen Investitionen in die Infrastruktur. Leipzig, Dresden, Jena, Potsdam und Berlin wurden zu Boomtowns mit rasch steigenden Mieten und lebendigen Startup-Szenen. Jena beherbergt mit Jenoptik einen Global Player und Marktführer der optischen Industrie sowie hochspezialisierte Unternehmen der Medizintechnik, Softwareentwicklung, Pharmaindustrie und Biotechnologie. Kleinere Zentren wie Rostock, Schwerin, Frankfurt an der Oder, Halle und Chemnitz konnten sich und ihr Umland stabilisieren.

Es existieren aber auch weite ländliche Räume, die gekennzeichnet sind von Abwanderung, Alterung, geringen Einkommen und schlechter medizinischer Versorgung. Oft wird freilich übersehen, dass es ähnliche Regionen in Westdeutschland ebenfalls gibt, vor allem in Mittelgebirgen und in Randlagen, aber auch in urbanen Krisenregionen wie Bremerhaven und dem nördlichen Ruhrgebiet. Dabei fallen die regionalen Divergenzen in Deutschland deutlich kleiner aus als in anderen Ländern Europas. Zugleich kann die anhaltende Strukturschwäche in den betroffenen Regionen nicht überraschen, da weite Teile der ehemaligen DDR seit dem 19. Jahrhundert ländlich geprägt waren. Diese Schwäche ist also weder das Ergebnis der Misswirtschaft der DDR noch des Transformationsprozesses. Dass sich die Situation nach der Vereinigung vielfach noch verschlechterte, ist aber ein grosses Problem.

Im Gesamtergebnis kann man von erheblichen Erfolgen bei fortbestehenden Problemen sprechen. In der Öffentlichkeit, vor allem in der ostdeutschen, herrscht jedoch ein überwiegend negatives Bild der Transformation. Der Vereinigungsschock sitzt tief. Der plötzliche Verlust von Arbeit und Sicherheit wirkt lange nach. Zugleich waren die Erwartungen an den Systemwechsel zumeist unrealistisch hoch, und westdeutsche Politiker verstärkten sie noch. Namentlich Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Menschen in die Irre geführt mit dem Versprechen «blühender Landschaften» binnen vier Jahren, das er 1990/91 mehrfach äusserte – aus politisch-taktischen Gründen und wider besseres Wissen. Das Enttäuschungspotenzial war enorm, realistischere Prognosen blieben ungehört.

Ostdeutsche sind bis heute in exponierten Spitzenämtern in fast allen Bereichen, ausser der

Bilder: Imago / Härtel Press; Kurt Schwarzer / Deutsches Historisches Museum / Bridgeman Images

Noch gibt es Hoffnung: Am 9. Januar 1992 versammeln sich die Mitarbeiter des ehemals staatlichen Motorradwerks Zschopau (Sachsen, oben) für eine TV-Übertragung und erfahren live, dass die Treuhand ihrer Firma Kredit für weitere sechs Monate gibt.

Am Ende aber scheitert der Neustart, genau wie jener der ebenso namhaften Simson-Werke in Suhl (Thüringen, rechts). Ihre Motorräder – hier ein Werbefoto des Modells «Sperber» von 1966 – sind mittlerweile Ikonen der DDR-Geschichte und beliebte Accessoires der Ostalgie, nicht zuletzt in AfD-Kreisen.



Politik, stark untervertreten. Ihre durchschnittlichen Vermögen liegen unter der Hälfte des Werts in den alten Bundesländern, was als ungerecht empfunden wird, aber nicht auf den Vereinigungsprozess zurückgeht. Vielmehr war es fast unmöglich, in der DDR private Vermögen aufzubauen, so dass man 1990 meist bei null anfing, während Westdeutsche einen grossen Vorsprung hatten. Das Gefühl, «Bürger zweiter Klasse» zu sein, ist weit verbreitet. Es gibt auch verletzten Stolz, da etwa die Löhne im Osten noch 2024 um 16 Prozent hinter jenen im Westen lagen. Auch dafür gibt es – mit dem Rückstand der Produktivität um ebenfalls 16 Prozent – eine rationale Erklärung. Das vierzigjährige Erbe der Diktatur lässt sich nicht ohne weiteres abstreifen.

Dazu gehört auch, dass die Erwartungen an den Staat hoch sind. Obwohl es schon lange offensichtlich war, dass die staatlichen Renten nicht zur Absicherung des Lebensstandards ausreichen, haben 73 Prozent der Ostdeutschen keine Zusatzabsicherung abgeschlossen, also keine Lebensversicherungen, Sparpläne, Betriebsrenten und auch keine privaten Rentenpolicen, und verlassen sich allein auf die gesetzliche Rente, was das Risiko von Altersarmut erhöht. In Westdeutschland liegt die entsprechende Quote bei 52 Prozent.

Schon in den 1990er Jahren entstand eine Ostalgie, ein positiv gefärbter Blick zurück. Man idealisierte die umfassende Kinderbetreuung, die tiefen Mieten und hohen Sozialleistungen sowie den Zusammenhalt der Menschen in der DDR, blendete aber gleichzeitig die Überwachung und die Gängelung aus, ebenso den Versorgungsmangel (Seite 68). Tatsächlich erforderte die Planwirtschaft von den Menschen gegenseitige Hilfen. Ganze Nachbarschaften errichteten gemeinsam nach Feierabend Häuser mit Materialien, die sie unter der Hand besorgt hatten. Solche Solidarstrukturen zerbrachen mit der Wende, und auch mit der Rundumbetreuung in den Kombinaten, die für ihre Mitarbeiter alles organisiert hatten, von Fortbildungsangeboten über Kinderkrippen bis zu Ferienplätzen, war es vorbei. Es gab also Verluste zu beklagen. Für ein Opfernarrativ besteht jedoch keine rationale Grundlage angesichts der massiven Erhöhung des Lebensstandards.

Hat Westdeutschland von der Vereinigung profitiert? Das trifft so pauschal gesehen nicht zu. Es stimmt jedoch, dass zunächst ein Vereinigungsboom einsetzte und westdeutsche Produkte den Herstellern buchstäblich aus den Händen gerissen wurden. Das traf auf fast alle bisherigen Mangelwaren zu, im Besonderen auf Bohnenkaffee, Jeans, Schokolade, Nylonstrumpfhosen und Kosmetika. Anfangs bildeten sich lange Schlangen vor den Filialen, die westdeutsche Geschäfte eilig im Osten eröffnet hatten. In den Baumärkten gelang es oft nicht, die westdeutschen Produkte geordnet abzuladen, da die Menschen die ankommenden Fuhren belagerten. Sie wurden zu den Kassen geschickt, kamen mit der Quittung zurück und wurden direkt auf dem Parkplatz bedient.

Gebrauchte Autos aus dem Westen waren stark nachgefragt, während die Trabis, auf die man eben noch Jahre gewartet hatte, mitunter achtlos am Strassenrand entsorgt wurden. Es gab also aus westdeutscher Sicht plötzlich einen vergrösserten, ausgesprochen aufnahmefähigen Binnenmarkt sowie viele Möglichkeiten für Investitionen und Übernahmen. BRD-Unternehmen erhielten Zugang zu vielen gut ausgebildeten Arbeitskräften, von denen nicht wenige in den Westen zogen.

Zu den negativen Effekten zählen die milliardenschweren Transfers für die Modernisierung der früheren DDR, die Übernahme ihrer Schulden, die Sanierung maroder Betriebe und die Beseitigung horrender Umweltschäden. Das Sozialsystem, in das ehemalige DDR-Bürger ohne eigene Beitragsleistungen gleichberechtigt aufgenommen wurden, sah sich grossen Mehrbelastungen ausgesetzt, die teilweise durch zusätzliche Steuern, aber überwiegend durch höhere Beiträge aufgebracht wurden. So entstand eine Unwucht zulasten der Beitragszahler und der Lohnnebenkosten der Unternehmen. Die Gesamtkosten der deutschen Einheit lassen sich nicht genau beziffern. Sie lagen bis 2014 zwischen geschätzten 1,3 und 2,0 Billionen Euro. Dabei trugen seit 1990 auch ostdeutsche Steuerzahler einen über die Jahre steigenden Teil dieser Kosten, während aber die öffentlichen Mittel ganz überwiegend von West nach Ost flossen.

Der Blick zurück auf die DDR und die Transformation lohnt sich, um die anhaltenden sozio-

Illustration: Agata Marszalek

ökonomischen Verwerfungen der neuen Bundesrepublik zu verstehen. Zugleich dürfen sie nicht übertrieben werden. Viele Schwierigkeiten wie die regionalen Unterschiede sind typisch für Industrieländer und keineswegs ein Resultat der Transformation; die meisten Probleme sind auf das desaströse Erbe der DDR zurückzuführen. Die Ausgangslage 1989/90 war miserabel, aber die Erwartungen an den Beitritt zur Bundesrepublik waren zugleich unrealistisch hoch. Hinzu kamen Fehler der Treuhand, die im Gedächtnis geblieben sind, während von ihren Leistungen kaum gesprochen wird. Die für viele Menschen sehr harten Umbrüche gingen schnell in die Erzählung einer feindlichen Übernahme durch den Westen ein, in jenen Opfermythos, der bis heute wirksam ist. Es gibt also eine Dissonanz zwischen Wirklichkeit und Wahrnehmung. Insofern ist die Spaltung Deutschlands noch längst nicht überwunden.

Bedeutet das Heranwachsen einer jungen, nach 1990 geborenen Generation, dass sich ostdeutsche zugunsten gesamtdeutscher Identitäten abschwächen? Die Annahme klingt plausibel, trifft aber nicht zu. Das Bewusstsein für Unterschiede zwischen Ost und West nimmt gegenwärtig nur bei jungen Westdeutschen ab, während es bei jungen Ostdeutschen an Bedeutung gewinnt. Das ist umso erstaunlicher, als sich die Lebensverhältnisse dieser Generation fast vollständig angeglichen haben und ostdeutsche Studenten oft westdeutsche Hochschulen besuchen und umgekehrt. Zugleich kann man sich fragen, ob gefühlte Identitätsunterschiede wirklich so problematisch sind. Es beklagt ja auch niemand, dass 155 Jahre nach der Gründung des ersten gesamtdeutschen Staats von 1871 Münchner und Hamburger, Schwaben und Westfalen noch immer an markanten Differenzen festhalten.

Wichtiger als diese Gefühlslagen sind die Geschichtsbilder und die Lehren, die aus ihnen gezogen werden. Da die Erinnerung an die DDR und an die Transformation verblasst oder oft gar nicht mehr aus eigenem Erleben besteht, ist die Auseinandersetzung mit den historischen Tatsachen umso wichtiger – vorausgesetzt, man will den Mythen und den Verdrehungen antidemokratischer Agitatoren nicht das Feld überlassen. |G|



Hartmut Berghoff, Jahrgang 1960, ist Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Göttingen und Lehrbeauftragter an der Universität Zürich. Von 2008 bis 2015 leitete er das Deutsche Historische Institut in Washington D. C. Sein neues Buch *Trügerischer Wohlstand,* dieses Jahr bei C. H. Beck erschienen, ist die erste Wirtschaftsgeschichte des vereinigten Deutschland.

Weiterführende Literatur

Thomas Ahbe: Ostalgie. Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit in den 1990er Jahren. Erfurt 2005.
Hartmut Berghoff und Uta A. Balbier (Hg.): The East German Economy, 1945–2010. New York 2013.
Hartmut Berghoff: Trügerischer Wohlstand. Eine Wirtschaftsgeschichte der Berliner Republik seit 1990. München 2026.
Rainer Karlsch: Familienunternehmen in Ostdeutschland. Niedergang und Neuanfang von 1945 bis heute. Halle 2023.
Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. Bonn 2020.
Ders.: Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute. München 2024.
Steffen Mau: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin 2019.
Karl-Heinz Paqué und Richard Schröder: Gespaltene Nation? Einspruch! Basel 2020.
Albrecht Ritschl: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 36 (1995), Nr. 2, S. 11–46.
Klaus-Heiner Röhl: 35 Jahre Wiedervereinigung, in: IW-Trends 52 (2025), Nr. 3, S. 61–80.
André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004.

Heisse Waren aus der Schweiz

Eine Schaltzentrale für die DDR befand sich im Tessin: Von Lugano aus wurde das Land mit Gütern versorgt, die westliche Staaten eigentlich nicht in den Ostblock liefern durften. In diese Deals waren auch westdeutsche Wirtschaftsgrössen eingebunden – namentlich jener Manager, der später die Abwicklung der DDR organisierte.

Von Stefan Hördler

Am 23. November 1970 wurde in Lugano ein ziemlich unscheinbares Unternehmen ins Handelsregister eingetragen. Die Intrac S. A. hatte ihren Sitz an der Via Generale Guisan 16, ihr Grundkapital betrug 100 000 Schweizerfranken, geteilt in 100 Inhaberaktien zu je 1000 Franken. Der registrierte Zweck des Unternehmens war der Kauf, Verkauf, Import und Export von Waren und Industrieprodukten, die Vertretung von und die Beteiligung an verwandten Unternehmen sowie der Handel von Briefmarken, Antiquitäten und Numismatikartikeln. So weit, so unauffällig.

Doch das Unternehmen war Teil eines ausgeklügelten Systems, das die DDR aufgebaut hatte, um Aussenhandelsbeschränkungen zu umgehen. Unternehmensleiter und zugleich einer der zwei Hauptteilhaber der Intrac S. A. war Ottokar Hermann. Der Mann, ein früherer Unterführer der Waffen-SS, war zwar westdeutscher und ab 1985 Schweizer Staatsbürger, stand aber seit den 1960er Jahren im Dienst der DDR. Unter dem Decknamen «Rohloff» spionierte er zeitweise für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), also die Stasi. Seine Rolle in der Schweiz hat der Historiker und Journalist Ricardo Tarli 2015 im Buch *Operationsgebiet Schweiz* untersucht.

Der zweite Hauptteilhaber war Manfred Seidel. Auch er hielt 40 Prozent am Unternehmen, bevollmächtigte aber Hermann mit der nominellen Vertretung seiner Anteile, so dass dieser nach aussen hin das Gesicht des Unternehmens darstellte. Als MfS-Offizier war Seidel sogar hauptamtlich für die Stasi tätig, und mehr noch: Er war eine zentrale Figur im Sonderwirtschaftsbereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) der DDR. Diese Stelle, 1966 gegründet, operierte vielfach im Geheimen und baute im Lauf der Zeit ein verflochtenes Gebilde aus mindestens 150 Firmen im In- und Ausland auf. Die Intrac S. A. in Lugano war ein Rad in diesem Getriebe.

Mit ihren Firmen verfolgte die KoKo zwei Ziele. Zum einen ging es darum, Devisen in die DDR zu

Bild: Werek / Süddeutsche Zeitung Photo / Keystone



Eine wichtige Plattform für Kontakte zwischen ost- und westdeutschen Eliten war die Leipziger Messe. 1985 kommen hier Erich Honecker (l.) und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauss zusammen, flankiert vom Leiter des Sonderwirtschaftsbereichs Kommerzielle Koordinierung der DDR, Alexander Schalck-Golodkowski (r.).

bringen. Die DDR-Mark war eine reine Binnenwährung und wurde ausserhalb des Landes nicht als Zahlungsmittel anerkannt. Wollte die DDR Waren von westlichen Unternehmen importieren, brauchte sie harte Währungen. An die kam sie aber höchstens durch Exportprodukte, die westliche Devisen ins Land brachten. Die KoKo schuf Abhilfe, indem sie Unternehmen gründete, die zum Beispiel Waffen in Krisengebiete verkauften, Handel mit Kunstgegenständen betrieben oder Abfall importierten: Gegen D-Mark wurden Abfälle aus dem Westen, darunter auch Sonder- und Giftmüll, auf Deponien im Osten gelagert.

Der Leiter der KoKo, Alexander Schalck-Golodkowski, war in seinen Geschäften erfinderisch – und erfolgreich: Bis zum Fall des Regimes im Herbst 1989 hatte die KoKo mit ihrem undurchsichtigen Firmenimperium einen Gewinn von über 28 Milliarden Valuta-Mark (VM) erwirtschaftet und damit wesentlich zum Überleben des angeschlagenen Staats beigetragen.

Die KoKo nahm aber nicht nur viel Geld ein, sondern gab auch grosse Summen aus. Ihre zweite Aufgabe bestand nämlich darin, legale und illegale Besorgungen aller Art für Staat, Partei, Unternehmen und Einzelpersonen zu organisieren. Insbesondere war sie dafür zuständig, Güter in die DDR zu schleusen, die das westliche Ausland aufgrund eines Embargos nicht in den Ostblock verkaufen sollte.

Diese Handelsbeschränkungen basierten auf einer Übereinkunft führender Industrie- und Nato-Staaten: auf dem Coordinating Committee on Multilateral Export Controls (CoCom), das die USA 1949 ins Leben gerufen hatten. Es wurden Listen geführt, die es verboten, waffenfähige Technologien einschliesslich Kernenergie und Mikroelektronik in Staaten des Warschauer Pakts zu liefern. In genau diesem Bereich spielte die Intrac S. A. eine wesentliche Rolle: Sie war eine zentrale Drehscheibe für Embargogeschäfte, vor allem mit modernen Technologien.

Als neutrales Land gehörte die Schweiz zwar nicht zum Kreis der CoCom-Staaten. Aber aufgrund von Druck aus den USA musste sie die Sanktionen gegen den Ostblock 1951 praktisch vollständig übernehmen. Im informellen «Hotz-Linder-Agreement» verpflichtete sie sich, die CoCom-Regeln zu befolgen (*NZZ Geschichte* Nr. 54, September 2024). Allerdings wurden die Beschränkungen im Fall der DDR wenig restriktiv durchgesetzt: Die Schweiz entwickelte sich zu einem wichtigen Scharnier für die Umgehung der Exportkontrollen. Unternehmen wie die Intrac, die zum KoKo-Imperium gehörten, führten embargobelegte Waren von westlichen Unternehmen in die Schweiz ein – und schleusten sie von dort aus weiter in die DDR. Die bundesdeutschen Behörden nahmen an, dass zeitweise 40 Prozent «des gesamten westdeutschen Embargoschmuggels über die Schweiz abgewickelt» wurden, wie die *Schweizerische Handelszeitung* 1987 herausstellte.

Für diese Transaktionen war die Intrac nicht allein zuständig. An der gleichen Adresse in Lugano Paradiso – Via Generale Guisan 16 – wurde 1976 die Befisa S. A. gegründet mit Zwecken wie Import, Export, Handel und Übernahme von Vertretungen bei Industrieprodukten und Nahrungsmitteln. Geschäftsführer und Mitinhaber war wieder Ottokar Hermann.

Gemäss den MfS-Unterlagen war er schon in den 1960er Jahren zu einem wichtigen Partner der KoKo geworden; er hatte sich offen gegenüber «Sonderaufgaben» gezeigt und sich bereit erklärt, «Embargowaren zu beschaffen». Hermann unterhielt ein ganzes Firmennetz mit verschiedenen Tochterfirmen und anderen Gesellschaften vornehmlich in Westberlin. Schaltzentrale war aber die Intrac in Lugano, besonders in den 1980er Jahren, als der Embargohandel seinen Höhepunkt erreichte.

Dass die Geschäfte in diesem Jahrzehnt stark zunahmen, war den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der DDR geschuldet. Im Mai 1971 hatte Erich Honecker den bisherigen Staatschef Walter Ulbricht abgelöst. Und bereits im Juni 1971 hatte er die «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik» proklamiert, ein gigantisches Subventionsprogramm, um Versorgung und Konsum, Einkommen und Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern.

Anders als Ulbricht, der in den 1960er Jahren staatliche Programme zur Reform der Planwirtschaft befürwortet hatte, löste sich Honecker vom Primat der Wirtschaftspolitik sowie der Förderung von Forschung und Entwicklung. Unter der Umlenkung der Mittel in sozialpolitische Projekte litten vor allem zentrale Industrie- und Technologiebereiche in der DDR. Hinzu kamen die forcierte Verstaatlichung und Zentralisierung der Wirtschaft unter Honecker. Der technologische Abstand zu internationalen Standards wuchs ebenso wie der Aufwand zur Finanzierung des steigenden Konsumniveaus. Es wurde mehr importiert als exportiert, das Handelsbilanzdefizit der DDR explodierte, die Devisenverschuldung verzehnfachte sich innerhalb von zehn Jahren.

In einer aussichtslosen Aufholjagd wurde daher in den 1980er Jahren versucht, das Ruder herumzureissen: Hochtechnologie sollte um jeden Preis ins Land geholt werden. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde hierfür vermutlich etwa eine Milliarde D-Mark ausgegeben. Der Aufbau einer autonomen Mikroelektronik-Industrie in der DDR rückte ins Zentrum ehrgeiziger Pläne Honeckers. Doch neben vielen Dingen stand diesen Ambitionen auch das CoCom-Embargo entgegen. Wie liess es sich umgehen?

Ein Weg führte über die Schweiz. Die DDR intensivierte den Handel über die Schweizer Unternehmen, um an die gewünschten Güter zu kommen. Wie das konkret funktionierte, zeigt ein Geschäft von 1987, eines der grössten überhaupt, das über Ottokar Hermann und die Intrac S. A. in Lugano abgewickelt wurde. Dieser Deal macht ausserdem klar, wie tief die westdeutsche Wirtschaftselite in den Handel mit der DDR involviert war. Denn die Embargobrüche geschahen mit dem Wissen und zum finanziellen Vorteil grosser Unternehmen in der Bundesrepublik.

Bislang kaum bekannt: Auch der Stahlkonzern Hoesch in Dortmund war über eine kapitalintensive Unternehmensbeteiligung in die Geschäfte verstrickt. Das zeigen Dokumente des MfS, die heute im Bundesarchiv liegen, ebenso wie Unternehmensakten von Hoesch (heute Thyssen-

Krupp). Besonders brisant: Die Umgehung des Embargos kam unter der Führung von Detlev Karsten Rohwedder zustande, der Hoesch damals als Vorstandsvorsitzender leitete, bevor er Chef der Treuhandanstalt wurde, die nach der Wende die DDR-Wirtschaft abwickelte (Seite 20).

Das Dreiecksgeschäft zwischen DDR, Schweiz und Bundesrepublik begann mit einem Beschluss in der obersten Schaltzentrale der DDR: Am 6. Januar 1987 lancierte das Politbüro des Zentralkomitees der SED das «Vorhaben Leiterplattenwerk im Kombinat Robotron Dresden». Gegründet 1969, war Robotron (eine Wortzusammensetzung aus «Roboter» und «Elektronik») der bedeutendste Computer- und Elektronikhersteller der DDR; ein Staatskonzern, der unter anderem Datenverarbeitungsanlagen, Personal Computer und Prozessrechner entwickelte und produzierte. In diesen Geräten wurden Leiterplatten beziehungsweise gedruckte Schaltungen verbaut, sogenannte Mehrlagenplatinen, und diese wollte man künftig selbst herstellen können. Nur: Die dafür notwendige Ausrüstung stand auf den Sanktionslisten der CoCom.

Damit die Lieferung an der Schweizer Grenze ohne Probleme durch den Zoll kam, wurde die heikle Ware falsch deklariert.

Ursprünglich sollte die Technologie für das Leiterplattenwerk durch Importe aus Japan abgesichert werden. Doch in den Verhandlungen zeigten sich bald Schwierigkeiten, und am Ende zog sich Toshiba zurück, da das Unternehmen wegen des Embargobruchs Sanktionen befürchtete – Japan gehörte seit 1952 zum Kreis der CoCom-Staaten. Die DDR rückte deswegen aber nicht von ihren Plänen ab: Gespräche zum weiteren Vorgehen und Verhandlungen mit anderen potenziellen Partnern sollten bereits im März im Rahmen der Frühjahrsmesse 1987 in Leipzig stattfinden. Bei dieser Industrieschau unterhielt die Intrac regelmässig einen grossen Stand in der Messehalle 3.

Als neuer Anbieter trat in der Folge ein bundesdeutsches Unternehmen in Erscheinung: Hans Kolbe & Co., meist Fuba («Funktechnische Bauteile») genannt. In den 1950er Jahren in Hildesheim gegründet, hatte sich die Fuba vor allem in der Telekommunikation einen Namen gemacht. Das Unternehmen produzierte anfangs Leiterplatten und Antennen, bevor elektronische Autoantennen, Breitband- und Glasfasertechnik, Kabel- und Satellitenfernsehen sowie Autotelefone und Videokonferenzsysteme hinzukamen. 1984 hatte die Fuba eine Abteilung Technologietransfer eingerichtet, die den Bau schlüsselfertiger Leiterplattenwerke zum Zweck hatte.

1988 erreichte der Umsatz der Fuba rund 450 Millionen D-Mark bei etwa 3300 Beschäftigten und kletterte auf 800 Millionen im Jahr 1992. In dieser Boomphase akquirierte das Unternehmen zwei Grossaufträge, die alle bisherigen in den Schatten stellten: Die Fuba sollte nicht nur das Leiterplattenwerk für Robotron in Dresden für 160 Millionen D-Mark liefern, sondern auch gleich noch ein zweites für den Volkseigenen Betrieb (VEB) Kombinat Automatisierungsanlagenbau in Ostberlin à 140 Millionen. Im Gesamten zog die Fuba also ein 300 Millionen D-Mark schweres Geschäft an Land.

Bei der Fuba bestand jederzeit Klarheit darüber, dass die Ware in die DDR gehen würde. Aber offiziell sassen die Endabnehmer im Tessin: Für das erste Leiterplattenwerk unterzeichnete die Fuba im September 1987 einen Vertrag mit der Intrac aus Lugano. Deren Vertreter trafen sich ein paar Tage später mit ihren DDR-Partnern im Ostberliner Grand Hotel. Dort regelten sie den Weiterverkauf der Fuba-Ware von der Intrac an Robotron: Ottokar Hermann und sein Geschäftsführer schlossen einen Vertrag mit dem Aussenhandelsbetrieb Elektrotechnik der DDR.

In einem MfS-Bericht vom November 1987 wurde der Modus Operandi unverblümt festgehalten: Gegenstand des Vertrags war «die Errichtung einer Leiterplattenfabrik für Robotron, mit einem Wert von rund 170 Mio. VM, wobei 70% der

Ausrüstungen aus der BRD kommen und über die Schweizer Firma in die DDR geliefert werden und die Firma Intrac die ‹heissen Waren› dort unterdeklariert bestellt». Die Lieferung wurde also falsch deklariert, damit sie problemlos durch Grenzen und Zoll kam. Tatsächlich hatte der Schweizer Bundesrat im Jahr zuvor die Verordnung über die Warenausfuhr verschärft und um ein beschränktes Durchfuhrverbot für heikle Listenwaren ergänzt. Diese Bestimmung sollte dazu dienen, den Transfer von Embargogütern einzudämmen.

Das Geschäft zwischen der Fuba in der Bundesrepublik, der Intrac im Tessin und Robotron in der DDR ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil auch einer der bekanntesten westdeutschen Manager involviert war: Detlev Karsten Rohwedder, damals Vorstandsvorsitzender des Stahlriesen Hoesch, später Chef der Treuhandanstalt. Deren Aufgabe war es, die rentablen Staatsbetriebe der DDR zu privatisieren und die unwirtschaftlichen stillzulegen. Als Treuhand-Chef sollte Rohwedder, wie das westdeutsche *Industriemagazin* 1990 schrieb, die «notwendigen Grausamkeiten» meistern und «die Leichen der östlichen Wirtschaft endgültig zu Grabe tragen». Am 1. April 1991 wurde Rohwedder ermordet, laut einem Bekennerschreiben von linksextremistischen Terroristen der RAF.

Jedoch hatte Rohwedder mit der DDR-Wirtschaft eben schon vor der Wende zu tun gehabt. Spätestens in den 1980er Jahren wollte er Hoesch zu einem technologieorientierten Dienstleister umbauen. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts investierte der Stahlkonzern darum in diverse Softwarehäuser – und erwarb 1988 unter anderem eine Beteiligung an der Fuba. Die Verhandlungen darüber liefen schon seit Sommer 1986, sie hatten also zeitlich vor dem Leiterplatten-Deal begonnen, den die Fuba 1987 schloss. Das bedeutet: Rohwedder kaufte nicht nur Teile der Fuba, sondern gleichzeitig auch einen Embargo-Deal mit der Schweizer Intrac und der DDR.

Das war der Konzernspitze von Hoesch und allen voran Rohwedder klar. In internen Papieren, die man bei Hoesch im Frühjahr 1988 zwecks Prüfung der geplanten Investition in die Fuba verfasste, wurde unzweideutig auf zu erwartende Umsatzsteigerungen infolge der «Know-how-Lieferung für eine Leiterplattenfertigung in der DDR» verwiesen. Und in Analysen, die Hoesch zur Entscheidungsfindung anfertigen liess, heisst es, die DDR sei der «zweitwichtigste Auftraggeber» der Fuba.

1989 war sogar davon die Rede, ein drittes Leiterplattenwerk in die DDR zu verkaufen. Wolf Dieter Schmejkal, kaufmännischer Leiter bei der Fuba, wandte sich deswegen direkt an Rohwedder. Er hielt fest, dass die bisherigen Geschäfte über den «Konsortialpartner Intrac S. A.» aus Lugano gelaufen seien; man wolle der DDR nun «über die gleiche Einkaufsorganisation für das Kombinat Werkzeugmaschinen in Karl-Marx-Stadt ein drittes Projekt» anbieten, das «um Grössenordnungen» über den ersten beiden liege. Wieder sollten die Verträge über die Intrac laufen. Um den Zuschlag zu erhalten, wollte Fuba «unter der Flagge ‹Hoesch›» fahren und Verbindungen von Hoesch «zu den Ministerien der DDR» nutzen. Offenbar ist man bei Hoesch daraufhin tätig geworden, denn nur wenige Wochen später bedankte sich Schmejkal bei Rohwedder für «diese untersetzenden Massnahmen».

> In Bern war man über das Firmengeflecht der DDR gut informiert. Ermittlungen gegen Ottokar Hermann verliefen aber im Sand.

Obendrein traf sich der Chef von Hoesch auch persönlich mit dem Vertreter der Intrac: Noch vor der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 soll Detlev Rohwedder mit Ottokar Hermann über die Möglichkeiten eines dritten Werks von Fuba in der DDR beraten haben. Aus den Plänen für das dritte Werk wurde nichts mehr. Aber die Bestrebungen machen klar: Rohwedder war nicht nur von Beginn an kontinuierlich über das Embargo-

geschäft informiert, sondern er wurde direkt in die Umgehung des Embargos und die Geschäfte mit dem undurchsichtigen KoKo-Imperium der DDR eingebunden.

Wie ist zu erklären, dass westdeutsche Wirtschaftsgrössen ohne Bedenken Geschäfte mit der DDR tätigten? Ihre Interessen waren offensichtlich: Aus Sicht vieler Unternehmen war Osteuropa zunehmend ein attraktiver Markt. Das zeigt sich auch daran, dass bei Fuba und Hoesch schon kurz nach dem Fall der Mauer Pläne entstanden, sich an den Leiterplattenwerken in Dresden und Ostberlin zu beteiligen oder sie gar zu übernehmen. Damit, so hiess es in einer Hoesch-Vorstandssitzung vom April 1990, könnte man in der DDR ein Standbein aufbauen und von dort den «gesamten Ostblock-Markt» in den Blick nehmen. Als die Treuhandanstalt daran ging, die DDR-Unternehmen zu privatisieren, wurde der Plan Tatsache, zumindest was die Anlage in Dresden betraf: 1991 erwarb die Fuba von der Treuhand das Leiterplattenwerk Robotron, das sie für mehr als 150 Millionen D-Mark errichtet hatte.

Dass die Unternehmen in den späten 1980er Jahren ihre Deals trotz Embargo ohne weiteres abschliessen konnten, hing mit dem damaligen Klima zusammen. Die Exportbeschränkungen wurden zunehmend infrage gestellt. Der *Spiegel* etwa bezeichnete sie im Sommer 1988 als ein überflüssiges «Relikt des Kalten Krieges», westdeutsche Politiker würden zunehmend «einen Verzicht auf viele CoCom-Verbote fordern», selbst «simple Personalcomputer» stünden auf der Liste, obwohl sie «weltweit in jedem besseren Kaufhaus zu haben» seien. In dieser Lage wuchs die Toleranz gegenüber Embargogeschäften, so dass Hochtechnologie bei nahezu offenen Augen aus der Bundesrepublik in die Schweiz und von dort in die DDR gehandelt wurde.

Nur: Die CoCom-Bestimmungen waren noch immer in Kraft, und die Behörden wurden von den Unternehmen mit unvollständigen, irreführenden sowie schlicht falschen Informationen versorgt. Im Zusammenhang mit dem Leiterplattenwerk in Ostberlin fragte das Bonner Bundeswirtschaftsministerium 1989 kritisch nach, ob Embargorichtlinien missachtet wurden. Sowohl Ottokar Hermann im Namen der Intrac als auch Wolf Dieter Schmejkal von der Fuba versicherten im Mai 1990, dass alles mit rechten Dingen zugegangen sei und das Aussenwirtschaftsamt der Bundesrepublik die Genehmigungen seinerzeit erteilt habe. Schmejkal wörtlich: «In der Verhandlungs- als auch Realisierungsphase wurde von Fuba eindeutig klar gemacht, dass Belieferungen von CoCom-feindlichen Maschinen und Anlagen nicht unsere Unterstützung finden. Der Fairness halber muss auch ausgedrückt werden, dass solch ein Antrag niemals an uns gestellt wurde.» Angeblich gab es also auf allen Seiten nicht einmal den Gedanken an einen Embargobruch.

Und was wussten die Schweizer Behörden vom Treiben der MfS-nahen Unternehmen im Tessin? Wie Ricardo Tarli im Buch *Operationsgebiet Schweiz* aufgedeckt hat, war man in Bern über das Firmengeflecht um Ottokar Hermann recht gut informiert. Schon in den 1960er Jahren fiel Hermann der Schweizer Bundespolizei wegen seiner Beziehungen in die DDR auf; nach 1970 verdichteten sich die Hinweise auf Kontakte zum MfS. Spätestens Ende des Jahrzehnts kannte die Bundespolizei auch Namen von MfS-Angehörigen und anderen DDR-Funktionären, die mit der Intrac verkehrten.

Im März 1979 eröffnete die Schweizer Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Spionageverdachts. Eine Hausdurchsuchung blieb aus; die Überwachung von Hermanns Telefon über anderthalb Jahre brachte keine belastbaren Ergebnisse. Bei seiner Vernehmung im September 1981 bestritt Ottokar Hermann jede geheimdienstliche Tätigkeit. Wenige Wochen später empfahl der Polizeidienst der Bundesanwaltschaft, die Untersuchung einzustellen. Am 29. Oktober 1981 wurde das Verfahren offenbar ohne weitere Würdigung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse beendet; schon am folgenden Tag hiess es, gegen Hermanns Einbürgerung bestünden keine Einwände mehr. Den Schweizer Pass erhielt er schliesslich 1985.

Besonders freizügig erscheint die Praxis gegenüber transitreisenden Gästen und Partnern der Intrac. Obwohl die Bundespolizei über die ostdeutschen Verbindungen des Unternehmens und

über ihre konspirative Funktion informiert war, stellte die Schweizer Botschaft in Ostberlin bis Ende der 1980er Jahre weiter Einreisebewilligungen für Geschäftspartner der Intrac aus. Unter den Reisenden befanden sich auch KoKo-Funktionäre und MfS-Offiziere. Lugano blieb damit ein Ort, an dem sich DDR-Aussenhändler und -Geheimdienstangehörige unbehelligt mit westlichen Partnern treffen konnten.

Desgleichen verdienten die Schweizer Banken kräftig mit. Die Zürcher Bank für Handel und Effekten (eine Tochtergesellschaft der damaligen Schweizerischen Kreditanstalt) diente als zentrale Drehscheibe für Gelder der KoKo-Firmen und des MfS. Die Ermittlungen in dieser Sache setzten erst Jahrzehnte später ein, nach diversen Interventionen unter anderem der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Ergebnisse blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück, so dass der Verbleib immenser Vermögenswerte bis heute unbekannt ist.

Die Intrac in Lugano bestand nach der Wende weiter. Ende 1992 erwarb Ottokar Hermann die restlichen 40 Prozent des Unternehmens nebst Tochtergesellschaften für zwölf Millionen Schweizerfranken – ein Spottpreis. Mitte 1990 hatte Alexander Schalck-Golodkowski, der Leiter der KoKo, in einem Brief an den damaligen deutschen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vor der voreiligen Veräusserung der Intrac gewarnt und einen deutlich höheren Wert angegeben. Nach seiner Schätzung könnte ein Verkauf bis zu hundert Millionen DM bringen.

Hermanns Machenschaften wurden schon Anfang der 1990er Jahre Gegenstand von Untersuchungen des Deutschen Bundestags und der Berliner Staatsanwaltschaft. Auf Tausenden Seiten wurde versucht, Ordnung ins Dickicht von Akteuren, Firmen und Finanzströmen zu bringen. Häufig endeten die Bemühungen in Sackgassen. 1994 sagte Ottokar Hermann vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags aus, er wurde aber rechtlich nie belangt.

In der Schweiz blieb es dagegen viele Jahre ruhig. Hermann machte weiter Geschäfte und rettete immense Vermögenswerte auf verschlungenen Pfaden. 2007 starb er in Buchs. |G|



Stefan Hördler, Jahrgang 1977, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Georg-August-Universität Göttingen sowie Visiting Professor an der School of Arts & Humanities der University of Huddersfield. Zuvor war er an Universitäten und Forschungsinstituten in Deutschland, Österreich und den USA tätig. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf der NS- und der Zeitgeschichte. Zurzeit erforscht er die Industriegeschichte und die Deindustrialisierung im 20. Jahrhundert und schreibt seine Habilitation über die Geschichte der Stahlindustrie in Deutschland und den USA seit den 1970er Jahren.

Weiterführende Literatur

Matthias Judt: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität. Berlin 2013.

Therese Steffen Gerber: Das Kreuz mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in den Jahren 1949–1972. Berlin 2002.

Ricardo Tarli: Operationsgebiet Schweiz. Die dunklen Geschäfte der Stasi. Zürich 2015.

Illustration: Agata Marszalek

SINCONA
TRADING



Gold, Silber und andere Edelmetalle unkompliziert und diskret kaufen oder verkaufen in Zürich



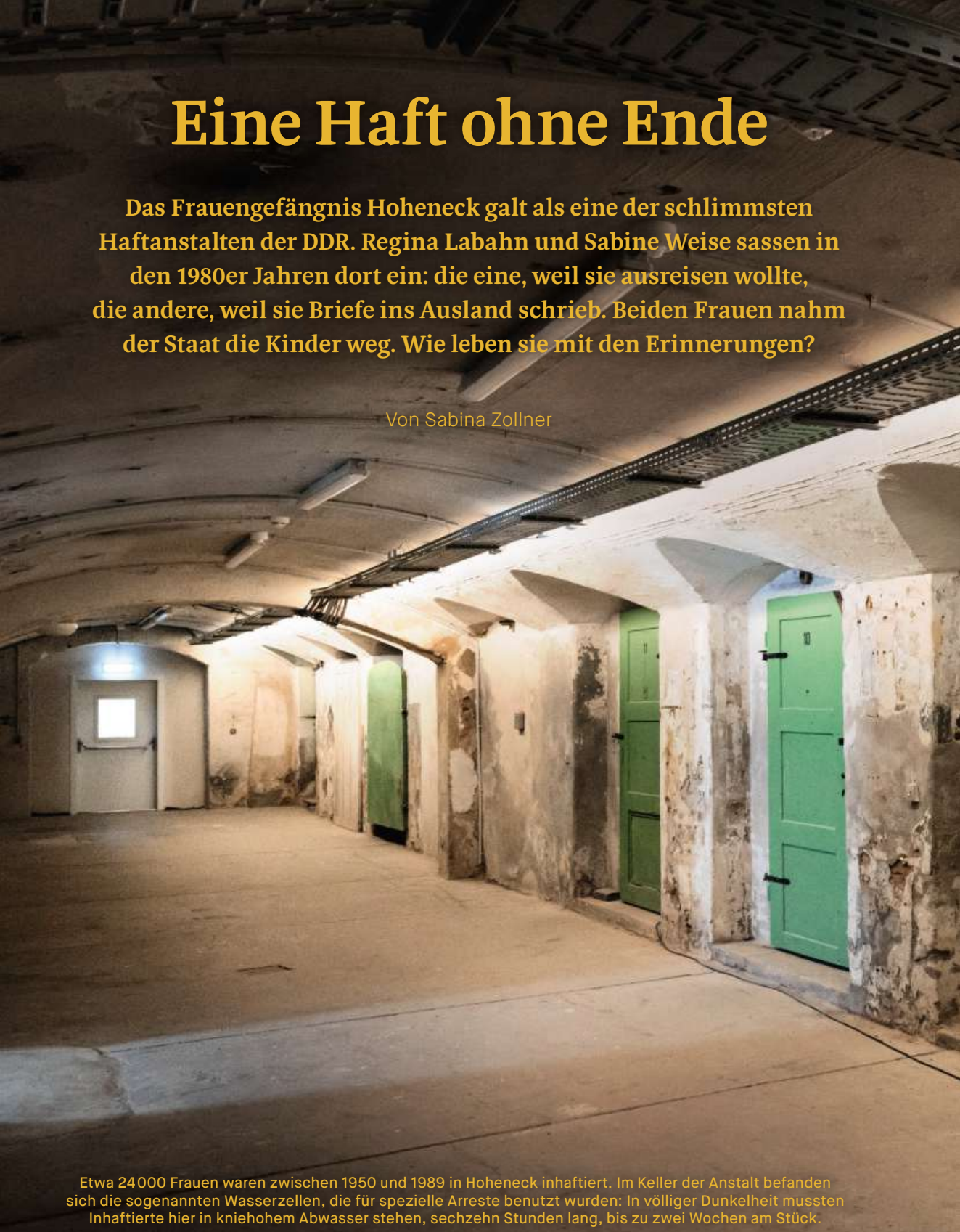
www.sincona-trading.com

SINCONA TRADING AG · Limmatquai 112 · 8001 Zürich
T + 41 44 215 30 90 · info@sincona-trading.com

Eine Haft ohne Ende

Das Frauengefängnis Hoheneck galt als eine der schlimmsten Haftanstalten der DDR. Regina Labahn und Sabine Weise sassen in den 1980er Jahren dort ein: die eine, weil sie ausreisen wollte, die andere, weil sie Briefe ins Ausland schrieb. Beiden Frauen nahm der Staat die Kinder weg. Wie leben sie mit den Erinnerungen?

Von Sabina Zollner



Etwa 24 000 Frauen waren zwischen 1950 und 1989 in Hoheneck inhaftiert. Im Keller der Anstalt befanden sich die sogenannten Wasserzellen, die für spezielle Arreste benutzt wurden: In völliger Dunkelheit mussten Inhaftierte hier in kniehohem Abwasser stehen, sechzehn Stunden lang, bis zu zwei Wochen am Stück.


9
8

Regina Labahn erinnert sich noch an den Moment, als sie zum ersten Mal in die Zelle in Hoheneck kam: vor ihr eine grosse Frau mit kurz geschnittenen braunen Haaren. Eine Kindsmörderin. Sie kam direkt auf sie zu, blieb wenige Zentimeter vor ihr stehen. Sie richtete den Zeigefinger auf ihre Stirn, sah sie mit einem bedrohlichen Blick an. «Ich habe nichts mehr zu verlieren. Aber du, ja», sagte sie zu ihr.

Heute lässt sich nur noch erahnen, unter welchen Bedingungen die Inhaftierten im Frauengefängnis Hoheneck lebten. Einer der sogenannten Verwahrräume, ein kahles Zimmer, ist etwa fünfundzwanzig Quadratmeter gross, drei kleine Fenster, gewölbte Decke. An den Wänden Schmierereien. Vor knapp vierzig Jahren standen hier Stockbetten, dicht an dicht. Fünfzehn bis zwanzig Frauen lebten auf engem Raum. Morgens mussten sie ihr Kissen und ihre Decke im Militärstil ausrichten, keine Falte durfte zu sehen sein. Tagsüber war es verboten, sich hinzulegen. Neben dem Verwahrraum liegt das ehemalige Badezimmer. An den Wänden sind sechs Waschbecken zu sehen, im hinteren Teil zwei Toiletten. Bis zu vierzig Frauen nutzten diese Sanitäreinrichtungen gemeinsam. Oft blieb ihnen morgens nur eine halbe Stunde. Sie mussten jegliche Scham ablegen.

Das Frauengefängnis Hoheneck, auf einer Anhöhe über der Stadt Stollberg im Erzgebirge gelegen, zählt zu den Gefängnissen mit den schlimmsten Haftbedingungen in der DDR. Zwischen 1950 und 1989 waren dort knapp 24 000 Frauen inhaftiert. Etwa ein Drittel aus politischen Gründen, der Rest wegen Schwerstverbrechen oder kleineren Delikten. Heute ist Hoheneck ein Gedenkort, an dem ehemals Inhaftierte regelmässig Veranstaltungen organisieren. Sie wollen die Erinnerung an das Gefängnis wachhalten, denn die Haftzeit verfolgt viele von ihnen noch heute. Zwei der Frauen waren bereit, für diesen Artikel ihre Geschichte zu erzählen und darüber zu sprechen, wie Hoheneck ihr Leben und ihre Familien prägte.

Regina Labahn, 76, war zwei Jahre lang in Hoheneck inhaftiert. Unser Treffen findet in ihrem Lieblingsrestaurant statt: bei einem Griechen in Wülfrath, einem Vorort von Düsseldorf. Labahn trägt ein langes, weisses Wollkleid und roten Lippenstift. Beim Gespräch ist ihr Mann mit dabei. Immer wieder ermahnt sie ihn, ihr nicht ins Wort zu fallen. Es wirkt, als hätten beide ein grosses Bedürfnis, ihre Geschichte zu teilen.

Der Grund für Labahns Inhaftierung war ein Antrag auf Staatenlosigkeit. Für DDR-Bürger ohne Aussicht auf legale Ausreise war der Verzicht auf die Staatsbürgerschaft manchmal der letzte Ausweg: Wer staatenlos wurde, konnte eine Aufnahme in die BRD erzwingen. Allerdings konnte der Weg auch ins Gefängnis führen: Wer einen Antrag auf Staatenlosigkeit stellte, machte sich verdächtig, die Republik verlassen zu wollen, und lief Gefahr, verhaftet zu werden.

Regina Labahn und ihr Mann hatten in den 1960er Jahren erlebt, wie der Staat ihren Familien Land und Besitz wegnahm, um die sozialistische Planwirtschaft zu etablieren. «Ich erinnere mich noch, wie vier, fünf Leute mit lauter Zetteln in unsere Küche gekommen sind und gesagt haben: Das ist jetzt alles Volkseigentum», erzählt Labahn. Sie war damals zehn Jahre alt und lebte auf einem grossen Bauernhof auf Usedom, mit Kühen, Pferden, Schweinen und Schafen. Der Bauernhof wurde Teil der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), die die Landwirtschaft staatlich organisierte und kontrollierte. Die Familie durfte zwar weiter auf dem Hof wohnen, ihre Mitglieder wurden aber zu Arbeitern im eigenen Betrieb. Dafür bekamen sie ein kleines Gehalt.

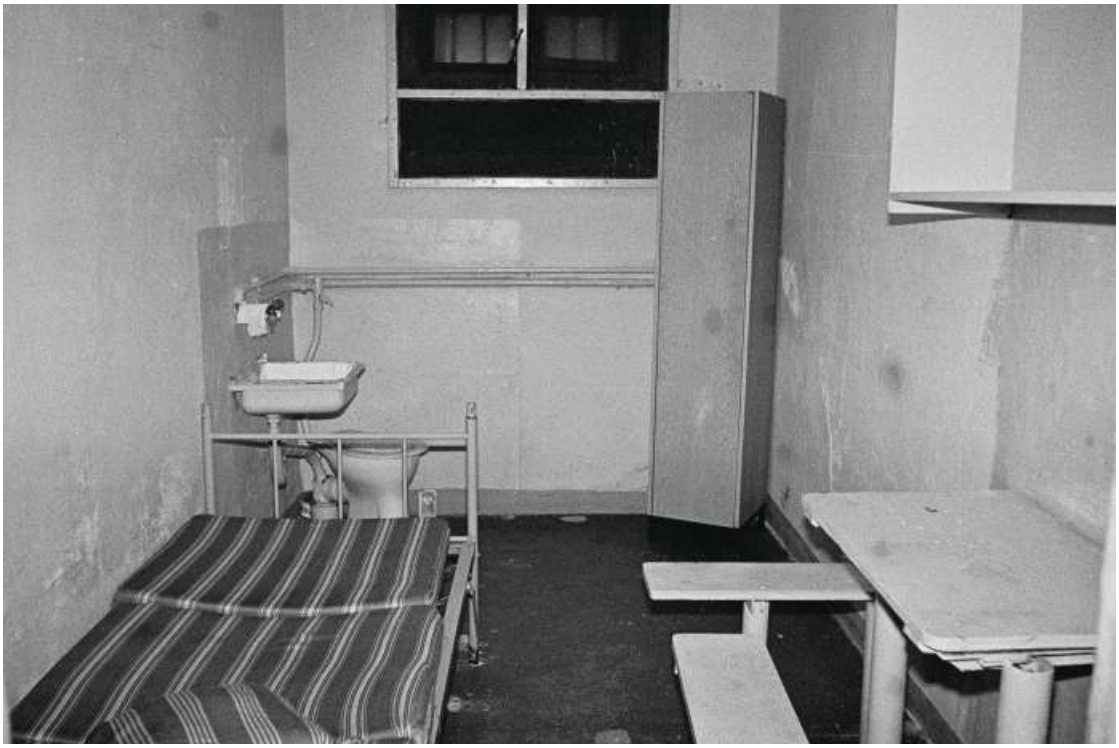
Später war es vor allem die fehlende Meinungsfreiheit, die Regina Labahn am System zweifeln liess. Wer seine Meinung äusserte, wurde zum Klassenfeind erklärt. Ihr Ehemann geriet zudem in seiner Arbeit unter politischen Druck. Er war in einem Kraftwerk als Elektromonteur tätig. Eines Tages habe ihn sein Vorgesetzter dazu gedrängt, der Partei beizutreten. Wegen seines hohen Gehalts. Denn gut bezahlte Positionen waren in der DDR an politische Loyalität in Form von Parteimitgliedschaft geknüpft. Karl-Heinz Labahn habe sich geweigert. «Da ist mein Chef richtig wütend geworden», sagt er heute. «Aber ich wollte nicht einknicken.»

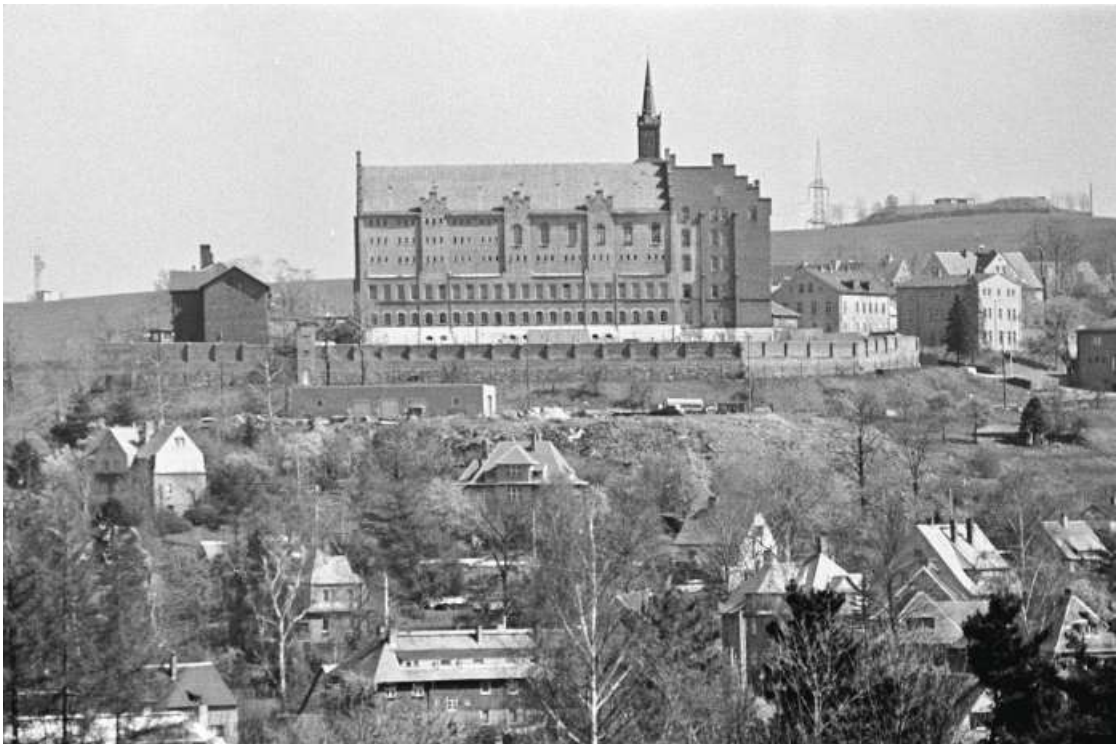
1980 stellte das Paar deshalb einen Ausreiseantrag. Am gleichen Tag holte der Geheimdienst der DDR, die Stasi, ihren Sohn und ihre Tochter

Bilder S. 44/45 und S. 47: Mathias Bothor



«Irgendwann komme ich hier raus und hole mir meine Kinder zurück»: An diesem Gedanken hielt sich Regina Labahn während ihrer zweijährigen Haftzeit fest. Inzwischen kommt sie zusammen mit anderen Frauen jährlich im Juni für einen Tag nach Hoheneck, das Gefängnis ist heute eine Gedenkstätte (Bild: 2026).





Ursprünglich als Burg gebaut, wurde Hoheneck im 19. Jahrhundert zum Gefängnis. In der DDR war die Anlage in der sächsischen Stadt Stollberg mit bis zu 1600 Personen belegt, Einzelzellen waren Ausnahmen (Bilder: 1990).

aus der Schule. Sie kamen in ein Heim. «Mit den Kindern wollten sie uns erpressen», sagt Regina Labahn, und ihr Mann nickt zustimmend. Die beiden schworen sich damals, ihre Ausreise trotzdem durchzuziehen. Bis zum bitteren Ende.

Karl-Heinz wurde 1981 verhaftet. Regina flüchtete mit ihrem vierjährigen Sohn, dem jüngsten ihrer drei Kinder, auf die Ostseeinsel Rügen. Ein Pfarrer verriet wenige Monate später ihren Aufenthaltsort an die Stasi. Daraufhin wurde auch sie verhaftet, und auch ihr drittes Kind kam in ein Heim. Ihr Mann wurde 1982 zu zehn Monaten Haft, Regina Labahn zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Zwar behauptete die DDR-Führung, dass das Paar die Kinder wiederbekäme, wenn es seinen Ausreiseantrag zurückzöge. Aber der Pfarrer der Labahns, der Beziehungen in den Westen hatte, sagte ihnen, dass das nicht passieren werde und sie lieber in die BRD gehen sollten. Dort hätten sie bessere Chancen, die Kinder zurückzubekommen. Ähnliches hatten sie auch aus ihrem Freundes- und Bekanntenkreis gehört. Nachdem Karl-Heinz Labahn seine Strafe abgesessen hatte, stellten die beiden deshalb 1983 einen Antrag auf Staatenlosigkeit. Ein Jahr später wurde Regina Labahn erneut verhaftet und diesmal wegen «Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit» und «Vereitelung von Erziehungsmassnahmen» zu zwei Jahren Haft in Hoheneck verurteilt. Ersteres war ein gängiger Straftatbestand, mit dem der Staat Menschen kriminalisierte, die ausreisen wollten.

Rund 200 000 Menschen wurden in der DDR zwischen 1949 und 1989 aus politischen Gründen inhaftiert. Der Begriff «politisch» ist dabei oft irreführend. Zwar konnte offenes Engagement gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) zu einer Haft führen, doch viele der Inhaftierten waren Menschen wie Regina Labahn. Sie hatten lediglich einen Ausreiseantrag oder einen Antrag auf Staatenlosigkeit gestellt.

Die «Republikflucht» wurde seit Bestehen der DDR strafrechtlich verfolgt und mit mehrjährigen Freiheitsstrafen geahndet. Der ostdeutsche Staat wollte damit verhindern, dass zu viele Menschen das Land verlassen. Die SED-Führung hatte Angst, junge, ausgebildete Fachkräfte zu verlieren, die für die Industrie dringend gebraucht wurden. Auch fürchtete sie Kritik an ihrem System. Denn jede Flucht machte auf die politische Unfreiheit und die materiellen Engpässe aufmerksam, was den Ruf der DDR schädigte.

In Hoheneck hatten politisch Inhaftierte keine gute Stellung, sie galten als Verräterinnen. Das hat auch Regina Labahn zu spüren bekommen. «Die Gefängniswärterinnen hatten Spass daran, uns zu drangsalieren», erzählt sie. Ein Moment auf den Eisentreppen ist ihr besonders in Erinnerung: Ihr täglicher Weg führte von der Zelle zur Arbeitsstätte. Die Hände auf dem Rücken, mussten die Frauen in Zweierreihen die Treppen hoch und runter gehen. Eine Wärterin hielt einen Schlagstock vor die Füsse einer der Frauen. Diese stolperte. Ein Grund, die gesamte Gruppe zurückzupfeifen. «Das war eine reine Demütigung», sagt Labahn. Wie schaffte sie es, solche Situationen durchzustehen? Nur ein Gedanke habe ihr geholfen: «Irgendwann komme ich hier raus und hole mir meine Kinder zurück.»

Dass Labahn und ihrem Mann die Kinder weggenommen wurden, entsprach einer gängigen Praxis. Zahlreiche politisch Verfolgte erlebten dasselbe, eine Studie des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam geht von mehreren hundert Fällen aus – mindestens. Kindswegnahmen dienten der DDR als Druckmittel gegen die steigende Zahl von Ausreiseanträgen. Einige Kinder wurden zur Zwangsadoption freigegeben, oder sie kamen, wie im Fall von Regina Labahn, in ein Heim. Andere durften bei Angehörigen leben. So war es bei Sabine Weise, der zweiten Frau, die bereit war, hier ihre Geschichte zu erzählen.

Die 71-jährige Sabine Weise lebt heute auf einer Insel in Westdeutschland. Regelmässig kommt sie auch nach Berlin, weil ihr Sohn hier wohnt. Für das Gespräch in einem Café hat sie zwei Bekannte mitgebracht, zur seelischen Unterstützung, wie sie erklärt. Das Café liegt in Westberlin; in den Osten der Stadt gehe sie nie: «Ich kriege da sofort Angstzustände, alles kommt wieder hoch», sagt sie mit einem nervösen Blick.

Vor ihrer Verhaftung 1981 lebte Weise in Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz. Sie arbeitete als Lagerverwalterin in einer Autowerkstatt und

Bilder: Härtel Press / Imago

war alleinerziehende Mutter zweier Kinder. Eines Tages begann sie eine Brieffreundschaft mit einem Mann in der Türkei, aus Neugier auf andere Kulturen, wie sie sagt: «Als Ossi freute man sich, wenn man Ansichtskarten aus der ganzen Welt bekam.» Sie habe die DDR damals nicht verlassen wollen.

1981 durfte sie mit ihrem vierjährigen Sohn und ihrer sechsjährigen Tochter nach Bulgarien in den Urlaub fahren. Sie schrieb ihrem Brieffreund, er könne sie dort treffen, und schickte ihm ein Foto sowie eine umständlich gezeichnete Karte ihres Reiseziels. «Das war ein bisschen dumm von mir», sagt sie. Den Urlaub sollte sie nie antreten. Eine gute Freundin wusste damals von der Brieffreundschaft. «Die hat mich verraten», sagt Weise. Gegenüber der Stasi hat die Freundin behauptet, Weise wolle flüchten. Jahre später las Sabine Weise das in ihrer Stasi-Akte. Die Stasi hatte Tausende solcher «inoffizieller Mitarbeiter», Nachbarn, Freunde, sogar Familienmitglieder, die für Geld oder unter politischem Druck ihr nahes Umfeld ausspionierten. 1000 Mark, etwa ein Monatsgehalt in der DDR, sei in Weises Fall der Lohn für den Verrat gewesen. Brauchte die Freundin dringend Geld? Was hat sie zum Verrat getrieben? Das weiss Sabine Weise bis heute nicht.

Am 7. Mai 1981 wurde sie vormittags in ihrem Büro verhaftet. «Zwei oder drei Männer klopften an der Tür, zeigten mir ihre Ausweise und sagten, dass sie mich für die Klärung eines Sachverhalts mitnehmen wollten», erinnert sich Weise. Wenige Minuten später habe sie im Auto gesessen, rechts und links ein Beamter. Die ganze Szene sei wie in einem Kriminalfilm gewesen. «Ich habe überhaupt nicht realisiert, dass ich gerade verhaftet werde, ich guckte nur immer wieder auf meine Uhr, da ich meine Kinder nachmittags vom Kindergarten abholen musste», erzählt sie.

Zunächst kam Weise, damals 26, in Untersuchungshaft in Chemnitz. Die ersten Wochen seien ein Albtraum gewesen. Die Stasi versuchte, sie zu einem Geständnis zu zwingen. Sie wusste nicht, wo ihre Kinder waren, hatte kaum Kontakt zu anderen Gefangenen, die Wärter waren mit Prügelstöcken ausgestattet. Viele Häftlinge wurden systematisch eingeschüchtert, bei einigen kamen Foltermethoden wie dunkle Einzelzellen zum Einsatz. «Ich habe erst dort erfahren, was die DDR für ein Land ist», sagt Weise. In der Untersuchungshaft wurde sie über drei Monate hinweg jeden Tag verhört. Sie beharrte darauf, dass sie nie habe flüchten wollen. Dann erzählte ihr eine Mitgefangene von der Möglichkeit des Freikaufs – und Weise änderte ihre Strategie.

Politische Gefangene konnten von Westdeutschland freigekauft werden. Seit den 1960er Jahren hatte sich diese Praxis etabliert: Die DDR entliess politische Häftlinge vorzeitig und bekam dafür von der BRD Waren oder Devisen. Während die Bundesrepublik diesen Freikauf aus humanitären Gründen betrieb, war er für die DDR ein lukratives Geschäft. Anfangs erhielt sie etwa 40 000 D-Mark pro Gefangenem, Ende der 1970er Jahre waren es bis zu 100 000 D-Mark. Insgesamt spülte der Freikauf fast 3,5 Milliarden D-Mark (heute wären das gut 3,7 Milliarden Euro) in die Staatskasse. Man schätzt, dass über ein Drittel der politischen Gefangenen freigekauft wurden.

Nach ihrer Haftentlassung konnten die Betroffenen entscheiden, ob sie in den Westen gehen oder in der DDR bleiben wollten – dieses Selbstbestimmungsrecht hatte die BRD 1972 durchgesetzt, gegen den Willen der DDR, die den Verlust von arbeitsfähigen Bürgern befürchtete. Zuvor war meist der Wohnort der Familie ausschlaggebend: Wer mehr Angehörige in der DDR oder der BRD hatte, wurde auch dorthin entlassen. Nach 1972 wählte die grosse Mehrheit der Freigekauften den Weg in den Westen.

Eine Garantie dafür, dass sie als politisch Inhaftierte freigekauft werden würde, hatte Sabine Weise nicht. Trotzdem entschied sie, noch immer in der Untersuchungshaft in Chemnitz, die Flucht nach vorn anzutreten: Sie provozierte eine rasche definitive Inhaftierung, indem sie ein falsches Geständnis ablegte und einen offiziellen Ausreiseantrag stellte. Den Stasi-Beamten sagte sie: «Meine Kinder sollen nicht in diesem Staat gross werden.» Eine Woche später war ihr Fall abgeschlossen. Sie wurde zu einem Jahr und vier Monaten verurteilt und nach Hoheneck gebracht.

Wie die allermeisten Frauen in Hoheneck musste Weise arbeiten, an sechs Tagen die Woche,

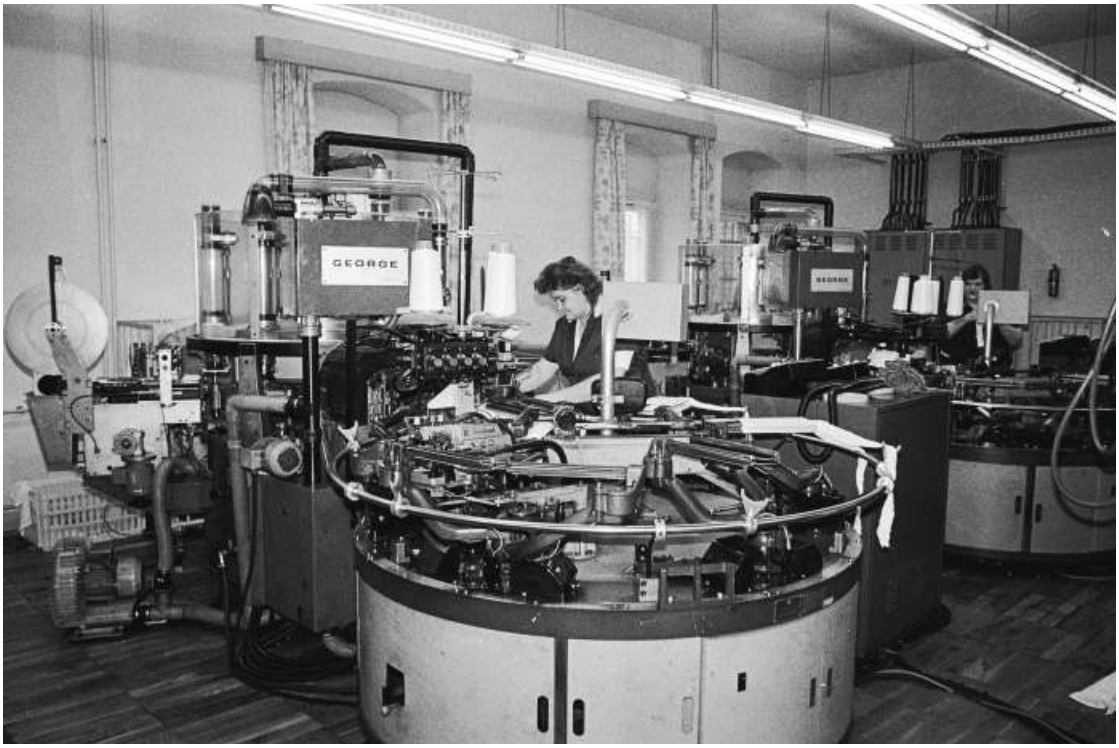
Bilder: Mathias Bothor; privat







«Ich habe erst in der Haft erfahren, was die DDR für ein Land ist»: Sabine Weise hatte vor ihrer Zeit in Hoheneck keine Ausreiseabsichten. Nach der Freilassung zog sie mit ihren beiden Kindern Marco und Jana (Bild links: 1977/78) nach Westberlin, rechts das erste dort gemachte Foto (1983).





Hoheneck war auch eine Produktionsstätte: Die Frauen mussten Zwangsarbeit verrichten und etwa Strümpfe herstellen, die die DDR in den Westen verkaufte (undatiertes Bild). Unten: Blick in den Waschraum, 2026.

jeweils acht Stunden. Denn nicht nur der Freikauf, sondern auch die Zwangsarbeit in Gefängnissen wie Hoheneck war für die DDR ein gutes Geschäft. Die Inhaftierten stellten vor allem Strumpfhosen der Marke Esda sowie Bettwäsche für Neckermann her, die in den Westen exportiert wurden und der DDR Millionengewinne eintrugen. Die Frauen erhielten zwar ein Gehalt, durften davon aber nur einen Bruchteil behalten: Vom Lohn wurden Kosten für die Unterbringung im Gefängnis, den Unterhalt für ihre Kinder und Geld für die Zeit nach ihrer Freilassung abgezogen.

Sabine Weise erinnert sich vor allem an die Heissformgeräte, die noch heute in der Ausstellung der Gedenkstätte zu sehen sind. Zwei rundlich geformte, metallene Stangen, die in die Höhe ragen. Die Strumpfhosen wurden darübergezogen, um sie in Form zu pressen. Mehrfach habe sie sich dabei so stark die Finger verbrannt, dass Brandwunden entstanden. Von den Dämpfen sei sie zweimal ohnmächtig geworden.

Nach gut zehn Monaten wurde Weise im März 1982 freigelassen. Dass ihre Haft vorzeitig endete, hatte ihr Anwalt für sie ausgehandelt. Er wollte eigentlich einen Freikauf in den Westen erwirken, aber das klappte nicht auf Anhieb; Weise musste in der DDR bleiben. Nach ihrer Entlassung fuhr sie als Erstes zum Kindergarten ihres Sohnes. «Ich werde nie vergessen, wie Marco mir damals in die Arme flog», sagt Weise. «In den Wochen danach hat er jedes Mal geweint, als ich ihn im Kindergarten abgeben wollte.» Er habe Angst gehabt, dass sie ihn nicht wieder abholen würde.

Anders verlief die Entlassung bei Regina Labahn. Sie musste ihre gesamte Haftzeit absitzen und kam 1986 nach zwei Jahren in Hoheneck frei. Ihre Kinder waren nach wie vor im Heim. Ihr Mann arbeitete inzwischen in einer Kirchengemeinde in Ostberlin als Grabpfleger. «Ich weiss noch, wie ich in das Gemeindehaus kam, und es fand eine Geburtstagsfeier mit einer langen Festtafel statt. Es gab Torte, Bockwurst, Kartoffelsalat, ich war so ausgehungert, ich habe mir das alles reingeschaufelt», erzählt Labahn. Vier Wochen später bekam das Paar den Bescheid: Ihr Antrag auf die Aberkennung ihrer Staatsbürgerschaft wurde final akzeptiert. Regina Labahn und ihr Mann mussten die DDR nun innerhalb von Stunden verlassen; sie zogen nach Westberlin.

Ihre Kinder aber erhielten zunächst keine Ausreisegenehmigung. Nach einem guten Jahr durfte die Tochter in den Westen nachkommen, die beiden Söhne konnten die Labahns erst kurz vor dem Mauerfall mithilfe von Freunden aus der DDR holen. Solch lange Trennungszeiten waren keine Seltenheit: Die Kinder von Menschen, die illegal aus der DDR flohen, als politische Häftlinge in den Westen freigekauft wurden oder über einen Antrag auf Staatenlosigkeit in den Westen kamen, mussten oft über komplizierte diplomatische Wege, den Einsatz von Anwälten sowie die Hilfe von Kirchen und Hilfsorganisationen in den Westen nachgeholt werden.

Die Labahns hielten per Brief mit ihren Kindern Kontakt und schickten ihnen Pakete mit Bleistiften, Farbstiften, Heften, Jeans. Produkte, die es in der DDR nicht gab. Alle vier Wochen trafen sie sich für eine halbe oder eine Dreiviertelstunde an einer DDR-Autobahnraststätte an der Grenze zu Westberlin. Freunde der Labahns holten die Kinder jeweils kurzzeitig aus dem Heim, unter dem Vorwand, sie zum Spielen mitzunehmen. An der Raststätte trafen sie dann die Eltern, die den Grenzbeamten vorgaukelten, auf dem Weg nach Hamburg oder Dortmund zu sein und als Transitreisende DDR-Gebiet queren zu müssen.

Wie lebt man als Mutter in einer solch unmenschlichen Situation? Mit jedem Treffen an der Raststätte sei in ihr die Wut auf die DDR gewachsen, sagt Regina Labahn. «Ich wurde immer kämpferischer und kontaktierte ständig die Anwältin.» Schuldgefühle, ihre Kinder zurückgelassen zu haben, habe sie nicht gehabt. Sie habe sich an die Hoffnung geklammert, sie so schnell wie möglich zurückzubekommen.

Auch Sabine Weise wollte in den Westen. Dass ihr Anwalt während ihrer Haft keinen Freikauf organisieren konnte, hing wahrscheinlich damit zusammen, dass ihr Vater bei der Stasi gearbeitet hat: Die DDR schickte Angehörige von Stasi-Mitarbeitenden ungern in den Westen, aus Furcht, dass sie Geheimnisse verraten könnten. Doch für Weise war klar: «Ich wollte nichts mehr mit dem System zu tun haben.» Sie lehnte alle staatlichen

Bilder: Härtel Press / Imago: Mathias Bothor

Leistungen ab: kein Kindergeld mehr, keine Betriebsveranstaltungen. Sie bestand auf ihrer Ausreise, ging immer wieder zu der zuständigen Behörde, fragte nach ihrem Antrag. Nach einem Jahr und sieben Monaten durfte sie gehen. In Westberlin begann sie 1983 mit ihren beiden Kindern ein neues Leben.

Doch die Haftzeit konnte sie nicht vergessen. «Ich bin nie in das normale Leben zurückgekehrt», sagt Weise heute. Sie entwickelte Depressionen, der Verrat ihrer Freundin belastete ihre Beziehungen: «Ich konnte anderen Menschen nur sehr schwer wieder vertrauen.» Dies umso mehr, als sie das ganze Ausmass des Verrats erfuhr. 1995, als sie ihre Stasi-Akte einsah, fand Weise eine Zahlungsliste: Ihre Freundin hatte von der Stasi etliche Male Geld bekommen, die Bespitzelung hatte sich über Jahre hingezogen.

> Für viele Frauen ist es eine Erleichterung, endlich über ihre Haft zu sprechen. Bei ihren Kindern stossen sie aber oft auf Schweigen.

Lange wollte Sabine Weise die Vergangenheit lieber vergessen, als sich mit ihr auseinanderzusetzen. Über Hoheneck hat sie wenig gesprochen. «Doch irgendwann hatte ich das Bedürfnis, Menschen kennenzulernen, die das Gleiche erlebt haben wie ich.» Im Internet stiess sie auf den «Frauenkreis Hoheneckerinnen», eine Gruppe von Frauen, die alle in dem Gefängnis inhaftiert waren. Jedes Jahr im Juni organisiert der Verein eine Gedenkveranstaltung in Hoheneck. Frauen aus ganz Deutschland kommen zusammen, nehmen an Führungen teil und tauschen sich aus. 2025 kehrte Sabine Weise zum ersten Mal nach mehr als vierzig Jahren nach Hoheneck zurück. Schon beim Betreten des Hofs habe sie die Erinnerung überwältigt. «Es war schrecklich, alles wiederzusehen», sagt sie. «Gleichzeitig tat es mir wahnsinnig gut, zu hören, dass es anderen Frauen ähnlich ging wie mir.» Mittlerweile ist Sabine Weise regelmässig in Kontakt mit den anderen Hoheneckerinnen.

Auch Regina Labahn ist in dem Verein aktiv, und auch für sie ist der Austausch wichtig. «Es ist sehr befreiend, im Gefängnishof zu stehen und über die eigenen Erfahrungen zu sprechen», sagt sie. Ähnlich wie Sabine Weise hat Labahn das Vergangene jahrelang verdrängt. Sie hatte Schlafstörungen und Albträume. Eines Tages sei sie beim Arbeitsamt gewesen. Dort kam sie mit der Sachbearbeiterin ins Gespräch, und die habe ihr erzählt, dass auch ihre Mutter in Hoheneck gewesen sei. «Waren Sie noch mal da?», fragte sie. Nein, sie habe Angst, antwortete Labahn. «Sie sollten zurück, sonst gehen Sie kaputt», riet ihr die Sachbearbeiterin. Wenige Wochen später nahm sie Kontakt zu dem Verein auf.

Während viele Frauen es als Erleichterung erleben, endlich über ihre Haftzeit zu sprechen, sind ihre Kinder oft verschlossener. Die meisten Frauen aus dem Verein stiessen bei ihren Söhnen und Töchtern auf eine Mauer des Schweigens, sagt Regina Labahn. Ihre eigenen Kinder hätten über ihre Erfahrungen im Heim nur oberflächlich gesprochen: über den Alltag, wie sie ihre Zimmer selbst hätten putzen müssen oder wann es Mittagessen gegeben habe, zum Beispiel. Aber ab einem bestimmten Punkt hätten sie aufgehört zu erzählen. Anderen Frauen gehe es gleich, sagt Labahn. Ein Sohn soll seiner Mutter gedroht haben, wenn sie Hoheneck noch einmal anspreche, dann würde er sie nicht mehr besuchen.

Die Psychologin Maya Böhm hat in ihrer Doktorarbeit die psychischen Belastungen untersucht, die sich in Familien ehemaliger politischer Häftlinge der DDR zeigen. Dabei stellte sie fest, dass die Kinder politisch Inhaftierter zum Teil ähnliche Beschwerden aufweisen wie die Elterngeneration. Dazu zählen Symptome der posttraumatischen Belastungsstörung oder Depressionen. Dass die Generation der Kinder weniger offen über die Vergangenheit spricht, hat laut der Psychologin unterschiedliche Gründe. Manche grenzten sich dadurch von den eigenen Eltern ab, manche vermieden das Gespräch, weil Erinnerungen

Illustration: Agata Marszalek

schmerzhaft sein könnten. Andere, so Böhm, empfänden die Vergangenheit möglicherweise als wenig relevant für ihre eigene Identität und wollten deshalb nicht darüber sprechen.

Gleichzeitig betont Böhm, dass es auch Kinder politisch Inhaftierter gibt, die sich bewusst an der Erinnerungsarbeit beteiligen, weil sie es wichtig finden, die Geschichte lebendig zu halten. Eines dieser Kinder ist der Sohn von Sabine Weise, Marco Weise. Während seine Schwester nicht über die Vergangenheit sprechen will, will er das Schweigen brechen. «Mir ist wichtig, dass die Menschen wissen, wie es damals war», sagt der inzwischen 49-Jährige bei einem Telefongespräch.

Eine seiner Erinnerungen dreht sich um den Tag der Verhaftung, als plötzlich die Stasi vor seinem Kindergarten stand. Ohne ein Wort sei er von der Erzieherin an die Beamten übergeben worden. Gemeinsam mit seiner Schwester sei er zu den Grosseltern gebracht worden. Als sie dort ankamen, sei nur seine Tante zu Hause gewesen. «Nehmen Sie die Kinder, oder sie kommen ins Heim», sollen die Beamten zu ihr gesagt haben. Seine Tante und die Grosseltern sagten Marco Weise damals, dass seine Mutter im Krankenhaus sei, nicht im Gefängnis. «Für mich war es sehr schwer nachzuvollziehen, dass ich meine Mutter nicht im Krankenhaus besuchen konnte», sagt Marco Weise. Immer wieder habe er gefragt, ob er zu seiner Mutter dürfe. Die Zeit der Inhaftierung sei ihm wie eine Ewigkeit vorgekommen – von einem Tag auf den anderen hatte er seine wichtigste Bezugsperson verloren.

An das Wiedersehen erinnert er sich nur vage. Plötzlich sei seine Mutter einfach wieder da gewesen, und schnell wurde klar, dass sie die DDR verlassen würden. Der Anfang im Westen war für den damals Sechsjährigen schwer. Wegen seines sächsischen Akzents sei er in der Schule gemobbt, als «dummer Ossi» beschimpft und herumgeschubst worden. Irgendwann habe er begonnen, sich zu wehren, und habe mit körperlicher Gewalt reagiert, bis seine Mitschüler ihn in Ruhe liessen. Regelmässig fuhr er in den Osten zurück, um seinen Vater zu besuchen – dieser musste jeweils einen Besuchsantrag stellen, um Marcos Aufenthalte zu ermöglichen. Er habe schöne Erinnerungen an gemeinsame Campingurlaube, sagt Weise heute; mit seinen alten Freunden sei es jedoch schwierig gewesen, da sie ihn als Verräter betrachteten, weil er in den Westen gezogen war.

Diese Kindheitserfahrungen prägen Marco Weise bis heute. Noch immer habe er Probleme, sich in Gruppen zu integrieren. Er leide zudem an depressiven Phasen und spüre eine Unruhe, die er mit viel Arbeit zu kompensieren versuche. «Ich kann eigentlich nie stillsitzen, sondern bin immer auf Achse, sieben Tage die Woche», sagt er. Die innere Unruhe seiner Mutter habe sich auf ihn übertragen.

Doch genau wie seine Mutter spricht er inzwischen offen über seine Erfahrungen: Diesen Juni reiste er zusammen mit ihr und seinen Kindern zur Gedenkveranstaltung nach Hoheneck und hat den Besuchern von seiner Kindheit erzählt. Das kostete ihn Überwindung. Aber es war ihm wichtig. Er möchte, dass die deutsche Gesellschaft weiter darüber spricht, was seiner Mutter und ihm widerfahren ist. Auch um seinen Kindern ein Vorbild zu sein. Denn Schweigen lässt vergessen. |G|



Sabina Zollner, Jahrgang 1995, lebt und arbeitet als freie Journalistin in Berlin. Sie studierte «Liberal Arts & Sciences: Global Challenges» an der Universität Leiden in Den Haag und Kulturjournalismus an der Universität der Künste in Berlin. Bereits in ihrem Studium beschäftigte sich Zollner mit der Geschichte der DDR sowie ostdeutscher Erinnerungskultur, zudem ist sie immer wieder für Reportagen in Ostdeutschland unterwegs.

Weiterführende Literatur

Maya Böhm: Psychische Belastung, Familienbeziehungen und Kommunikation über die politische Haft in Familien ehemaliger politisch Inhaftierter der DDR. Leipzig 2014.

Marcus Böick u. a. (Hg.): Aus einem Land vor unserer Zeit. Eine Lesereise durch die DDR-Geschichte. Berlin 2012.

Rengha Rodewill: Hoheneck. Das DDR-Frauenzuchthaus. Berlin 2014.

Jan Philipp Wölbern: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen. Göttingen 2014.





Falsche Bärte, böser Wille

Von Daniel Di Falco

Wie weit ging die Überwachung? Wie tief hat sich dieser totalitäre Staat im Leben seiner Bürger eingenistet? Bezeichnend ist schon die Menge an Papieren, die das Ministerium für Staatssicherheit hinterlassen hat, die berüchtigte Geheimpolizei der DDR: Sie füllen 112 Kilometer in den Regalen. Und es wären noch mehr, wenn die Bürgerbewegung die Beamten früher daran gehindert hätte, ihre Spuren zu verwischen. Zwei Monate nach dem Fall der Mauer stürmten Teilnehmer einer Kundgebung die Stasi-Zentrale in Berlin. Das war wesentlich für die Sicherung der Dokumente.

Und es war ein Glück für Simon Menner. Der deutsche Künstler fand in den Stasi-Akten Fotos, die kaum jemand kannte: Sie stammen aus der Werkstatt der Agenten. Man sieht Schulungen für das Ankleben falscher Bärte. Oder nachgestellte Observationen, bei denen Figuranten mit Literatur des Klassenfeinds erwischt werden *(Das Abc des grossen Geldes)*. Oder Seminare, in denen sich Agenten als Bürger der DDR verkleiden (rechts) und als Touristen aus dem Westen (links).

Alles sehr amüsant, alles wunderbar retro. Aber die Maskerade ist real. Zum einen zeigt sie das Mass an bösem Willen, die Akribie, mit der sich das Regime in den Alltag schlich, um Gesinnungsdelinquenten aufzuspüren und Freundschaften, Familien, Biografien zu zerstören. Zum anderen zeugt gerade die Kostümierung von der Wirklichkeit: Wer sich unter Leuten unerkannt bewegen will, der stellt sich als Normalfall dar.

Klar verkörpern diese Fotos zuerst einmal das Bild, das man bei der Stasi von typischen Bürgern hatte. Aber wenn sie so effektiv arbeitete, wie ihr Ruf besagt, dann hat sie mit diesen Porträts auch das ethnografische Lexikon einer mittlerweile verschwundenen Gesellschaft geschaffen. |G|

Simon Menner: Top Secret. Bilder aus den Archiven der Staatssicherheit. Ostfildern 2013.
www.simonmenner.com

Bilder: Simon Menner und BStU









Hass im Friedensstaat

Völkerfreundschaft wurde in der DDR grossgeschrieben. Doch die wenigen Ausländer, die im Land lebten, spürten davon nichts: Regelmässig kam es zu Pöbeleien und Angriffen. Die Behörden weigerten sich, rechtsextreme Gewalt als solche zu bezeichnen – auch darum wurde das Problem immer grösser.

Von Franziska Pfister

Rund fünfhundert Menschen kamen im September 1991 im sächsischen Bergbaustädtchen Hoyerswerda zusammen und applaudierten, als Rechtsextreme Stahlkugeln, Flaschen, Steine und Molotowcocktails auf ein Wohnheim für ausländische Beschäftigte und Asylsuchende warfen. Die mehrtägigen Ausschreitungen mit fast drei Dutzend Verletzten im Jahr nach der Wiedervereinigung sind in die Erinnerung eingegangen, als Auftakt der rechtsextremen Gewalt in Ostdeutschland. Nicht nur die grosse Zahl an Claqueuren, auch die Überforderung der Polizei schockierte. Die Behörden wussten sich nach einigen Tagen nicht mehr anders zu helfen, als sämtliche Bewohner des Heims in Bussen fortzubringen.

Die Bilder aus Hoyerswerda gingen um die Welt, und sie zerstörten ein Image, das die DDR sorgsam gepflegt hatte: Stets hatte sie sich als antifaschistischer Friedensstaat präsentiert, als Land, in dem internationale Solidarität und Völkerfreundschaft gelebt werden.

Aus Sicht der Machthaber stand der Antifaschismus ganz am Anfang der DDR. Die Kommunisten, die in der Staatspartei SED das Sagen hatten, verwiesen auf ihren Kampf gegen das Hitler-Regime und erklärten den Antifaschismus zu einer Basis der DDR. Der ostdeutsche Staat sollte ein Ort sein, an dem die menschenverachtende Ideologie nicht existierte. «Auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik waren schon bei ihrer Gründung die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Ausrottung des Faschismus und Militarismus verwirklicht», hiess es in einem Verfassungskommentar von 1969. Ihren Antifaschismus betonte die DDR-Riege bei jeder Gelegenheit. Damit grenzte sie sich einerseits vom kapitalistischen Westen ab, der pauschal als faschistisch galt. Die SED folgte dabei der «Dimitroff-Doktrin», die den Faschismus in den 1930er Jahren als speziell aggressive Form des Kapitalismus definiert hatte. Andererseits war die Betonung des eigenen Antifaschismus auch ein Mittel, um sich von der Vergangenheit freizusprechen. Wenn die DDR auf dem Kampf gegen die Nazis gründete, dann konnte es hier keine Täter geben, so die Logik. Die Verantwortlichen für den Mord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden, die Vollstrecker eines blindwütigen Rassenwahns, sassen demnach allesamt im Westen.

Innenpolitisch wirkte der Antifaschismus so entlastend und integrativ: Die Schuld für die Verbrechen konnte dem «anderen Deutschland» zugeschoben werden, während man selber in der Gewissheit lebte, das «bessere Deutschland» zu sein. Dabei wurde jeder aus der Verantwortung für die Hitler-Jahre entlassen, der bereit war, sich in die neue sozialistische Ordnung einzufügen. Das galt auch für seinerzeitige Sympathisanten oder Parteimitglieder der NSDAP. Sofern sie sich mit den neuen Verhältnissen arrangierten und

1991 zerbrach auch ein Image: Als rechtsextreme Angriffe in Hoyerswerda Dutzende Verletzte forderten, konnte Ostdeutschland nicht mehr als Hort der internationalen Solidarität gelten. Zerstörte Fensterscheibe des Asylbewerberheims.

Bild: Marion Gröning / Sächsische Zeitung / Imago





Die DDR brauchte ausländische Arbeitskräfte, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Ihr Zuzug verschärfte aber eines der grossen Probleme des Landes: die Wohnungsnot. Vietnamesin in einem Wohnheim für Gastarbeiter in Ostberlin, um 1990.

am Wiederaufbau mitarbeiteten, konnten sie die Vergangenheit als abgeschlossen betrachten. «Wer ein Nazi war, bestimmen wir» – dieser Ausspruch ist aus dem ostdeutschen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überliefert.

Diverse symbolische Akte sollten den proklamierten Antifaschismus unterstreichen. So eröffnete die DDR schon Ende der 1950er Jahre erste nationale Mahn- und Gedenkstätten in ehemaligen NS-Konzentrationslagern – deutlich früher als die BRD. 1968 wurde zudem erstmals eine zentrale Veranstaltung zum Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 durchgeführt. Auch damit kam man der BRD zuvor, dort fand erst zehn Jahre später die erste Gedenkfeier statt. Insofern war der rituell zelebrierte Antifaschismus stets auch ein Seitenhieb gegen den Westen.

Ging es allerdings darum, die Parolen und Riten mit Leben zu füllen, wurde die Sache komplizierter. Forderten Parteifunktionäre die Bürger auf, ihre antifaschistischen Überzeugungen mit Handlungen zu bekunden, so konnte es passieren, dass ihnen die Gefolgschaft verweigert wurde. Arbeiterinnen und Arbeiter, die im November 1968 in Dresden zu der Gedenkveranstaltung eingeladen wurden, sträubten sich gegen die Teilnahme. Laut dem Historiker Norbert Frei hielten sie den verdutzten Organisatoren entgegen: «Was sollen wir in eine jüdische Veranstaltung gehen? Das könnt ihr von uns doch nicht verlangen!»

Diese Reaktion macht klar, dass eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der DDR trotz gross inszeniertem Gedenken kaum stattfand. In den Mittelpunkt der Erinnerung rückte die SED die Kommunisten, die in den Konzentrationslagern ermordet worden waren. Die Shoah und

Bilder: Werner Schulze / ZB / picture alliance; Ulrich Hässler / ullstein bild / Getty Images



das Schicksal der Juden und Jüdinnen dagegen erhielten wenig Raum. Folglich entwickelte sich kaum ein Bewusstsein für die industrielle Menschenvernichtung, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg betrieben hatte.

Ganz allgemein zeigt die Reaktion der Dresdner Arbeiter vom November 1968, dass zwischen den Parolen des Staats und dem Alltag der Menschen eine Kluft bestand. Dass dauernd von Antifaschismus gesprochen, die Völkergemeinschaft gepriesen und auf die Gleichheit aller Menschen gepocht wurde, bedeutete nicht, dass die Bürger diese Maximen auch verinnerlichten und nach ihnen lebten. Besonders deutlich zeigte sich das in der späteren DDR am Umgang mit Ausländerinnen und Ausländern: Schon lange vor den Ausschreitungen in Hoyerswerda 1991 kam es zu rassistisch motivierten Taten, und mit der Zeit nahm die Gewalt immer stärker zu.

Der Ausländeranteil war in der DDR sehr tief. Lange Zeit lag er nahe bei null, in den 1980er Jahren erreichte er gut ein Prozent. Der Anstieg – im minimalen Bereich – war politisch gesteuert: Ab der Mitte der 1970er Jahre warb die DDR aus volkswirtschaftlichen Zwängen heraus vermehrt junge Leute aus aussereuropäischen «Bruderstaaten» als Arbeitskräfte an. Sie kamen aus Vietnam, Kuba, Moçambique, Algerien, China oder Angola; 1989 lebten 90 600 von ihnen im Land und bildeten die grösste Ausländergruppe vor Studierenden und politisch Verfolgten aus befreundeten ausländischen Befreiungsbewegungen.

Offiziell sprach die SED davon, dass sie Entwicklungspolitik betreibe, indem sie Menschen aus einigen der ärmsten Länder der Welt anwarb – die DDR biete ihnen eine Ausbildung, hiess es.

Die Arbeitskräfte wurden in sozialistischen «Bruderstaaten» angeworben, am stärksten waren Vietnamesen vertreten. 1971 nahmen einige von ihnen an der 1.-Mai-Kundgebung in Dresden teil und protestierten gegen die «amerikanischen Aggressoren».



Aber das war kaum mehr als Parteifolklore. Die Migranten wurden nicht angeworben, um der Völkerfreundschaft gerecht zu werden, sondern um die Industrialisierung zu beschleunigen, den Fortbestand des SED-Staats und die Macht der Partei zu sichern. Denn im Systemwettbewerb mit der Bundesrepublik wurde die DDR zunehmend abgehängt, und das nicht zuletzt, weil immer mehr Ostdeutsche einen Ausreiseantrag stellten und das Land verliessen. In dieser Situation brauchte die DDR jede Hand, und sei es nur für Hilfstätigkeiten, die im westlichen Ausland längst maschinell verrichtet wurden.

Die Ausländer kamen als sogenannte Vertragsarbeiter in die Volkseigenen Betriebe. Sie wurden als Auszubildende eingestellt, was den temporären Charakter ihres Aufenthalts unterstreichen sollte. Die Verträge waren auf vier oder fünf Jahre befristet, der Ausreisetermin stand jeweils schon bei der Ankunft fest.

Aber auch wenn klar war, dass sie bald wieder gehen würden: Willkommen waren die fremden Arbeitskräfte nicht überall. Exekutivorgane in den Bezirken bemerkten bald ablehnende Reaktionen aus der Bevölkerung. «In der Diskothek werden DDR-Bürger durch den Haupteingang, ungarische Bürger über den Hof und algerische Werktätige gar nicht eingelassen», heisst es in Aufzeichnungen des Rats des Bezirks Erfurt von 1975. In der Mehrheitsgesellschaft eckten Vertragsarbeiter an, weil sie gesellschaftliche Normen verletzten, weil sie strafbare Handlungen begingen oder weil ihnen solche zugeschrieben wurden. Am massivsten fiel die Ausgrenzung von Afrikanern und Afrikanerinnen aus; ihnen wurden etwa Gerüchte über eingeschleppte Krankheiten angehängt.

Vieles, was die Behörden registrierten, waren Vorurteile und Streitigkeiten, wie sie allerorts auftauchen können, wenn Personen aus fremden Kulturen auf eine homogene Bevölkerungsgruppe treffen. Die Ausländer waren unpopuläre Nachbarn, weil sie als unangepasst wahrgenommen wurden. Es entzündeten sich Konflikte wegen lauter Radios oder ausgelassener Feiern am Wochenende. Daneben gab es in der DDR aber auch ökonomisch motivierte Abwehrmechanismen: Die Ausgrenzung wurde durch den Verteilkampf verstärkt, der in der sozialistischen Mangelwirtschaft herrschte. Es gab Neid, Missgunst und ein Buhlen um knappe Güter.

Der Zuzug von Arbeitsmigranten verschärfte eines der drängendsten Probleme des Landes: die Wohnungsnot. Vielerorts wurden ganze Wohnblocks für sie reserviert, wodurch all jene noch länger auf begehrte Neubauwohnungen warten mussten, die keine besonderen Privilegien genossen. Es entstand etwas, was im Sozialismus eigentlich nicht vorgesehen war: eine Konkurrenz um Wohnraum zwischen Einheimischen und Ausländern. In Erfurt kam es 1975 zu Protesten, als die Stadt bekanntgab, Menschen aus Algerien in Neubauten einzuquartieren. Die Wohnungen waren anderen Mietern versprochen worden, die Stadt zog entsprechende Zusagen aber zurück.

Neofaschistisch konnotierte Delikte eskalierten stufenweise. Ende der 1950er Jahre, als noch kaum Ausländer in der DDR lebten, tauchten erstmals anonym angebrachte NS-Symbole an Hausmauern oder auf Bahnwaggons auf. Die staatlichen Funktionäre schwiegen sich über diese Provokationen aus. Wie über zahllose andere Themen gab es auch über den Nationalsozialismus keine öffentlich geführten Diskussionen. Die Presse war zensiert, Meinungsfreiheit gab es nicht. Auf die von offizieller Seite beschwiegenen Nazi-Schmierereien konnte folglich auch keine zivilgesellschaftliche Reaktion erfolgen.

Der Umstand, dass man mit solchen Taten problemlos durchkam, wirkte ermutigend, so dass es ab Mitte der 1970er Jahre vermehrt zu verbalen Provokationen kam. Meist waren es Männer, die in der Öffentlichkeit Nazi-Lieder sangen, den Hitlergruss zeigten oder am Stammtisch vom «Dritten Reich» schwärmten. Der Machtapparat ging davon aus, dass sich derartige Umtriebe von selbst verlaufen würden, sobald der Sozialismus einmal aufgebaut war. Doch das passierte nicht. Realsozialistische Zumutungen wie die Bevormundung

Der Kreisbetrieb für Landtechnik Ravensberg – spezialisiert auf die Wartung von Mähmaschinen – beschäftigte in den frühen 1980er Jahren 25 Männer aus Moçambique. Ein künftiger Schlosser wird hier in Rostock von seinen Lehrmeistern instruiert.

Bild: Jürgen Sindermann / Bundesarchiv



Nach der Wiedervereinigung explodierte die rechte Gewalt. In Hoyerswerda wurden Ausländer mit Bussen aus der Stadt gebracht – und weiter angegriffen: Dieser Vietnamese wurde von einem Stein getroffen, der durch die Scheibe flog.

Bilder: Detlev Konnerth / Imago; Jürgen Sindermann / ullstein bild / Getty Images

durch Parteigenossen, Willkür oder der Mangel an Konsumgütern und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten führten dazu, dass sich Ablehnung und Wut auf Fremde akzentuierten.

1980 kam es im brandenburgischen Eberswalde zu einem massiven Gewaltausbruch. Den Behörden der Stadt war bekannt, dass die fünfzig kubanischen Auszubildenden eines lokalen Kranbaubetriebs in Kneipen von deutschen Jugendlichen provoziert wurden. Doch sie unternahmen nichts, um die Vorbehalte auszuräumen, die es bei einem Teil der Stadtbewohner offenbar gab. An zwei Abenden in Folge eskalierte die Situation, es kam zu Massenschlägereien. Deutsche Jugendliche hätten Jagd auf Kubaner gemacht, so beobachtete ein Zeuge. Die Polizei rückte zum Wohnheim der Kubaner aus und traf eine «grössere Gruppe Jugendlicher und Jungerwachsener», die mit Latten in den Händen aufmarschiert waren. Einen Angriff konnten die Beamten verhindern, indem sie sieben Personen festnahmen.

Noch in der Nacht kamen Arbeitgeber, Rat der Stadt und Polizei überein, dass das Wohnheim kein sicherer Ort für die Ausländer war. Am folgenden Morgen wurden alle Kubaner in Bussen in ein kleines Dorf gebracht. Von Einwohnern gab es Forderungen, sie nicht zurückkehren zu lassen. Dem kam Eberswalde aber nicht nach. Nach einigen Tagen kehrten die Männer in ihre Quartiere zurück, das Kreisgericht verurteilte fünf DDR-Bürger im Alter zwischen 18 und 22 Jahren zu Haftstrafen von drei bis acht Monaten.

Der Vorfall zeigt exemplarisch, wie in den 1980er Jahren in der DDR eine rechtsextreme jugendliche Gegenkultur heranwuchs. Ihre Vertreter lehnten die sozialistische Gesellschaftsordnung



In Rostock-Lichtenhagen konnten rechte Krawallanten im August 1992 vier Tage lang wüten. Die Behörden unterschätzten die Situation, die Polizisten agierten zögerlich und wurden, wie hier vor dem Asylbewerberheim, auch selber attackiert.

und den propagierten Internationalismus offen ab und brachten mit Worten und Taten ihren Ausländerhass zum Ausdruck. Die SED-Spitze agierte zunehmend hilflos und überfordert.

Entgegen der proklamierten antifaschistisch-demokratischen Ordnung gehörte die Bekämpfung ausländerfeindlich motivierter Gewalt für die SED lange nicht zu den Prioritäten. Dabei hätten die Strafparagrafen zum Schutz der staatlichen und öffentlichen Ordnung die Möglichkeit geboten, xenophobe Handlungen zu bestrafen. So stand eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren darauf, sich in der Öffentlichkeit faschistisch, rassistisch, militaristisch oder revanchistisch zu äussern oder entsprechende Symbole zu verwenden. Doch die Gerichte zogen diese Paragrafen nicht konsequent heran, um fremdenfeindliche Gewaltdelikte zu ahnden. Die Zunahme dieser Gewalt war somit über viele Jahre nicht in der Kriminalstatistik ablesbar. Auffällig oft behandelte die Justiz Taten, bei denen die Opfer Migranten waren, als unpolitische Alltagskriminalität, als persönliche Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten. Urteile ergingen dann beispielsweise wegen Körperverletzung, nicht aber wegen rassistischen Verhaltens.

Das Bezirksgericht Cottbus etwa verurteilte 1980 einen Bauarbeiter wegen schwerer Körperverletzung zu einem Jahr Haft, weil er einem Mann aus Moçambique bleibende Schäden zugefügt hatte. Die verschobene Nase und das blutunterlaufene Auge wirkten abstossend und sie entstellten das Gesicht erheblich, heisst es im Urteil. Das könne «auch nicht durch die dunkle Hautfarbe des Geschädigten bagatellisiert werden». Anstatt dass der rassistische Hintergrund

der Tat die Strafe verschärft hätte, löste die Hautfarbe des Opfers hier ästhetische Überlegungen aus – offenbar legten die Richter bei schwarzen Opfern andere Massstäbe an als bei weissen.

Dass die Gerichte ausländerfeindliche Gewalt jahrelang nicht als solche benannten und milde bestraften, stärkte Milieus mit rechtsextremen Einstellungen. Der Reiz mag auch darin gelegen haben, dass das Völkische im antifaschistischen Staat eine maximale Provokation darstellte. Ein Grundwissen über die Verbrechen des «Dritten Reichs» war zwar vorhanden, vertiefte Kenntnisse aber fehlten. Für viele war der Nationalsozialismus, wie erwähnt, Sache und Schuld des «anderen» Deutschland und die Shoah kaum ein Thema. Analog dazu gab es auch so gut wie keine Auseinandersetzung mit dem Neonazismus im Land.

Die Sicherheitsbehörden registrierten zwar früh, dass sich immer mehr Jugendliche von völkischem Gedankengut angezogen fühlten. Doch sie verfingen sich in einem Leerlauf des Warnens nach innen und der Beschönigung nach aussen. Warum diese Unentschlossenheit? In der Forschung wird oft mit der antifaschistischen Staatsdoktrin argumentiert: Für die Funktionäre konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Aber so einfach lag die Sache nicht. Der Sicherheitsapparat war absorbiert damit, linksalternative Oppositionelle zu überwachen und die Ausreisebewegung zurückzudrängen. Der rechte Rand rutschte durch.

In der Spätphase der SED-Herrschaft erreichten fremdenfeindliche Gewaltdelikte schliesslich eine Dimension, die die Justiz nicht mehr ignorieren konnte. Die Strafverfolgung von Neonazis wurde verstärkt, die Kriminalpolizei eröffnete laut dem Kriminalisten Bernd Wagner allein im Jahr 1987 Strafverfahren gegen 12 600 Personen aus rechtsextremen Kreisen, unter ihnen zahlreiche Mehrfachtäter.

Was 1991 in Hoyerswerda geschah, kam also nicht aus dem Nichts. Und es blieb auch kein Einzelfall. 1992 ereignete sich Ähnliches in Rostock-Lichtenhagen; die dortigen Angriffe auf ein Asylzentrum und ein Wohnheim für einstige vietnamesische Vertragsarbeiter gelten als die schlimmsten rassistischen Gewalttaten in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch in drei weiteren Ortschaften kam es 1991 und 1992 zu Ausschreitungen gegen Ausländer, an denen sich jeweils mehr als hundert Personen beteiligten.

Im Rückblick auf die vorangegangenen Jahrzehnte erscheinen diese Ausbrüche gewissermassen als Kulminationspunkt einer Entwicklung, die sich lange hingezogen hat. Allerdings wäre es falsch, eine ungebrochene Kontinuität zwischen den ersten Hakenkreuzschmierereien der 1950er Jahre, den Aggressionen der 1970er und 1980er Jahre und den öffentlichen Ausschreitungen der frühen 1990er Jahre zu sehen.

Tatsächlich ist die exzessive Hassgewalt, die sich nach dem Ende der DDR und nach der Vereinigung manifestierte, eng verknüpft mit dem Umbruch in Ostdeutschland. Die Einführung der Marktwirtschaft verursachte Massenarbeitslosigkeit und zerstörte Arbeitsbiografien von Menschen, die sich bis zum Ende der DDR als umworbene Fachkräfte wahrgenommen hatten. Die Akzeptanz vielfältiger Formen der Diskriminierung von Fremden, die in der DDR milieuübergreifend gediehen war, hatte eine Basis gelegt, auf der sich die spezifische, durch den Transformationsprozess motivierte Gewalt entfalten konnte. Es brauchte Gegendemonstrationen und zivilgesellschaftliche Initiativen, bis die Gewalt 1993 abebbte.

Lange blieben rechtsextreme Einstellungen in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als in den alten Bundesländern. Sie speisten sich aus Skepsis gegenüber dem Funktionieren der Demokratie, einem geringen Vertrauen in politische Institutionen und enttäuschten Erwartungen. Ein Viertel der Menschen fühlt sich als Wendeverlierer, zeigt eine Studie der Soziologen Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler von 2023. Es verfestigte sich die Frustration darüber, dass sich trotz einem schmerzhaften, langwierigen Wandlungsprozess die Lebensverhältnisse von Ost und West bei den Reallöhnen oder den Nettovermögen bis heute nicht angeglichen haben.

In den Köpfen vieler Westdeutscher entstand so das Bild des «braunen Ostens» – einer Gegend, die seit Jahrzehnten unrettbar von Neonazismus durchsetzt ist. Aber das greift zu kurz. Nicht nur verkennt man so, dass die Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland unterschiedliche Hintergründe

Illustration: Agata Marszalek

hatte, sich einmal im Kontext der sozialistischen Mangelwirtschaft abspielte, einmal als Protest gegen den Staat zum Ausdruck kam, einmal mit der Transformationserfahrung verbunden war. Das Bild des «braunen Ostens» blendet auch aus, dass der Westen unter Umständen genauso empfänglich ist für Rechtsextremes. Jüngste Erhebungen wie die 2025 publizierte *Mitte*-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegen, dass eine regionale Angleichung eingesetzt hat. «Hinsichtlich Diktaturbefürwortung, Nationalchauvinismus und NS-Verharmlosung unterscheiden sich die Befragten in Ost- oder Westdeutschland nur geringfügig voneinander und eher zufällig», heisst es.

Die Autoren erklären das knapp mit einer Gewöhnung an rechtsextreme Positionen und wollen den Trend vertieft analysieren. Sollte die Entwicklung anhalten, so würde das bedeuten, dass sich ablehnende Haltungen gegen Menschen mit Migrationsgeschichte zu einem gesamtdeutschen Phänomen entwickeln. |G|



Franziska Pfister, Jahrgang 1974, hat an der Universität Bonn in Politikwissenschaften promoviert. 2026 erschien das Buch zu ihrer Dissertation im Metropol-Verlag: *Herzlich unwillkommen. Alltagsrassismus gegen Vertragsarbeitende der DDR von 1975 bis 1993.* Von 2011 bis 2022 arbeitete Pfister als Wirtschaftsredaktorin für die *NZZ am Sonntag.*

Weiterführende Literatur

Jan C. Behrends u. a. (Hg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Berlin 2003.

Norbert Frei u. a.: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Berlin 2019.

Raj Kollmorgen: Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden 2005.

Bernd Wagner: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Berlin 2014.

Andreas Zick u. a. (Hg.): Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/2025. Bonn 2025.

ANZEIGE



Untauglich zur Demokratie?

Die DDR habe Menschen hervorgebracht, die bis heute eine Schwäche für autoritäre Parteien hätten – die These ist verbreitet. Dass die Diktatur im Osten Spuren hinterlassen hat, ist nicht zu leugnen. Aber es ist naiv, die Probleme der Demokratie allein auf das Erbe der DDR zurückzuführen.

Text Steffen Mau **Bilder** Harald Hauswald

Wie lang ist der Schatten der DDR, und wie stark bestimmt das autoritäre Erbe des Staatssozialismus auch heute noch das Denken, Fühlen und Handeln von Menschen? Darüber gibt es heftige politische wie wissenschaftliche Kontroversen. Effekte der DDR-Sozialisation schreibt man nicht nur den ehemaligen Insassen der DDR zu, sondern auch ihren Kindern und Enkeln. Autoritäre Prägungen würden transgenerational vererbt, so heisst es. Damit wären die Ostdeutschen kollektiv eher geneigt, einem starken Führer zuzujubeln und eine pluralistische Demokratie abzulehnen. Der grosse Zuspruch für die Alternative für Deutschland (AfD), die in Ostdeutschland vielerorts zur stärksten Partei geworden ist, Angriffe auf Lokalpolitiker, die recht grundsätzliche Ablehnung von Migration, die Pegida-Demonstrationen «gegen die Islamisierung des Abendlands» vor etwas über zehn Jahren, rassistische Vorfälle und gefestigte rechtsextreme Netzwerke gelten entsprechend als Indizien für eine grundsätzlich demokratiefeindliche politische Kultur, die das Erbe der DDR in sich trägt.

Politisch wurde deshalb von den Ostdeutschen regelmässig gefordert, sie müssten doch nun endlich einmal richtige Demokraten werden. Der ehemalige Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, löste vor ein paar Jahren eine grosse Diskussion aus, als er den Ostdeutschen vorhielt, über «gefestigte nichtdemokratische Ansichten» zu verfügen. In einem Podcast der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sagte er: «Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach dreissig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind.» Aus einer demokratietheoretischen Perspektive wären die Ostdeutschen dann Mängelwesen, die mit der Parteiendemokratie und dem Parlamentarismus fremdelten.

Schon in den 1990er Jahren formulierte der Kriminologe Christian Pfeiffer die heiss diskutierte «Töpfchenthese», um die Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ostdeutschland zu erklären. Verkürzt lautete seine Argumentation, dass in den DDR-Krippen und -Kindergärten kollektive Disziplin und Anpassung eingefordert worden sei – man musste gemeinsam aufs Töpfchen – und diese autoritäre Form der Erziehung Selbständigkeit, Individualität und Empathie habe verkümmern lassen. Wer sich nicht ins Kollektiv eingepasst, wer sich nicht der Gruppe untergeordnet habe, so Pfeiffer, sei ausgegrenzt worden. Wer sich stark am Kollektiv orientiere, sehe «Fremde» als Bedrohung und werte sie eher ab.

Bei den Ostdeutschen hat diese These Empörung und Zurückweisung ausgelöst, bei vielen westdeutschen Deutungseliten fand sie durchaus

Alle Bilder: Harald Hauswald / Ostkreuz



Hat die Propaganda ihre Köpfe erreicht? Zwei Frauen unterwegs zum Volksfest der SED-Zeitung, fotografiert von Harald Hauswald, der die späten Jahre der DDR dokumentierte. Unten: Datsche in Höhnow. Alle Bilder: 1986.





Als in den 1990er Jahren Ostalgie aufkam, wünschten sich die meisten nicht das System zurück, sondern die «sozialistische Menschengemeinschaft». Oben: Datschenleben, unten: Frauensolidarität, beides in Ostberlin.



Zustimmung. Hier die bundesdeutschen Musterdemokraten, dort die Schmuddelkinder der DDR-Diktatur – so liess sich die Welt leicht ordnen. Die DDR wurde damit zur Bad Bank aller in den fünf neuen Bundesländern beobachtbaren Demokratie- und Demokratisierungsdefizite.

Pfeiffers These ist damals durch die Medien gegeistert, ohne dass eine wirkliche empirische Fundierung vorgelegen hätte. Seither haben Autoritarismusstudien zwar belegt, dass es im Osten eine stärkere Zustimmung zu autoritären Vorstellungen gibt. Dennoch ist offen, ob die Ostdeutschen als Personengruppe wirklich pauschal als autoritarismusaffiner beschrieben werden können oder ob sich hinter diesen Befunden nicht ganz andere Effekte verbergen. Ein Teil der höheren Zustimmungswerte für autoritäre, nationalistische und fremdenfeindliche Aussagen in Ostdeutschland kann nämlich durch Unterschiede in der Sozialstruktur und der politischen Kultur erklärt werden.

Ostdeutschland ist im Durchschnitt ärmer, strukturschwächer, ländlicher. Das sind Faktoren, die auch in der alten Bundesrepublik autoritäre Einstellungen begünstigen. Stellt man dies in Rechnung, schrumpfen Ost-West-Unterschiede deutlich. Zudem zeigen jüngere Befragungen, dass rechtsextreme und demokratiefeindliche Einstellungen auch im Westen auf dem Vormarsch sind und sich dadurch die Ost-West-Abstände merklich verringern. Manche Forscher argumentieren deshalb, dass es nicht die autoritäre Persönlichkeit sei, die als stabiles Merkmalsbündel die Ostdeutschen ausmache. Dass es also nicht um grundlegend andere Welthaltungen, möglicherweise defizitäre charakterliche und mentale Dispositionen, sondern um eher ökonomische und sozialstrukturelle Aspekte gehe.

Dafür spricht, dass sich die politischen Kulturen in Ost- und Westdeutschland deutlich unterscheiden. Auch wieder ein Erbe der DDR: Das Institutionenvertrauen ist in Ostdeutschland aufgrund der Erfahrungen mit den staatlichen Stellen in der DDR, der Umbrüche nach der Wende und des Gefühls mangelnder Mitbestimmung geringer. Dann sind die Bindungen zu den demokratischen Parteien schwächer. Das sind Faktoren, die dazu beitragen, dass autoritäre Orientierungen eher aktiviert und nicht abgemildert werden. Somit würde nicht der Autoritarismus per se den Unterschied machen, sondern die Art und Weise, wie er politisch mobilisiert werden kann. Die Erfolge der AfD in Ostdeutschland wären dann eher in der besonderen Anfälligkeit der politischen Kultur für radikale politische Angebote zu sehen, nicht in grundsätzlich anderen, autoritären Dispositionen oder fixen Wesensmerkmalen der Ostdeutschen.

Dennoch wäre es erklärungsbedürftig, sollte ein autoritäres politisches System, das die Menschen vierzig Jahre lang indoktriniert und alles daran gesetzt hat, ihre Köpfe zu erreichen, folgenlos geblieben sein. Genau wie die Demokratie Menschen zur Mündigkeit erziehen kann, mag es einer Diktatur gelingen, Menschen klein und unmündig zu halten.

Natürlich wurde die Ideologie nicht von oben – der Partei- und Staatsführung – einfach durchgereicht, es gab viele subtile und weniger subtile Formen, die Menschen zu beeinflussen: in den Schulen und Universitäten, in den Massenorganisationen der DDR wie der Freien Deutschen Jugend (FDJ) oder der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) oder in den Betrieben. Ende der 1970er Jahre wurde in der DDR der obligatorische Staatsbürgerkundeunterricht – im Volksmund «Rotlicht» genannt – eingeführt, der das Ziel hatte, Schülerinnen und Schüler im Sinne der sozialistischen Ideologie zu erziehen. Auch jenseits der Schule war die DDR eine durch und durch politisierte (oder besser: ideologisierte) Gesellschaft – überall Parolen, Politsprech, Loyalitätsbekundungen, Merksätze und ideologische Phrasendreschereien. Menschen sollten die Parteilinie nachbeten, nicht selbständig und frei denken.

Wie stark aber die Köpfe erreicht wurden, wie «erfolgreich» und wie nachhaltig das System bei der Heranbildung «sozialistischer Persönlichkeiten» war, lässt sich kaum genau beziffern. So wie der von oben verordnete Antifaschismus als staatliche Ideologie nicht die ganze DDR-Gesellschaft durchwirkt hat und oft nur oberflächlich blieb (Seite 58), so war es vermutlich auch mit anderen ideologischen Komponenten. Wenn man

im DDR-Alltag von «100-Prozentigen» gesprochen hat, meinte man jene, die sich besonders loyal gegenüber der SED und dem Staat gaben und die Entscheidungen der Führung kritiklos verteidigten. Hätte die DDR nur aus diesen Systemlingen bestanden, würde sie heute noch existieren. Es gab aber auch viele 60- oder 70-Prozentige, die mindestens hinter vorgehaltener Hand Zweifel und Kritik äusserten oder sich nach aussen loyal gaben, sich aber nur partiell mit der Parteidoktrin identifizierten. Und es gab Gruppen, die auch innerhalb des ideologischen Systems der DDR auf Distanz oder in Opposition gingen.

Kirchliche Prägung, das Aufwachsen in einem systemkritischen Haushalt, negative Erfahrungen mit der Rigidität und den Repressionen des Regimes, Nachfragen bei den Themen Menschenrechte oder Umweltschutz, der Wunsch, frei zu reisen – all das konnte den Ausschlag geben, um mit dem System zu brechen. Zumindest in der späten DDR gab es eine breite Unzufriedenheit und Desillusionierung in der Bevölkerung. Immer weniger glaubten angesichts der Mangelwirtschaft den offiziellen Parolen vom langfristigen Sieg und von der historischen Überlegenheit des Sozialismus.

Für die Demokratiefähigkeit und möglicherweise besondere Bindung spricht, dass die Ostdeutschen die Friedliche Revolution des Jahres 1989 entfacht haben. Sie haben die alten Kader und die greisen Parteifunktionäre aus den Ämtern gejagt und den Weg für die erste und letzte freie Wahl der Volkskammer – des Parlaments der DDR – am 18. März 1990 frei gemacht. Selbst wenn die Revolution nur von einer aktiven Minderheit getragen wurde, gab es gleichfalls nur eine Minderheit, die bereit war, das alte System aktiv zu verteidigen. Die DDR kollabierte auch so schnell und ohne grossen Widerstand, weil die Unzufriedenheit mit den beengten und unfreien Verhältnissen so gross geworden war. Auch die vielen Mitläufer der DDR waren offenkundig bereit, das alte System zurückzulassen, viele von ihnen hatten womöglich schon innerlich gekündigt. Aus der systemmüden Gesellschaft wurde quasi über Nacht eine hochpolitisierte und auf demokratische Reformen drängende Gesellschaft.

Allerdings gab es in den 1990er Jahren eine ausgeprägte Ostalgie, einen auf die DDR bezogenen Phantomschmerz. Das, was man so schnell und so bereitwillig aufgegeben hatte, vermisste man nun doch, die Härten von Privatisierung und Liberalisierung nährten zusätzlich die Sehnsucht nach der sozialen Wärmestube DDR. Das «Früher in der DDR» wurde zum zentralen Referenzpunkt privater Erinnerungen, oft durch die rosarote Brille eingefärbt. Es gab in vielen, vor allem ehemals parteinahen Kreisen ein verbreitetes Früherwar-alles-besser-Syndrom, das die vielen Mängel der DDR kleiner machte, als sie früher waren.

Man vermisste aber selten die DDR als ganzes System, sondern eher Teilaspekte wie die soziale Sicherheit oder die «sozialistische Menschengemeinschaft». Diejenigen, die in der DDR nicht am Rande gestanden haben, beschreiben sie auch heute noch oft als menschlich wärmer, mit mehr Alltagssolidarität und nachbarschaftlicher Hilfe. Am neuen System wird beklagt, dass Geld eine zu grosse Rolle spiele und jeder nur an sich selbst denke. Allzu gern möchte man das Gemeinschaftsgefühl der DDR zurück, ohne die neuen Freiheiten und Konsummöglichkeiten aufzugeben. So erträumt sich mancher die beste aller Welten und lässt die hässlichen Seiten der «Diktatur des Proletariats» unter den Tisch fallen.

Um noch einmal auf den langen Schatten der DDR zurückzukommen: Es wäre naiv zu leugnen, dass die DDR Spuren in den politischen Bewusstseinsformen der Menschen hinterlassen hat, es ist aber genauso naiv, würde man alle heutigen Probleme mit der Demokratie auf diese mentale Hinterlassenschaft zurückführen. Wir wissen, dass die Transformationsjahre den mentalen Nachlass der DDR überlagert haben. Die schnelle und radikale Privatisierung, die Arbeitslosigkeit, die massenhafte Abwanderung und die grosse ökonomische und soziale Unsicherheit haben erhebliche Flurschäden hinterlassen. Deshalb gibt es eine Kontroverse darüber, ob nun die Diktatursozialisation der DDR oder der Transformationsschock wesentlich für die Erklärung der mentalen Lage in den neuen Bundesländern sei. Je nach ideologischer Neigung und je nach kritischer Distanz zur DDR werden andere Schlüsse gezogen.



Wenn man annimmt, dass autoritäre Prägungen über Generationen vererbt werden, wäre Demokratieskepsis heute ein Wesensmerkmal aller Ostdeutschen. Aber stimmt das? Junge (und ältere) DDR-Bewohner, Ostberlin.



Sozialwissenschaftlich gibt es einige Hinweise sowohl darauf, dass es eine DDR-Prägung gibt, als auch darauf, dass die Transformation ihre Spuren hinterlassen hat. Ganz einfach auseinanderzuhalten sind diese Bestimmungsgründe aber nicht, denn lebensgeschichtlich hängen viele Dinge miteinander zusammen, verschnüren sich und lassen sich nicht so einfach separieren. Sagen kann man aber, dass die staatsnahen Gruppen der DDR und auch Teile der schweigenden Mehrheit besonders dann skeptisch auf die Demokratie schauen, wenn sie im Zuge der Transformation wirtschaftliche Verluste erlitten haben, arbeitslos geworden sind. Wer in der DDR die politisch Mächtigen kritisch sah, sich den Demonstrationen im Herbst 1989 anschloss oder sich sogar in der Opposition engagierte, der ist weit weniger anfällig für die Verführungen rechtsextremer und rechtspopulistischer Angebote.

Wer nach 1989 ökonomisch gewann, liess sich auch für die Demokratie einnehmen. Wer beruflich deklassiert wurde, blieb reservierter.

Hier zeigt sich: Erst in der Kombination von DDR- und Nachwendeerfahrung kommt man zu tragfähigen Erklärungen. Wer in der DDR noch mitmachte, aber nach ihrem Ende ökonomisch gewann, der liess sich auch für die Demokratie einnehmen. Diejenigen, die arbeitslos oder beruflich deklassiert wurden, blieben in ihrer Haltung gegenüber der bundesdeutschen Demokratie viel reservierter. Diesen Zusammenhang bekräftigt auch die Demokratisierungsforschung: Wird die Demokratie mit vielen sozialen Flurschäden und ökonomischer Unsicherheit eingeführt, bleibt sie oft fragil.

Mitunter wird die Demokratisierung der DDR-Diktatur mit dem erfolgreichen Weg der alten Bundesrepublik in die Demokratie verglichen. Was unterscheidet 1949 von 1989? Wie hat man aus den Mittätern und Mitläufern des NS-Regimes Demokraten gemacht? Es war nicht nur die Re-Education der Amerikaner, die die Menschen für die Demokratie eingenommen hat, es war auch der wirtschaftliche Erfolg der frühen Bundesrepublik. Ohne Wirtschaftswunder hätte auch die Demokratisierung nicht gut geklappt. Es war schwer genug, ein neues politisches System zu begründen, das alles zurückliess, was viele Menschen lange mitgetragen hatten, aber dass dies gelang, hatte auch damit zu tun, dass das neue System wirtschaftlich ertragreich schien. Menschen wurden auch in die Demokratie «hineingekauft», wenn man es etwas flapsig sagen darf. Nicht nur die Prinzipien der demokratischen Ordnung haben sie von der Vorteilhaftigkeit der Demokratie überzeugt, sondern auch der wirtschaftliche Aufstieg, den sie erlebten.

Das war mit den ökonomischen Umbrüchen nach der Wiedervereinigung ganz anders: Die bundesdeutsche Demokratie kam mit der Deindustrialisierung und dem Verlust an sozialer Sicherheit. Aus allen vergleichenden Studien wissen wir, dass Demokratien instabil bleiben, wenn sie nicht ökonomisch flankiert werden. Immer dann, wenn die Demokratisierung mit Prekarisierung und wirtschaftlichem Niedergang einherging, blieb die Bindung der Menschen an die institutionelle Ordnung eher schwach.

Wenn man heute auf Umfragedaten schaut, ist die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform in Ostdeutschland zwar ähnlich hoch wie in den alten Bundesländern, aber es gibt mehr Kritik an der «real existierenden» Demokratie. Der Parteienstreit wird kritisch gesehen, und es gibt auch ein anderes Demokratieverständnis, das sich am Ideal des unverfälschten Volkswillens orientiert. Auch wenn die repräsentative Demokratie der Parteien und Parlamente fest institutionalisiert ist, beziehen sich viele Ostdeutsche auf ein volksdemokratisches Ideal, wonach die Regierenden die Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung weitgehend zu spiegeln hätten. Deshalb finden Volksabstimmungen und Plebiszite grosse Unterstützung. Die demokratische Urerfahrung der

Illustration: Agata Marszalek

Ostdeutschen im Herbst 1989 war eine des Strassenprotests, in dem sich «Volkes Wille» artikulierte, keine der Interessenvertretung durch gewählte Mandatsträger. Die DDR-Volkskammer spielte keine Rolle. Auch existiert, so hat es die Historikerin Christina Morina herausgearbeitet, eine eher konsens- und harmonieorientierte Vorstellung der Politik. Schon die runden Tische der Friedlichen Revolution von 1989 waren skeptisch gegenüber der Parteiendemokratie der alten Bundesrepublik, viele der Teilnehmer favorisierten ein dialogisches Politikmodell.

Bis heute sind – bis auf die AfD – die Parteien in Ostdeutschland nur schwach eingewurzelt. Sie haben deutlich weniger Mitglieder, die Parteienlandschaft ist zersplittert, die grossen Volksparteien sind eher klein. Parteibezogene soziale Milieus sind nicht entstanden, so dass die ostdeutsche Wählerschaft sehr volatil ist. Sie ist weniger loyal gegenüber einer «Stammpartei», wechselt je nach politischer Konjunktur und Stimmung gerne einmal die politischen Farben. Auch aufgrund dieser schwachen und sozialstrukturell weniger abgesicherten Parteienlandschaft fiel es der AfD recht leicht, in Ostdeutschland Terrain zu gewinnen, in einigen Gegenden sogar politische Dominanz beanspruchen zu können. Sie ist zur Kümmererpartei vor Ort geworden, hat auch die Vereine und zivilgesellschaftlichen Strukturen erfolgreich infiltriert. Sie ist sehr erfolgreich darin, den Unmut vor Ort politisch zu bewirtschaften und für sich auszunutzen.

Die Demokratie in Ostdeutschland steht unter Stress, ohne Frage. Wie in vielen anderen Ländern sind die Rechtsextremen auf dem Vormarsch. Das autoritäre Erbe der DDR spielt für diesen Erfolg eine Rolle, aber als Generalschlüssel zur Erklärung des Aufstiegs der AfD taugt es nicht. Die wirtschaftliche und strukturelle Schlechterstellung Ostdeutschlands, die Schwäche der Parteiendemokratie und die Folgen des Transformationsprozesses wiegen mindestens ebenso schwer. Es hilft daher auch nicht, die Ostdeutschen pauschal aufzufordern, sie sollten doch endlich in der Demokratie «ankommen». Eine solche Aufforderung verkennt die über Persönlichkeitseigenschaften hinausgehenden strukturellen Gründe für den Aufstieg der AfD. Nur ein Teil davon geht auf die DDR zurück, ein erheblicher anderer Teil auf die Nachwendeerfahrungen, ein weiterer hat mit den ökonomischen und sozialen Unwuchten unserer Tage zu tun, ob Wachstumsschwäche, steigende Lebenshaltungskosten oder die veränderte geopolitische Lage. Wer also über die Probleme der Demokratie der Gegenwart spricht, darf weder den langen Schatten der DDR verkennen noch die Narben der Transformation noch die vielen Zumutungen der Gegenwart. Der Lauf der Geschichte ist wie ein grosser Fluss, in den viele kleine Flüsse münden. |G|



Steffen Mau, Jahrgang 1968, ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor am Max-Planck-Institut für Politik- und Sozialwissenschaft in Göttingen. Er befasst sich mit Fragen des sozialen Wandels und der gesellschaftlichen Transformation. Jüngste Buchpublikationen sind *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt* (Suhrkamp 2024) und *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft* (mit Thomas Lux und Linus Westheuser, Suhrkamp 2023).

Weiterführende Literatur

Ilko-Sascha Kowalczuk: Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute. München 2024.

Hans Lueders: When Democracy Brings Insecurity. The Political Legacies of Regime Change, in: World Politics 76 (2024), Nr. 1, S. 125–171.

Steffen Mau: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin 2019.

Christina Morina: Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren. München 2023.


CASINOTHEATER
WINTERTHUR
STILLE KRACHT
Die Weihnachts-Dinner-Show
präsentiert vom Duo OHNE ROLF
?
!
NOV-DEZ 2026
Tickets: casinotheater.ch
Hauptsponsorin
Zürcher Kantonalbank
Sponsorin
SW/CA
Medienpartner:innen
Blick
TELE top
Der Landbote
ZVV

Nächste Ausgabe:

DIE KATHOLIKEN

Ihr Wachstum scheint endlos: Die katholische Kirche gewinnt immer mehr Gläubige. Wie hat es diese Institution geschafft, sich über Jahrtausende nicht nur zu halten, sondern ihren Einfluss zu vergrössern? Wir beleuchten den Aufstieg einer Weltmacht. Zudem blicken wir in den Kanton Freiburg, wo im 19. Jahrhundert eine «christliche Republik» entstand. Wir fragen, wie der Katholizismus in den USA für Politiker wie J. D. Vance zum Glauben der Wahl wurde. Und wir erklären, wieso Katholiken zu keiner Zeit so viele Wunder registrierten wie im 20. Jahrhundert.

NZZ Geschichte Nr. 67 erscheint Ende November.

JUGOSLAWIENKRIEGE

Ethnische Säuberungen, Massenvergewaltigungen, Genozid: Als der Vielvölkerstaat Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre zerbrach, erlebte Europa seinen blutigsten und kompliziertesten Krieg seit 1945. Bis heute wirft er seine langen Schatten, der Konflikt schwelt weiter.

Text Ute Frevert **Illustration** Ricardo Santos

Als sich 1989 der Eiserne Vorhang hob und die Berliner Mauer fiel, empfanden viele Menschen in Europa ungetrübtes Glück. Der Kontinent schien geeint, der Ost-West-Konflikt überwunden und die Trennung der beiden ideologisch, militärisch, ökonomisch, kulturell und politisch auseinanderstrebenden Blöcke aufgehoben. Damit bräche, so die Hoffnung, eine Ära an, die Europa nach einem Jahrhundert heisser und kalter Kriege endlich Frieden bringen würde.

Die Hoffnung war trügerisch. Noch bevor das 20. Jahrhundert endete, brachen neue Kriege aus, in manchen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ebenso wie auf dem Balkan. Der Zerfall grossräumiger Ordnungsstrukturen führte dazu, dass sich Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen nationalistisch aufluden und mit Waffengewalt ausgekämpft wurden. Historisch kann man das, was sich im Jugoslawien der 1990er Jahre ereignete, als nachholende Nationsgründungen einordnen. Was andere Länder und Regionen Europas im 19. und frühen 20. Jahrhundert vorexerziert hatten, die Bildung unabhängiger Nationalstaaten als «Kriegsgeschöpfe» (so der Historiker Dieter Langewiesche), vollzog sich jetzt zeitversetzt in Südosteuropa.

Dass die 1945 gegründete Sozialistische Föderative Volksrepublik Jugoslawien das europäische Beben von 1989/90 nicht unversehrt überstehen würde, zeichnete sich rasch ab. Der Vielvölkerstaat bestand aus sechs Teilrepubliken; die ethnisch-religiösen Differenzen zwischen ihren Bürgern waren unter der Herrschaft des autokratisch regierenden Präsidenten Tito stillgestellt worden. 1991/1992 fanden in den Teilrepubliken Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina Referenden statt, in denen eine grosse Mehrheit der Bevölkerung für die Loslösung aus dem von Serbien dominierten Staatsverband stimmte. Den Anfang machte Slowenien, das im Juni 1991 seine Unabhängigkeit erklärte. Dem Beschluss folgte ein Zehn-Tage-Krieg mit der jugoslawischen Volksarmee, anschliessend vermittelte die Europäische Gemeinschaft ein Friedensabkommen.

Sehr viel länger dauerten die bewaffneten Auseinandersetzungen in Kroatien, das sich ebenfalls 1991 vom Bundesstaat lossagte. In einer Volksabstimmung hatten fast 95 Prozent dafür votiert; allerdings war ihr die serbische Minderheit aus Protest ferngeblieben. Sie gründete Ende 1991 die Republik Serbische Krajina, die ein Drittel des kroatischen Staatsgebiets umfasste und militärisch von der Volksarmee sowie serbischen Paramilitärs und Freiwilligen unterstützt wurde. Die dortige kroatische Minderheit, die ein gutes Drittel der Krajina-Bewohner stellte, wurde vertrieben,

Bild oben: PD-USGov-Military; Mitte links: David Turnley / Corbis / VCG / Getty; Mitte rechts: Georges Merillon / Gamma-Rapho / Getty; unten: Ian Derry / Mirrorpix / Getty



Territorial Change
SLOVENIA
UN Sector West
UN Sector East
Konjevici
Nova Kasaba
13 July: ARBiH column ambushed by VRS at Kamenica
Kravica
11-12 July: Bosnian Muslim column assembles in Susnjari
Bratunac
Pale
Susnjari
Potocari
Lopoglavo
Slatina
28
XX
Podgaj
Two Dutch F-16's attack VRS tanks at 2:40 pm, 11 July
Srebrenica
Zedanisko
Suceska
Kuluzero
Bucje
Pusmulje
Javornik 1401
Fall spring 1994-1995
Spring 1994
Spring 1993
Summer 1993
Summer 1993
Spring 1993
Military Symbols
Unit Sizes
Boundaries
Opposing Forces
104 HVO
2 Posavina
106 HVO
102 HVO

getötet oder in Gefangenenlagern festgehalten. Erst 1995 gelang es kroatischen Streitkräften, das Gebiet zu erobern und ihrerseits das durchzuführen, was unter dem Begriff «ethnische Säuberung» international bekannt wurde: 200 000 Serben mussten ihre Heimat verlassen.

Die grösste Gewalteskalation aber ereignete sich in Bosnien-Herzegowina. Ethnisch-religiös noch bunter gemischt als Kroatien, strebten die verschiedenen Gruppen – katholische Kroaten, christlich-orthodoxe Serben und muslimische Bosniaken – auseinander. Schon im Januar 1992 hatten die bosnischen Serben ihren eigenen Staat auf dem Gebiet der Teilrepublik gegründet; zwei Monate später bildeten Kroaten und Bosniaken die Republik Bosnien-Herzegowina. Doch bereits 1993 folgten die bosnischen Kroaten dem serbischen Beispiel und konstituierten sich ebenfalls als autonomer Teilstaat. Angefacht wurden die jeweiligen Sezessionen von Kroatien und Serbien, die sich davon eine Vergrösserung ihrer Territorien erhofften. Auf allen Seiten kam es zu Vertreibungen, Massakern und Massenvergewaltigungen. Hauptleidtragende war die bosnische Zivilbevölkerung. Als bosnisch-serbische Soldaten und Milizionäre am 11. Juli 1995 die Stadt Srebrenica einnahmen, erschossen sie in den folgenden Tagen gezielt 8000 muslimische männliche Jugendliche und Erwachsene – ein Akt des Genozids, der weltweit Entsetzen auslöste.

Schon ein Jahr vor dem Massaker hatten Nato-Truppen in den Bürgerkrieg eingegriffen, Flugzeuge und Bodenziele der bosnischen Serben attackiert. Nach dem Genozid verstärkten sie die Einsätze, mit Billigung der Uno, bis die Serben ihre schweren Waffen abzogen. Das auf Druck der USA verhandelte Dayton-Abkommen beendete die Kampfhandlungen im November 1995 und schuf einen multiethnischen Staat Bosnien-Herzegowina mit zwei Teilstaaten, einer bosnisch-kroatischen Föderation und einer serbischen Republik. Letztere löst sich seit 2021 Schritt für Schritt aus dem Verbund, unterstützt von Serbien, das die Vision einer grossserbischen Welt (analog zu Wladimir Putins russischer Welt) verfolgt.

Diese Welt schien nicht allein durch den Zerfall Jugoslawiens und die Unabhängigkeitsbestrebungen vieler Teilrepubliken bedroht. 1998 wagte es Kosovo, eine Provinz Serbiens mit überwiegend muslimisch-albanischer Bevölkerung, sich vom «Mutterland» zu trennen, nachdem seine Autonomie 1989 unter Präsident Slobodan Milosevic massiv eingeschränkt worden war. Als der Bürgerkrieg zwischen Serben und Albanern offen genozidale Formen annahm, flogen Nato-Staaten Kampfeinsätze gegen Belgrad, um die Regierung zum Einlenken zu bewegen und die Vertreibung und Ermordung der Muslime im Kosovo zu unterbinden. Diese nicht von der Uno gedeckte Intervention war international umstritten. In Deutschland, das sich erstmals nach 1945 an einem Krieg beteiligte, lieferten sich Befürworter und Gegner scharfe Auseinandersetzungen. Ihren Höhepunkt erreichten sie auf dem ausserordentlichen Parteitag der Grünen im Mai 1999, als Aussenminister Joschka Fischer den Einsatz damit rechtfertigte, es gehe darum, einen weiteren Völkermord zu verhindern. 444 Delegierte pflichteten ihm bei, 318 waren dagegen.

Einen Monat später akzeptierte Serbien den Friedensplan der UN, der Kosovo zwar formell im serbischen Staatsverband beliess, militärisch und verwaltungstechnisch jedoch der Kontrolle der Vereinten Nationen unterwarf. Das hinderte die radikalen Kräfte unter den Kosovo-Albanern nicht daran, im folgenden Jahrzehnt Tatsachen zu schaffen. Die serbische Minderheit, aber auch Roma und Juden wurden durch Pogrome und Gewaltexzesse systematisch aus dem Land gedrängt, Kirchen geplündert und zerstört. 2008 erklärte das kosovarische Parlament die Unabhängigkeit. Obwohl Serbien, aber auch Russland und China dagegen

Schlüsselmomente der Weltgeschichte

Zuletzt in der Serie erschienen:

- Abessinienkrieg
- Taiwan
- Tschernobyl
- Amerikanische Unabhängigkeitserklärung
- Westfälischer Frieden

Nächste Folge: Dekolonisierung

Illustration: Agata Marszalek

protestierten, wird sie mittlerweile vom Grossteil der Uno-Mitgliedsstaaten anerkannt.

Dass die Geschichte der Jugoslawienkriege damit nicht abgeschlossen war, zeigt die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag. 1993 auf Beschluss des Uno-Sicherheitsrats eingerichtet, verhandelte er bis zu seiner Auflösung Ende 2017 161 Anklagen und verurteilte 84 Männer, vor allem serbische und kroatische Militärs und Politiker. Mit den Verbrechen der albanischen paramilitärischen UÇK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës) beschäftigt sich seit 2016 ein ebenfalls in Den Haag ansässiges Sondergericht. Diese Institutionen schrieben, zusammen mit dem Strafgerichtshof für Rwanda, Geschichte. Erstmals seit den Nürnberger und Tokioter Prozessen im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg wurden Personen vor Gericht gestellt, die schwere Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten. Auf diesen Erfahrungen baut seit 2002 der ständige Internationale Strafgerichtshof auf. Anders als die Ad-hoc-Tribunale ist er keine Einrichtung der Vereinten Nationen, wird aber von derzeit 125 Vertragsstaaten unterstützt.

Diese völkerrechtlich bedeutsame Entwicklung verdankt sich nicht zuletzt dem Umstand, dass die Kriege der 1990er Jahre medial sehr präsent waren. Zeitungen, Radio und Fernsehen berichteten ebenso umfassend wie ausdauernd. Schon Ende 1992 häuften sich Artikel über systematisch betriebene Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina; der *Spiegel* nannte sie eine «Waffe» gegen die muslimische Bevölkerung, die aus den von Serben beanspruchten Gebieten vertrieben und terrorisiert wurde. Feministinnen griffen die Berichte auf und politisierten sie so, dass die UN-Menschenrechtskommission 1992 sexuelle Gewalt zum ersten Mal als Kriegsverbrechen einstufte. 2001 verurteilte der Internationale Strafgerichtshof deswegen drei serbische Militärpolizisten zu hohen Haftstrafen, die meisten Täter kamen allerdings straflos davon.

Die ungewöhnliche Publizität der Jugoslawienkriege hat auch damit zu tun, dass die Geschehnisse auf dem Balkan friedensgewisse und -bereite Europäer nachhaltig verstörten. Anders als die ebenfalls von Sezessionskriegen heimgesuchten, aber weit entfernten Nachfolgestaaten der Sowjetunion war Jugoslawien gefühlt ein Teil Europas. Schon während des Kalten Krieges hatte es einen «dritten Weg» zwischen den Systemen eingeschlagen, der westliche Intellektuelle und linke Politiker faszinierte. Das Land hielt seine Grenzen offen, schickte Gastarbeiter nach Westeuropa und lockte jeden Sommer Touristen aus dem kapitalistischen Ausland an. Dass auf einmal mit exzessiver Gewalt ethnisch-religiöse Differenzen aufbrachen, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten, wirkte vor diesem Hintergrund atavistisch und aus der Zeit gefallen.

Um die Region in die Zeit zurückzuholen, winkte die Europäische Union mit der Möglichkeit, sich an ihrem Friedens- und Wohlstandsprojekt zu beteiligen. Slowenien und Kroatien sind bereits EU-Mitglieder, alle anderen ehemaligen Teilrepubliken inklusive Kosovo sowie Albanien haben Beitrittsanträge eingereicht. |G|

Weiterführende Literatur

Marie-Janine Calic: Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Ursachen, Konfliktstrukturen, internationale Lösungsversuche. Frankfurt am Main 1995.

Dies.: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München 2014.

Dieter Langewiesche: Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne. München 2019.

Norbert Mappes-Niediek: Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent. Berlin 2022.

Holm Sundhaussen: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011. Wien 2014.



Ute Frevert, Jahrgang 1954, leitete bis 2024 den Forschungsbereich «Geschichte der Gefühle» am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Zuvor hatte sie Professuren in Berlin, Konstanz, Bielefeld und an der Yale University inne. Ihre jüngsten Bücher: *Kapitalismus, Märkte und Moral* (Residenz 2019), *Mächtige Gefühle* (Fischer 2020) und *Verfassungsgefühle. Die Deutschen und ihre Staatsgrundgesetze* (Wallstein 2024).



Frisch gebrannt: Teekrüge, fotografiert 1941 in der Porzellanfabrik Langenthal. Während des Zweiten Weltkriegs profitiert sie vom Zusammenbruch der ausländischen Märkte, die Produktion läuft auf Hochtouren.



Das bessere Leben war aus diesem Stoff gemacht

Ein Jahrhundert lang lieferte die Porzellanfabrik Langenthal das Geschirr, mit dem die Schweiz tafelte. Es war mehr als nur Geschirr: Mit Porzellan stellte das Bürgertum seinen sozialen Rang zur Schau, mit Porzellan bewies die Arbeiterklasse, dass sie unterwegs nach oben war. Doch 1998 gingen in Langenthal die Öfen aus.

Von Oliver Meier



Ende einer Schicht in der Porzellanfabrik: 1947 ahnt man in Langenthal noch nichts von den gesellschaftlichen Veränderungen, die das Geschäft ruinieren würden.

Ein kalter Morgen Anfang November 2001. Jacques Irniger, Verwaltungsratspräsident der Porzellanfabrik Langenthal, verlässt seine Pferderanch nahe Freiburg und steigt ins Auto. In drei Stunden findet in Langenthal eine ausserordentliche Sitzung des Verwaltungsrats statt. Dem Unternehmen droht der Konkurs.

Irniger steuert seinen Audi A8 in Richtung Gottéronschlucht. Kurz vor der Bogenbrücke, siebzig Meter über dem Galterenbach, gerät er von der Strasse und stürzt in die Tiefe. Im Protokoll der Sitzung wird er als «entschuldigt» vermerkt. «Herr Dr. J. Irniger», in Klammern: «Unfall».

So ein Ableben, gespenstisch und grotesk, hätte sich niemand ausdenken können, ohne der finsteren Melodramatik bezichtigt zu werden. *La réalité surpasse la fiction*.

Suisse Langenthal stand einst für ein florierendes Unternehmen, für die bedeutendste Porzellanmanufaktur der Schweiz, deren Spitzname «Porzi» nach einem liebevoll gehegten Schmuckstück klang. Die Fabrikate mit dem Stempel Suisse Langenthal gehörten in vielen Haushalten und Gaststätten zum Inventar, und mit der nationalen Fluggesellschaft Swissair gingen sie buchstäblich um die Welt. Doch dann rutschte das Unternehmen in die Krise.

Jacques Irniger, einst Marketingchef von Swatch, ein genial-geschmeidiger Mann, der das Illustre liebt und die Schweizer Uhrenindustrie aufgeweckt hat, wird 1989 als Heilsbringer nach Langenthal geholt. Er soll die Porzellanwelt aufmischen und Suisse Langenthal vor dem Sturz in die Bedeutungslosigkeit bewahren. Eine neue Geschirrkollektion soll das Geld dafür einbringen: Mit «Bopla!», abgeleitet vom französischen «beau plat», kopiert die Porzellanfabrik in den frühen 1990er Jahren das Marketingkonzept von Swatch: Sie interpretiert Tischgeschirr als kunterbunten Modeartikel – Irnigers Handschrift ist unübersehbar.

Mit «Bopla!» probt Langenthal aber auch den Bruch mit altbürgerlichen Mustern. Obwohl Fachgeschäfte noch Ende der achtziger Jahre vielteilige Porzellanservices als Investition fürs Leben preisen, hat sich die Gesellschaft längst gewandelt. Wer braucht noch ein Geschirrset mit allem, was dazugehört, Kaffeekanne, Milchgiesser, Zuckerdose, Tassen, Untertassen, Kuchenteller? «Bopla!» bedient den Individualismus, verspricht frei kombinierbare Teile, die sich portionenweise kaufen lassen. Die neue Linie stehe für einen «fröhlichen, alternativen» Lebensstil, heisst es in einem Prospekt zur Lancierung. Eine Befreiung also. Ein pfiffiger Abschiedsgruss an eine Tischkultur, die jahrhundertelang so normiert gewesen ist wie der Gebrauch von Porzellan.

Was wohl Norbert Elias zu «Bopla!» gesagt hätte? In seiner klassisch gewordenen Studie *Über den Prozess der Zivilisation* (1939) beschrieb der Soziologe die Mechanismen, die hinter dem Wandel gesellschaftlicher Normen stehen. Gemäss dieser ist es der Adel, der verfeinerte, «zivilisierte» Umgangsformen hervorgebracht hat; dann übernahm das Bürgertum des 19. Jahrhunderts diese höfische Kultur, und so verbreiteten sich neue Lebensstile und Verhaltensweisen in der sozialen Hierarchie: von oben nach unten.

Dieses Bewusstsein pflegt man auch in Langenthal. «Mit der Ausbreitung des Porzellans von der königlichen zur fürstlichen, später bis zur bürgerlichen und einfachsten Tafel hat sich die Sitte des Essens veredelt», schreibt Paul Herzig, der frühere technische Direktor der Porzellanfabrik, 1994 in einem Aufsatz. «Auf dem Gebiet der Zivilisation wird diese Wandlung durch die Ausbreitung feiner Lebensgewohnheiten und Bedürfnisse in breiten Schichten begleitet.»

Tatsächlich fand Norbert Elias gerade in den Tischsitten ein prägnantes Beispiel für seine Theorie. Und nirgends zeigt sich der «Top-down-Effekt» schöner und handfester als beim Porzellan, dieser wunderlichen Mixtur aus Quarz, Feldspat und Kaolin, die vor zweitausend Jahren in China entwickelt wurde. Die mit Wasser vermischte Porzellanmasse liessen die Chinesen jahrzehntelang in feuchten Kellern gären. Sie brannten das Material bei hohen Temperaturen und liessen es schmelzen («sintern»), wodurch es eine feine, durchschimmernde Struktur erhielt. Staunend berichtete der venezianische Weltreisende Marco Polo davon, nachdem er eine chinesische Provinzstadt besucht hatte. 1295 kehrte er nach Venedig zurück, wo man das Material später «porcellana» nannte.

Bild S. 82/83: Walter Henggeler / Photopress-Archiv / Keystone; S. 84: Ernst Koehli / Sozialarchiv Zürich, F 5144-0877-Nb-002

In Europa wird es ab dem 16. Jahrhundert zum Fetisch der feinen Gesellschaft. Das Luxusgut treibt den Adel um, ruiniert Fürsten und ruft Spione auf den Plan, auf der Jagd nach der Geheimformel. 1708 brennt der Alchemist Johann Friedrich Böttger das erste Hartporzellan Europas, die edelste Form des Materials, mit dem höchsten Anteil an Kaolin, an wertvoller «Porzellanerde». Böttger erschafft ein Produkt von auratischer Güte, damals fast kostbarer als Gold.

Auch in der Moderne bleibt dem Stoff ein Hauch von Alchemie. Er ist zugleich Gebrauchsware und aufreizendes Kulturgut. Durch die Imitation höfischer Manieren avanciert Porzellan im 19. Jahrhundert zum Prestigesymbol für das aufstrebende Bürgertum, zu einem Mittel der Differenzierung und der Abgrenzung gegen die Arbeiterschaft. Von Arbeitern geschaffen, von Dienstboten aufgetischt, erhält es als Statuswährung im bürgerlichen Haushalt eine ausgeprägte soziale Signatur. Der Gebrauch ist mit präzisen Regeln verknüpft, die in Frauenzeitschriften und Haushaltsbüchern vermittelt werden.

Eine der erfolgreichsten Vertreterinnen dieses Genres ist die deutsche Autorin Henriette Davidis. Auch hierzulande wird sie enorm populär mit ihrem *Praktischen Kochbuch für die gewöhnliche und feinere Küche,* das ab 1845 immer wieder neu aufgelegt wird. Für sie ist klar, dass die Hausfrau die Pflege des Geschirrs nicht dem Dienstmädchen überlässt, sondern sich selber darum kümmert: Alles müsse «glänzen wie Krystall», denn danach werde die Sorgfalt beurteilt, welche die Hausfrau dem Heim entgegenbringe. Davidis unterscheidet «Gebrauchsporcellan» und «besseres Porcellan». Letzteres will sie in einer besonderen Abteilung in einem mit Eis gekühlten Schrank gelagert sehen. Porzellan wiederum, das im Eisschrank keinen Platz findet, soll in einem besonderen Schrank für Gäste sichtbar ausgestellt werden.

Wie streng der Gebrauch von Porzellan normiert ist, zeigt ein Artikel in einer Beilage der *Schweizer Frauen-Zeitung* von 1894, eine akribische Übertragung aristokratischer Tischkultur *à la française* ins Reich der hiesigen Hausfrau. Die «festlich geschmückte Tafel», heisst es darin, sei «gewissermassen das Staatskleid der Haushaltung». Auch «Girandoles», Tischkerzenständer, sollen zum Einsatz kommen, aus Silber oder Porzellan. Dass eine derart geschmückte Tafel selbst im gehobenen Bürgertum kaum alltagstauglich ist, tut nichts zur Sache: Entscheidend ist die symbolische Norm, der soziale Anspruch.

Einen Höhepunkt erreicht das Porzellanfieber in der Belle Époque. Pfeifen, Zündholzsteine, Lampenschirme, Puppen, künstliche Blumen: Porzellan ist im Alltag angekommen, aber es ist auch ein Material des Fortschritts. Als der Industrielle Werner Siemens 1849 Isolatoren in Glockenform für Telegrafenleitungen entwickelt, setzt er auf glasiertes Porzellan, das in seinen technischen Eigenschaften so edel wie Gold erscheint: «Kein anderer Isolierstoff», schreibt der Physiker Gustav Benischke, «wird von chemischen Reagenzien, atmosphärischen Einflüssen und elektrischen Entladungen so wenig angegriffen.»

Porzellanisolatoren ermöglichen die Verdrahtung der Welt, die flächendeckende Elektrifizierung, und sie begründen einen eigenen Industriezweig. Im späten 19. Jahrhundert wird Porzellan schliesslich auch zum Paradeprodukt der boomenden Hygienebewegung. Bodenfliesen, Seifendosen, Waschbecken, «geruchlose Closets» bis hin zu Ersatzzähnen – das Material wird mit Sauberkeit, Gesundheit, Ordnung und Modernität verknüpft und auf diese Weise moralisch aufgeladen.

In den Feuilletons ist von einer «Porzellanwut» die Rede. Man könnte sie als Ausdruck bürgerlichen Selbstbewusstseins lesen. Doch bei genauer Betrachtung zeigt sich eine andere Seite: Weil Porzellan zunehmend auch für breitere soziale Schichten erschwinglich wird, drohen dem Bürgertum Distinktionsverluste. Es wird, auf dem Höhepunkt seiner Macht, im Feld des Porzellankonsums bedrängt.

Besonders anschaulich zeigt sich das in der Wohnkultur. Im frühen 20. Jahrhundert hält die

Das «Landi-Service» von Suisse Langenthal gehört ab 1939 zu den Verkaufsschlagern der Porzellanfabrik. Hier als Stillleben vom Schweizer Fotografen Hans Finsler in Szene gesetzt.



Bild: Hans Finsler / Museum für Gestaltung Zürich, Designsammlung, ZHdK

bürgerliche Manier der Porzellanpräsentation in Glasvitrinen Einzug bei den Angestellten und bald auch bei der Arbeiterschaft. Im Bürgertum schwören manche nun auf eine Beleuchtung. Denn für die soziale Feinklassierung noch potenter als Vitrinen voller Porzellan sind beleuchtete Vitrinen voller Porzellan.

In diesem «Spiel der Distinktion» (der Soziologe Pierre Bourdieu) mischt Langenthal modisch mit. Die Gründung der Fabrik im Jahr 1906 ist das Ergebnis bürgerlicher Seilschaften und ein idealtypisches Beispiel für bürgerliches Unternehmertum, getragen von Risikobereitschaft und amateurhaftem Enthusiasmus. Der Publizist Hans Rudolf Schmid urteilt lapidar: Die Porzellanfabrik Langenthal verdanke ihre Entstehung «der Dynamik einiger tatendurstiger Männer und auch ihrer Unkenntnis der Einzelheiten».

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ringt die Fabrik um ihr Überleben – eine Erinnerung an die Schweizer Porzellanpioniere des 18. und 19. Jahrhunderts, die allesamt gescheitert sind. Intrigen und Produktionsmängel überschatten den Start des Unternehmens. Es muss seine Rolle im Markt erst suchen und erkämpfen. Denn auf Langenthal hat niemand gewartet: Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert wird die Schweiz mit Porzellanwaren aus dem Ausland überschwemmt. Und die Herstellung von Porzellan ist komplex, sie braucht viel Handarbeit und noch mehr Energie. Das Know-how ist in der Schweiz zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht vorhanden, auch die Rohstoffe fehlen.

Um zu überleben, baut die Porzellanfabrik Langenthal auf den Gastronomiemarkt, umgarnt Hotels und Restaurants. Und sie setzt konsequent auf Swissness. An der Landesausstellung 1914 in Bern sucht sie erstmals die grosse Bühne. Mit Erfolg. Die Jury adelt sie mit einem Grossen Preis der Landesausstellung und verleiht der Marke Suisse Langenthal den entscheidenden Schub.

Auch der Top-down-Effekt, den Norbert Elias beschrieben hat, begünstigt das Geschäft: Angestellte und Arbeiter übernehmen im frühen 20. Jahrhundert zunehmend bürgerliche Werte und Normen. Im Zeichen dieser «Verbürgerlichung» wächst die Nachfrage nach wertigem Gebrauchsgeschirr aus einheimischer Produktion. Langenthal bedient diese Nachfrage – und leistet zugleich einen bedeutenden Beitrag zur Demokratisierung des Porzellans in der Schweiz.

Später wird das Langenthaler Porzellan gar mythisch überhöht. Im Kontext der geistigen Landesverteidigung erscheint Suisse Langenthal als Inbegriff schweizerischer Eigenart und Selbstbehauptung, der Erwerb schon fast als Tat fürs Vaterland. Für die Landesausstellung 1939 entwirft die Porzellanfabrik ein «Landi-Service», das über Jahrzehnte im Sortiment bleiben wird. In diesem Umfeld entsteht das schmeichelhafte Bild der «Porzi» als Volksunternehmen, das genauso für Swissness steht wie die SBB und die Swissair, die über Jahrzehnte zu den besten Kunden der Porzellanfabrik zählen. Als Henri Guisan 1951 der Fabrik einen Besuch abstattet und Arbeiterhände schüttelt, wird sich das Bild runden: Als lebender Mythos nährt der alte General die patriotischen Gedankenfiguren, die mit Suisse Langenthal verknüpft sind.

Vorher noch beschert der Zweite Weltkrieg der Schweizer Porzellanindustrie einen ungeahnten Boom, die Gewinne wachsen in den Himmel. Die Langenthaler profitieren vom Zusammenbruch der ausländischen Märkte, und sie revolutionieren die Produktion des Porzellans: Zusammen mit der Maschinenfabrik Brown, Boveri & Cie. entwickeln sie einen sogenannten Tunnelofen.

Lange sind haushohe Rundöfen das Mass der Dinge gewesen, doch der Bedarf an Kohle war enorm, zudem dauerte das Anheizen dreissig Stunden, und noch länger dauerte es, bis das Porzellan ausgekühlt war. Eile lohnte sich nicht, zu gross war die Gefahr, das Geschirr zu beschädigen. Der Tunnelofen dagegen erlaubt eine Fabrikation am laufenden Band: Das Brenngut wird binnen zwanzig Stunden auf Wagen durch den hundert Meter langen Ofen gezogen. Und geheizt wird elektrisch. Damit lösen die Langenthaler auf einen Schlag zwei notorische Probleme: Sie senken die Energiekosten ebenso wie den Personalaufwand. Die Presse berichtet von einer «Pionierleistung».

Doch die Stimmung in der Belegschaft ist in jener Zeit vergiftet. Der Anteil deutscher Facharbeiter in der Fabrik ist hoch. Auch Hitler-Anhänger

sind darunter, die auf den Einmarsch der Nationalsozialisten hoffen und die Porzellanöfen als Krematorien einsetzen wollen, wie Zeitzeugen berichten. Von den angeblich minuziösen KZ-Plänen und Todeslisten in der «Porzi» fehlt zwar jede Spur. Dennoch hält sich über Jahrzehnte das Gerücht, Langenthal sei im Zweiten Weltkrieg ein Nazi-Nest gewesen – und die Porzellanfabrik ein Schauplatz schauerlicher Geheimpläne. Dass 1945 mehrere Arbeiter durch die Behörden ausgewiesen werden, trägt dazu bei. Bis in die fünfziger Jahre behält das Unternehmen zudem seine Anteile an der deutschen Hermsdorf-Schomburg-Isolatoren-Gesellschaft, die 1940 als «nationalsozialistischer Musterbetrieb» ausgezeichnet worden ist. Das wirft Fragen auf, die in Langenthal nicht gerne gehört werden. Braune Flecken auf dem weissen Porzellan sind unschön anzusehen.

Von den angeblichen KZ-Plänen fehlt zwar jede Spur. Dennoch hält sich das Gerücht, Langenthal sei ein Nazi-Nest gewesen.

In den Boomjahren der Nachkriegszeit setzt eine Entwicklung ein, die das Geschäft mit dem Porzellan ruinieren wird, aber davon will man in Langenthal lange nichts wissen: Die Konsumgewohnheiten ändern sich allmählich, aber mit Macht. «Es ist gut, dass wir bei der Anschaffung von Porzellan *frei* sind und nach unserem eigenen Zeitgeschmack kaufen können», heisst es 1954 in der Zeitschrift *Bauen, Wohnen, Leben*. Gemeint ist die Wahlfreiheit des modernen Konsumenten. Vorerst wirken die alten Normierungen im Hintergrund trotzdem weiter: Porzellan bleibt auf Jahre hinaus mit traditionellen Ritualen verknüpft. Dazu zählt Geschirr als Hochzeitsgeschenk – eine Adelstradition, die ihren Weg über das gehobene Bürgertum des 19. Jahrhunderts in den Mittelstand des 20. Jahrhunderts gefunden hat.

Porzellan steht in dieser Zeit für beides: für das Zerbrechen und für die Resistenz bürgerlicher Normen. Eine Ahnung davon bieten Zeitschriften, die den guten Stil definieren. 1964 empfiehlt *Architektur und kultiviertes Wohnen* für das «Stilzimmer» einen «klassischen Nussbaumschrank, der von handwerklichem Können zeugt», und die Manier der Porzellanpräsentation aus dem 19. Jahrhundert feiert dabei ein Revival: «Eine Vitrine mit schönem, altem Porzellan lockert die geschlossene Form auf, in verschiedenen Fächern und Schubladen kann die Hausfrau Geschirr, Tischwäsche und Bestecke unterbringen.» Dieses Porzellan, das seine Distinktionskraft längst verloren hat, ist gar nicht für den Gebrauch gedacht, es erhält im Nussbaumschrank eine rein formale Funktion. Als Zitat bedient es Traumbilder einer versunkenen Epoche, auf die man auch in Langenthal lange gebaut hat.

Mit dem Service «Jeunesse» versucht die Porzellanfabrik 1960, moderne Akzente zu setzen. Der Erfolg scheint ihr recht zu geben, die «beschwingte» Form wird rasch zum Bestseller. Doch die Jugendlichkeit bleibt ein kurzes Kapitel. Vier Jahre danach, an der Expo 64 in Lausanne, steht die Schweiz im Zeichen des Igels. Die Armee präsentiert sich den Besuchern in einer Art Bunker mit riesigen Stacheln aus Beton. Der Pavillon heisst «Wehrhafte Schweiz», wieder feiert das Land die Mythen der Aktivdienstgeneration, wieder wird die Vergangenheit zum «gesellschaftlichen Halluzinogen» (der Germanist Peter von Matt), das berauschende Traumbilder freisetzt. Und die Porzellanfabrik? Sie lässt in der Abteilung «L'art de la table» die Heimatbewegung wieder aufleben. «Handgemalt auf weissem Porzellan, schuf Langenthal die schönsten Schweizer Trachten aus 12 Kantonen», heisst es in einem Inserat: «Rand und Henkel dieser reizenden kleinen Schmuckstücke glänzen festlich in mattem Gold.»

Der Abschied vom Alten fällt in Langenthal manchen schwer. Bezeichnend dafür ist, wie lange man in der Führungsetage den alten Porzellanservices die Reverenz erweist. Solche Services waren einst hochgehandelt, sie liessen sich sogar politisch ausschlachten. Als der britische Feldmarschall Wellington 1815 Napoleon in Waterloo

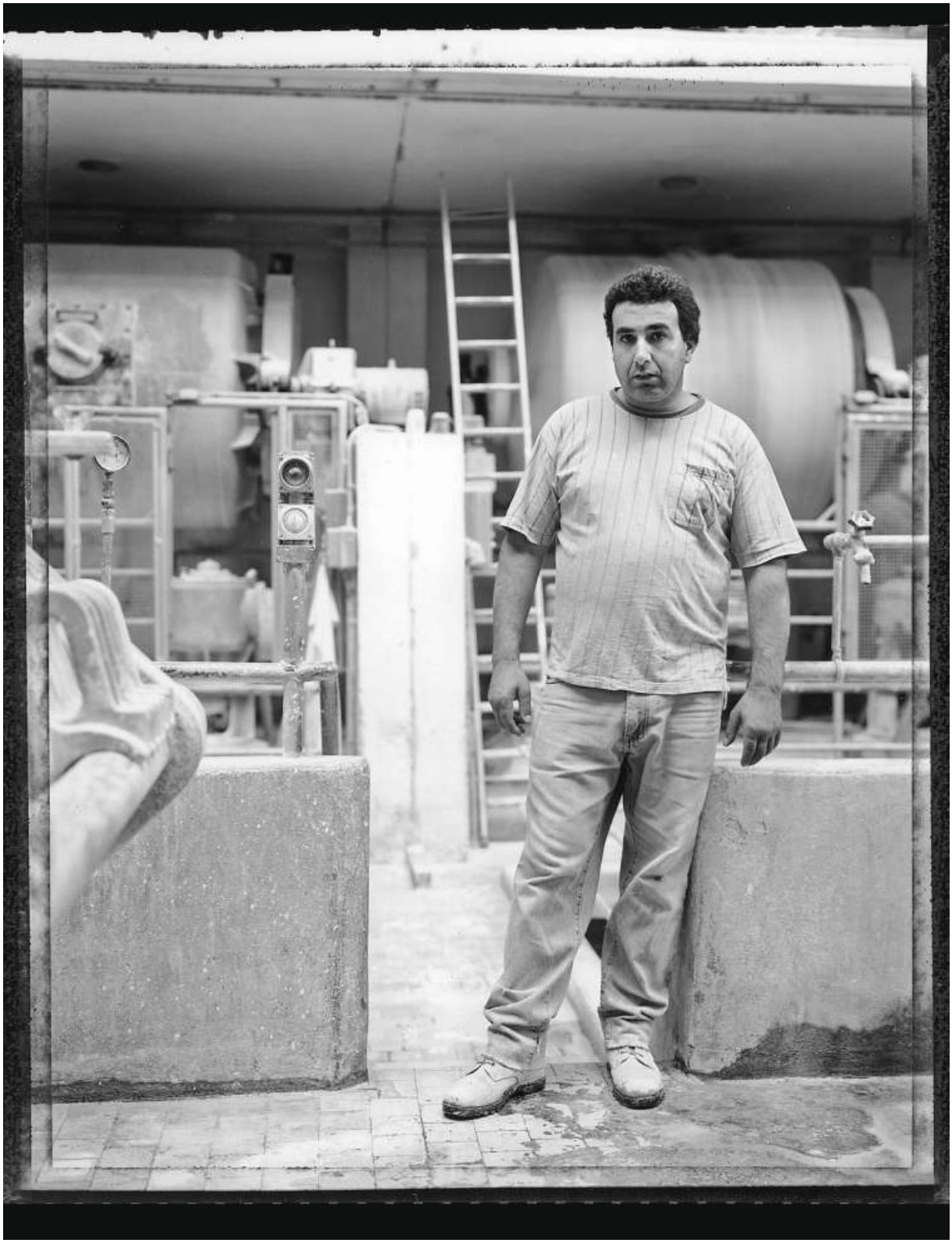




1992, nach dem Anbruch der Krisenzeit, fotografierte Christoph Schütz die ganze Belegschaft. Entstanden sind 278 Porträts. Im Uhrzeigersinn: Maria Elvira Taibo, Giesserei. Anna Maria Lannutti, Buntdruck. Maria Guerrera, Buntdruck. Jacques Irniger, Verwaltungsratspräsident. Rechte Seite: Joao Lopes, Massenmühle.







Bilder: Christoph Schütz

zur Verzweiflung getrieben hatte, wurde er dafür mit einem 460-teiligen Porzellanservice beehrt. Später war ein möglichst umfangreiches Service der Inbegriff bürgerlicher Tischkultur, der gekonnte Umgang damit ein Gradmesser kultureller Kompetenz oder, wie es 1955 in der Zeitschrift *Wohnen* hiess, eine Aussage darüber, «ob wir die Kunst echter Lebenspflege zu üben verstehen».

Dass «komplette Services alter Zusammenstellung» aus der Zeit gefallen sind, hat man in der Porzellanfabrik zwar schon 1958 festgestellt. Doch noch zehn Jahre später, auf dem Gipfel jener Modernisierungskrise, die in die gewaltsamen Jugendproteste von 1968 mündet, lanciert Langenthal mit «Opéra» ein Service für den «festlich gedeckten» Alltagstisch mitsamt Goldrandmuster.

Es ist zugleich das Jahr, in dem man in der Firma realisiert, dass eine Welt zerbrochen ist. «Unsere Lebensgewohnheiten haben geändert», heisst es damals im Geschäftsbericht: «Die grosse Familie der bürgerlichen Ära mit ihrer festgefügten Lebensgestaltung, die gerade in der Tischkultur einen starken Ausdruck fand und damit die Existenzbedingungen der Porzellanindustrie mitbestimmte, hat weitgehend anderen Formen des Zusammenlebens Platz gemacht.» Die Liebe zur Tradition sei ersetzt worden «durch den Drang und Hang zum Neuen, zum Ungewohnten und Ausserordentlichen». Es ist ein Abgesang auf die altbürgerliche Kultur.

Nach goldenen Jahren der Hochkonjunktur, als die Porzellanfabrik die Welt erobert, zum internationalen Konzern mit Tochtergesellschaften in Frankreich und Griechenland heranwächst und tausend Mitarbeitende beschäftigt, schlittert sie ab den siebziger Jahren in die Krise. Für die Langenthaler fühlt es sich an wie ein Abstieg in Raten, ein Ausverkauf von Suisse Langenthal: 1988 übernimmt die grösste Konkurrentin, die Keramik Laufen, die Fabrik. Langenthal wird zur Tochterfirma. In den Neunzigern wird dann Bereich um Bereich der Produktion nach Tschechien verlagert, in eine andere Tochtergesellschaft der Holding. In Langenthal verlieren Dutzende ihre Stelle, es kommt zu Demonstrationen im Ort.

Bis heute gehen in Langenthal Gerüchte um, die Narrative blühen. Das wirkungsmächtigste handelt davon, wie ein stolzes Unternehmen zum Opfer eines Managements geworden sei, das in entscheidenden Momenten versagt habe. Doch damit unterschätzt man die Wirkung des tiefgreifenden Strukturwandels, die auch in Langenthal immer stärker spürbar wurde, wirtschaftlich wie gesellschaftlich. Als die Weltordnung des Kalten Kriegs zusammenbricht, ist Porzellan längst zur Billigware geworden. Die Vertriebskanäle wandeln sich, ebenso die Bedürfnisse und die Mentalitäten der Kundschaft. Mit dem Aufstieg von Ikea oder Interio funktionieren traditionelle Marken als Verkaufsargument immer weniger. Möbel werden zu Modeartikeln, die nicht mehr ein Leben lang halten müssen, und so erhält auch Geschirr immer mehr den Status einer Verbrauchsware. In diesem Umfeld können sich Billiganbieter aus Asien leichter positionieren als ein Unternehmen wie die Porzellanfabrik Langenthal, die allein schon aufgrund ihrer Kostenstruktur kaum mithalten kann.

Auch Jacques Irniger und die Lancierung von «Bopla!» im Jahr 1993 können das Unternehmen nicht retten. Die himmelhohen Erwartungen verfehlt die neue Geschirrlinie bei weitem, der Umsatz mit «Bopla!» erreicht gerade einmal 2,7 Millionen Franken – ein Zehntel dessen, was sich der Marketingmann Irniger erträumt hat. Die Gründe liegen auf der Hand: Während der Schweizer Markt rasch ausgeschöpft ist, kommt der Export kaum in Gang. Man habe das Auslandgeschäft «zu wenig und zu spät angepackt», muss Irniger schliesslich bilanzieren – ein strategischer Fehler, der Langenthal teuer zu stehen kommt. Im Überlebenskampf, der sich bald zuspitzen wird, fehlen dem Unternehmen die erhofften Millionen, um den Geschäftsgang zu stabilisieren.

1998 wird die Produktion in Langenthal endgültig eingestellt. Im Jahr darauf kauft das Management die Firma dem Laufen-Konzern ab, kann den Niedergang aber nicht aufhalten. Erst als der Konkurs droht, im Spätherbst 2001, wird «Bopla!» in vorauseilender Nostalgie zum Renner. «Autofahrer aus der ganzen Schweiz kurven parkplatzsuchend umher», meldet der *Bund* vor Weihnachten, als der Fabrikladen zum Sonderverkauf lädt.

Wenige Wochen zuvor ist Jacques Irniger gestorben, die Firma hat ihre Aktivitäten eingestellt

Illustration: Agata Marszalek

und eine Nachlassstundung beantragt, «wegen begründeter Besorgnis einer Überschuldung und Unterbilanz». Das ist das Grounding, es kommt fast gleichzeitig mit jenem der Swissair. Vorsorglich kündigt die Unternehmensleitung allen Mitarbeitenden. Der Konkurs bleibt aus, doch die Suche nach einer Lösung zieht sich in die Länge, während Monaten hängt das Schicksal der Firma in der Schwebe. Die Aktionäre bangen um ihr Geld, die Mitarbeitenden um ihre Zukunft. 2002 treten windige Investoren aus Frankreich als Retter auf, haben aber keinen Businessplan und lösen sich in Luft auf. 2002/03 geht das Unternehmen an die tschechische Benedikt-Gruppe. Sie belässt in Langenthal eine Rumpffirma für den Handel und Vertrieb von Porzellan, die heute nur noch ein Dutzend Angestellte zählt.

Doch die wunderliche Geschichte des Porzellans geht weiter. Jahrhunderte nach den europäischen Fürsten ergötzen sich heute Milliardäre an altem Porzellan: 2014 ersteigert der Chinese Liu Yiqian bei Sotheby's für 36 Millionen Dollar das bislang teuerste Geschirr der Welt, ein Schälchen aus der Chenghua-Ära (1465–1487), verziert mit einer Hühnerfamilie. Das passt in die Storyline der *Handelszeitung,* die von «fürstlichen Gewinnen mit dem weissen Gold» schwärmt. Früher, so das Blatt, sei Porzellan den Königs- und Fürstenhäusern vorbehalten gewesen. «Heute kann historisches Geschirr ein sehr attraktives Investment sein.» Porzellan, im 20. Jahrhundert ebenso entzaubert wie die altbürgerliche Welt, ist im 21. Jahrhundert zurück im «Spiel der Distinktion». Als perfektes Lifestyle-Produkt im Digitalzeitalter.

Die Zeit des Langenthaler Porzellans ist allerdings vorbei, unwiederbringlich. Was bleibt, ist der Mythos, sind Frust und Kränkungen – und eine ungelenke Bewältigung der Hinterlassenschaft. Zwar erhält die Gemeinde 2019 den Wakker-Preis für ihren Umgang mit dem baulichen Erbe der Industriegeschichte. Doch die Diskussionen um die Zukunft des ehemaligen «Porzi»-Areals mit der spektakulären Ofenhalle münden in ein Gezerre zwischen Kleingewerblern, Kulturschaffenden und einem Grossinvestor. Die Behörden lancieren eine Testplanung, die heftige Emotionen provoziert, doch der grosse Wurf bleibt aus.

Heute ist das Vermächtnis der «Porzi» konserviert im Unternehmensarchiv, gerühmt als Goldgrube und zugleich sträflich vernachlässigt, weil es an Geld und Willen fehlt. Im Obergeschoss des Fabrikgebäudes an der Bleienbachstrasse 22 ist das Archiv über mehrere Räume verteilt. Ein Museumsraum mit Originalstücken, darunter das erste gebrannte Porzellan aus dem Jahr 1908, eine Tasse von nüchterner Eleganz, gehört dazu, präsentiert unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

René Trösch, der Geschäftsführer der Firma, öffnet das Vorhängeschloss des Archivs. Leicht muffig riecht es im Raum. Handgemalte Modellbücher, Formen- und Dekorkataloge, Geschäftsberichte und Verwaltungsratsprotokolle, Preislisten, Broschüren, Fotos, Gipsformen, Stahlplatten und Lithografiesteine – alles verteilt in Schränken und Kisten. Abseits in einer Ecke liegt, verstaubt und verloren, ein ganzer Kronleuchter aus Porzellan. Wie ein schlafender Oktopus auf dem Meeresgrund. Er zeugt vom Glanz, aber auch vom Elend der Porzellanindustrie. Und von einem Stück Langenthaler Weltgeschichte. |G|



Oliver Meier, geboren 1981, ist Historiker und Journalist. Heute in der Unternehmenskommunikation der SRG tätig, war er zuvor Kulturredaktor bei SRF und der *Berner Zeitung*. Dieses Jahr erschien im Chronos-Verlag sein Buch *Glanz und Elend der Porzellanindustrie. Eine Langenthaler Weltgeschichte.* Es beruht auf Meiers Dissertation an der Universität Bern, für die er als erster Historiker das Firmenarchiv systematisch ausgewertet hat.

Weiterführende Literatur

Patrick Jordi u. a.: Wandel als Chance. Porzellanfabrik Langenthal. Thun 2026.

Suzanne L. Marchand: Porcelain. A History from the Heart of Europe. Princeton 2020.

Oliver Meier: Glanz und Elend der Porzellanindustrie. Eine Langenthaler Weltgeschichte. Zürich 2026.

Anne-Claire Schumacher (Hg.): Die Porzellanmanufaktur Langenthal. Zwischen Industriedesign und Sonntagsgeschirr. Publikation zur Ausstellung im Musée Ariana, Genf. Mailand 2012.

«Eigentlich ganz liebe, gutmütige Kerle»

Männer, die Kaffee, Tabak oder Zucker über die Schweizer Südgrenze schmuggelten, galten bis weit ins 20. Jahrhundert als mutige Helden. Auch bei den hiesigen Behörden erregte der heimliche Export nach Italien kaum Anstoss: Man liess ihn zu, weil er Armen ein Einkommen bot und sogar die Staatskasse füllte.

Text Daniele Papacella **Bilder** Paul Senn

Ein Team des Bayerischen Rundfunks fuhr 1965 ins bündnerische Brusio an die schweizerisch-italienische Grenze. Ziel der Reise war nicht, die «stille Beschaulichkeit» des Ortes zu dokumentieren, sondern eine «Besonderheit, auf die man mit der Nase stösst». Die Luft im engen Tal roch nämlich intensiv nach Kaffee. An die fünfzig Trommelröster verarbeiteten hier rohe Bohnen aus fernen Ländern. Täglich waren es mehrere Tonnen pro Betrieb. Angeliefert wurden sie vom Rheinhafen in Basel mit der Bahn oder per Lastwagen. Diese grossen Mengen waren nicht für den lokalen Bedarf gedacht, denn Brusio, die südlichste Gemeinde des Puschlavs, zählte nicht viel mehr als 1000 Einwohner. Genau deswegen war das Team angereist: Man wollte zeigen, wie «der Kaffee auf dunklen Wegen das Tal verlässt».

Jeden Abend strömten Hunderte Italiener und Italienerinnen aus dem benachbarten Tirano in die Schweiz, meist in Kleinbussen. Sie fuhren nach Viano. In diesem Weiler auf 1280 Metern über Meer befand sich das Zwischenlager. Bei Einbruch der Dunkelheit griffen sie, wie das Filmteam festhielt, zu den Jutesäcken mit dem frisch gerösteten Kaffee und liefen mit diesen sogenannten «bricolle» über die grüne Grenze zurück nach Italien. Damit umgingen sie die happigen italienischen Einfuhrzölle auf Kolonialwaren.

In der Schweiz passierte alles bei helllichtem Tag, die ganze Gemeinde war vom Geschäft mit dem Kaffee absorbiert. Die Behörden waren über die Aktivitäten im Bild, hatten aber nichts daran auszusetzen. Nach Schweizer Recht war das, was rund um Brusio geschah, einfach grenzüberschreitender Handel. Und diese Form des Handels fand auch keineswegs nur in Brusio statt: Was das Filmteam 1965 dokumentierte, war nicht wirklich eine «Besonderheit». Schmuggel war lange Zeit eine gut organisierte Industrie, und zwar auf der ganzen Länge der italienisch-schweizerischen Grenze, also auf über 700 Kilometern vom Wallis bis ins Münstertal.

Der moderne Schmuggel begann im 19. Jahrhundert, als die Regierungen im Zuge liberaler Wirtschaftsreformen neue Steuersysteme einrichteten. In der Schweiz wurde 1848, mit der Gründung des Bundesstaats, ein zentralisiertes Zollwesen geschaffen: Zwischen den Kantonen gab es nun keine Zölle mehr, und für die Erhebung des Zolls an der Aussengrenze war die Eidgenossenschaft zuständig. Sie legte fest, zu welchem Satz die eingehenden Waren besteuert wurden.

Ähnliche Schritte vollzogen die umliegenden Länder, wobei die Schweiz einen ausnehmend tiefen Zollsatz wählte. Mit 3 bis 8 Prozent Belastung lagen die Schweizer Zolltarife weit unter

Alle Bilder: Paul Senn, FFV, Kunstmuseum Bern, Dep. GKS, Bern



Der Fotoreporter Paul Senn berichtete 1936 in der Zeitschrift *Der Aufstieg* von einer «heiteren Begegnung» mit Schmugglern im Wallis. Die Bildlegende lautete: «Wir wünschen ihnen allen gute Reise und viel Glück.»

denjenigen der Nachbarländer. Der tiefe Zollsatz war ein Pfeiler der liberalen Ordnung: Man wollte Handel und Industrie möglichst freie Bahn gewähren. Die höchsten Tarife setzte demgegenüber die notorisch klamme österreichische Regierung an. Sie stand europaweit an der Spitze, ihre Sätze waren durchschnittlich dreimal höher als die der anderen Länder. Diese hohen Sätze galten auch im Königreich Lombardei-Venetien, das zu Habsburg gehörte und an den Südosten der Schweiz grenzte. Entsprechend gab es in dieser Gegend ein grosses Gefälle zwischen den Zolltarifen. Und genau diese Differenz machte den Schmuggel so richtig interessant: Waren, die günstig in die Schweiz importiert wurden, liessen sich in Italien mit hohen Margen verkaufen.

Schon damals kamen die Güter von den Häfen von Nizza oder Rotterdam in die Schweiz und wurden an den Grenzbehörden vorbei nach Italien wieder ausgeführt. «Fatta la legge, trovato l'inganno», sagt ein italienisches Bonmot: Wird ein Gesetz verabschiedet, findet sich ein Weg, es zu umgehen. Gehandelt wurden vor allem Zucker und Tabak, dazu kamen Textilien und Kaffee, also nicht Güter des täglichen Gebrauchs, sondern Waren mit einem höheren Wert – und einem höheren Ertrag für die Beteiligten. In Lugano und in Chiasso gab es sogar Gesellschaften, die die Waren versicherten für den Fall, dass sie durch kaiserliche Zollbeamte beschlagnahmt würden.

Das System stützte sich auf grenzüberschreitende Netzwerke. Tauschgeschäfte waren von jeher Teil des wirtschaftlichen Lebens in Grenzgebieten, sei es in den Bergen (zwischen dem Wallis und dem Aostatal oder zwischen Graubünden und Veltlin) oder in der Ebene (zwischen dem Mendrisiotto und der Poebene). Die Beteiligten kannten das Gelände wie die eigene Hosentasche, sie nutzten die kürzesten und unzugänglichen Wege, nicht die bewachten Verbindungsstrassen. Auf dieser tief verwurzelten, regionalen Wirtschaftsstruktur basierte das Geschäft, das mit den neuen Zöllen massiv an Attraktivität gewann.

1851 verlor der habsburgische Generalgouverneur Josef Radetzky die Geduld und liess 6000 Soldaten entlang der Grenze zum Tessin stationieren, um den Warenstrom zu unterbinden. Die Rechnung des erfahrenen Feldmarschalls ging nicht auf: Die Kosten der Bewachung überstiegen bei weitem den Nutzen. Was tun? Hätten die Habsburger die Einfuhrzölle gesenkt, wäre ein weiteres Loch in ihrer Kasse entstanden, hätten sie andere Steuern erhöht, hätte das die Akzeptanz der Regierung untergraben. So blieb nur eine Option: eine diplomatische Intervention in Bern.

Auf die politischen Druckversuche reagierte der Bundesrat gelassen. In einer Stellungnahme vom 15. Oktober 1851 teilte er mit: «Jeder Staat ist befugt, Kauf und Verkauf, überhaupt den öffentlichen Verkehr innerhalb seines Gebietes je nach Konvenienz zu gestalten, und es kann ihm nicht zur Pflicht gemacht werden, den Export nach einem anderen Staate zu überwachen oder sogar zu verhindern.» Es sei allenfalls Aufgabe des anderen Staates, «das Einbringen von Waren zu verhüten». Im Klartext: In der Schweiz wurden mit dem Schmuggel keine Gesetze gebrochen, darum sah der Staat auch keinen Grund, ihm einen Riegel zu schieben. Es lag an der italienischen Seite, die Verzollung der Ware gemäss dem von ihr gewählten Tarif sicherzustellen. Zu weiteren Verhandlungen oder einer dauerhaften Lösung des Problems sah man keinen Anlass.

An dieser Haltung änderte sich auch nichts, als die politischen Verhältnisse an der Schweizer Südgrenze neu geordnet wurden: 1861 entstand das Königreich Italien, und die zuvor habsburgische Lombardei wurde Teil dieses neuen italienischen Nationalstaats. Nach der Einrichtung der Zentralregierung in Rom dauerte es nicht lange, bis der Schmuggel auf die politische Agenda zurückkehrte. Für das Jahr 1888 schätzte Rom die Zollausfälle auf rund 10 Millionen Lire (heute: ungefähr 80 Millionen Euro), wie aus einem Brief des Schweizer Botschafters an den Bundesrat hervorgeht. Der italienische Finanzminister wiederum stellte vor dem Parlament fest, dass die Schweiz zwar «die tiefsten bekannten Zolltarife», aber «sehr knappe militärische Kräfte und wenige Grenzwächter» im Einsatz habe. Daran sei wohl nicht viel zu ändern, aber die italienische Politik sei nicht willens, weiter untätig zu bleiben und zuzulassen, dass an der Grenze die Regeln des jungen Staates ausgehebelt würden.

Es ist der Tessiner Historiker Adriano Bazzocco, der diese politische Dimension des Schmuggels in den Blick genommen und kürzlich auch die diplomatischen Quellen in Bern und Rom ausgewertet hat. Zuvor beschränkte sich die Geschichtsschreibung auf lokale Darstellungen, die die nationale Ebene auf italienischer sowie auf Schweizer Seite kaum berücksichtigten.

Zuerst setzten die Italiener vor allem auf Rhetorik. Ein Eingreifen seitens der Schweiz hätte einen «hohen Freundschafts- und moralischen Wert», gab der italienische Abgeordnete und spätere Finanzminister Giulio Rubini aus Dongo, einem kleinen Dorf am Comersee, zu Protokoll. Eine Gelegenheit bot sich im Rahmen der Verhandlungen zum Handelsabkommen von 1889. Doch die Schweiz leistete offenbar Widerstand und liess das Thema nicht direkt ins Abkommen einfliessen. Immerhin wurde in einem Zusatzprotokoll festgehalten, dass innerhalb von drei Monaten ein runder Tisch einberufen werden solle, um das Thema Grenzverkehr und Schmuggel anzugehen. Als das Handelsabkommen in Kraft war, liess die Schweiz die Frist jedoch untätig verstreichen. Für Italien wuchs das Problem währenddessen weiter: 1897 berichtete die Tessiner Presse, dass die Verluste für die italienische Staatskasse inzwischen auf «mindestens 15 Millionen Lire» geschätzt wurden.

Die meisten Schmuggler kamen aus Bauernfamilien. Mitbringen mussten sie flinke Beine und exzellente Geländekenntnisse.

Was steckte hinter der laxen Haltung der Schweiz, warum tolerierte sie den Schmuggel ohne weiteres? Das ist nur mit der wirtschaftlichen Bedeutung zu erklären, die diese Form des Handels für die Grenzregionen im Wallis, im Tessin und in Graubünden hatte. Bern wusste um die schwierige Situation, in der sich die Randregionen befanden. Die Landwirtschaft steckte in der Krise, und der alpenüberquerende Transportverkehr veränderte sich rasant. Mit der Eröffnung der Gotthardbahn wuchsen zwar die Transportvolumen, doch der meiste Verkehr lief jetzt über diese Achse. Auf anderen Routen kamen die Transporte fast überall zum Erliegen. Die Säumer, die über Jahrhunderte Waren über Alpenpässe transportiert hatten, wurden arbeitslos. Viele entschieden sich aus Not für die Auswanderung nach Übersee. Ein Ausweg aus der Perspektivlosigkeit im Alpengebiet war nicht einfach zu finden. In Bern dachte deshalb niemand daran, den Schmuggel einzuschränken, der vielen Menschen ein Einkommen verschaffte und schliesslich erst beim Grenzübertritt in Italien «Unregelmässigkeiten» aufwies. Zudem gab es hierzulande, anders als in Italien, auch keine Verluste für die Staatskasse.

Um den Austausch der Waren über die Grenze zu organisieren, war eine ausgeklügelte Logistik nötig. Es herrschte eine klare Aufgabenteilung zwischen den zwei Seiten: hier die Schweizer Händler, die die Waren besorgten, dort gut organisierte Clans, die die Träger koordinierten und danach Verteilung und Verkauf der Produkte sicherstellten. Die Schlüsselrolle spielten dabei die «spalloni» («grosse Schultern», so wurden die Träger bezeichnet), die möglichst unbemerkt die Grenze überqueren mussten.

Die meisten wurden in Bauernfamilien rekrutiert. Die wichtigsten Eigenschaften, die sie für die Arbeit qualifizierten, waren flinke Beine und ausgezeichnete Geländekenntnisse. Gleichzeitig waren sie auch dem grössten Risiko ausgesetzt, erwischt zu werden. Wobei das Risiko einkalkuliert war: Wurde eine kleine Gruppe gesichtet, liessen die Männer die «bricolle» fallen und liefen in unterschiedliche Richtungen davon. Meist wurde somit nur einer erwischt.

Im südlichen Tessin wurden auch andere kreative Methoden eingesetzt. So wurden zum Beispiel Hunde dressiert, um selbständig Lasten von bis zu 10 Kilo über die Grenze zu schmuggeln. Es gab auch Frauen, die sich beteiligten, der Schmuggel bot auch ihnen einen willkommenen Zusatzverdienst. Für sie gab es etwas leichtere


HANDLUNG
MAGGI





Seine Schmuggler-Reportage aus dem Wallis verkaufte Paul Senn 1935/36 gleich an mehrere Schweizer Magazine. In der *Zürcher Illustrierten* stand zum Bild oben links: «Der vordere muss meine Kamera entdeckt haben, denn rasch will er mit der Hand das Gesicht verdecken. Aber es ist zu spät.»

Die zwei anderen Bilder erschienen in *Der Aufstieg*, einer Illustrierten «für das arbeitende Schweizervolk». Links nahm der Fotograf die Ausrüstung des Schmugglers in den Blick: «Die Beinkleider sind mit Waren gefüllt. So geht es über die Grenze nach Italien.» Oben sind zwei Italiener zu sehen, die laut Paul Senn «auf verschwiegenen Pfaden» über die Berge kamen und «schwer beladen» die Rückkehr antreten.



Zwar patrouillierten Grenzwächter entlang der 700 Kilometer langen Grenze, aber das schränkte den Schmuggel kaum ein. Auf der Schweizer Seite sah man in ihm kein Problem, auf der italienischen gab es Maulwürfe innerhalb des Korps, die bei Kontrolleinsätzen rechtzeitig warnten. Oben und unten: Schweizer Grenzwächter im Wallis, fotografiert von Paul Senn.



«bricolle», zudem kamen spezielle Unterröcke zum Einsatz, «bastine» genannt, die mit grossen Taschen versehen waren. Darin konnte die Schmuggelware unentdeckt auch an offiziellen Grenzstellen vorbeigeschleust werden.

Die italienischen Behörden blieben nicht untätig. Zwischen 1889 und 1894 bauten die italienischen Grenzwächter entlang des Mendrisiotto, an der Südspitze des Tessins, einen gut 30 Kilometer langen Zaun: eine 3,7 Meter hohe Sperre, die nicht nur den Hunden den Übergang hätte verunmöglichen sollen. Alle 10 Meter waren sogar kleine Bronzeglocken montiert. Sie läuteten bei Bewegungen des Gitters und alarmierten so die in der Nähe stationierten Beamten. Die Schmuggler freilich reagierten darauf mit einer weiteren Innovation: der «Salami-Methode». Dabei wurden Kaffeebohnen in längliche Säcke von etwa 10 Kilo verpackt, die dann analog zu den bekannten Salametti in einer Reihe zusammengeknüpft wurden. So konnte der Schweizer Verbindungsmann durch ein unauffälliges Loch im Grenzzaun schnell grosse Mengen durchschleusen, ohne dass der Empfänger die Grenze überqueren musste.

Was immer die italienischen Behörden versuchten, sie bekamen das Problem nicht in den Griff. Repression, Verurteilungen und Bussen fehlten zwar nicht, sie kratzten aber nur an der Oberfläche des Systems. Dies wohl auch deshalb, weil die Schmuggelkartelle mit Bestechung für Mässigung im italienischen Grenzkorps sorgten, wie die Historiker Massimo Mandelli und Diego Zoia für das Veltlin nachgewiesen haben. Maulwürfe innerhalb des Korps konnten zudem bei Kontrolleinsätzen rechtzeitig Alarm schlagen. Dass besonders in der Nachkriegszeit an beiden Seiten der Grenze sogar Materialseilbahnen gebaut wurden, ist wahrscheinlich auch nicht unbemerkt geblieben. Mittäter im Grenzschutz dürften somit eine Voraussetzung für das erfolgreiche Geschäften der Schmuggler gewesen sein.

Vor allem aber ist es Rom nie gelungen, das Problem an der Wurzel zu packen und etwas gegen die Perspektivlosigkeit breiter Bevölkerungsschichten zu unternehmen. Das vereinte Italien hatte von Anfang an ein Problem mit den Peripherien, vor allem im Süden, aber durchaus auch im stärker industrialisierten Norden. Die erste grosse Auswanderungswelle nach Übersee in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts betraf in erster Linie die Regionen am Alpenkamm, also Venetien, Trentino, die Lombardei und Piemont. Fast drei Millionen Menschen aus diesen Gebieten verliessen das Land, um in Amerika, Argentinien oder Australien ihr Glück zu suchen. Der Schmuggel bot eine Alternative zur Auswanderung.

Der Berner Geograf Hans Rudolf Zeller berichtete 1893 in seinen *Geologischen Streifzügen in den Lepontischen und Tessiner Alpen* nicht nur von Gesteinsformationen, sondern auch von seinen Begegnungen mit Schmugglern in grossen Höhen im Gebiet der Valle di Campo, einem Seitental der Valle Maggia. Mit viel Überzeugungsarbeit habe er es geschafft, das Vertrauen der «spalloni» zu gewinnen. So erfuhr er, dass sich pro Ladung 20 bis 25 Franken verdienen liessen, der Lohn einer Woche «ehrlicher Arbeit» mit der Hacke auf dem Feld. Bei mehreren Reisen pro Woche war das im alpinen Kontext ein rentables Geschäft. Das blieb nicht ohne Folgen: Die Landwirtschaft in den Grenzregionen fiel in eine Krise, da sich viele ganz auf den Schmuggel konzentrierten.

Auch auf Schweizer Seite wurde der Schmuggel essenziell. Hans Rudolf Zeller hielt nach einem Besuch im Dorfladen von Cimalmotto in der Valle di Campo fest: «Wer bei Pedrazzini» – dem Geschäftsführer – «eintritt, verwundert sich über die im Korridor aufgestapelten Zucker- und Kaffeesäcke, bis man vernimmt, dass dies alles nach Italien hinüberkommt.» Die Läden hatten sogar besondere Preise für die Schmuggler, die sich dort mit Kolonialwaren eindeckten.

Nicht nur der Handel profitierte vom illegalen Grenzverkehr. Der Historiker Adriano Bazzocco schreibt, dass auch die Zigarren- und Zigarettenmanufakturen im Tessin nicht per Zufall in Grenznähe bestens gediehen. Sie verarbeiteten grosse Mengen Tabak amerikanischer Herkunft. Allein im Jahr 1910 waren an die 2000 Arbeitnehmende in 27 Tabakfabriken angestellt, ein Viertel davon in der bekanntesten, der Fabbrica di Tabacchi in Brissago. Diese Firmen lebten vom erweiterten Markt jenseits der Grenze. Wie dieser erschlossen wurde, wurde dabei selten thematisiert.

Das System war beidseits der Grenze gut geölt und sorgte über Generationen für Wohlstand. Aber das Leben der Schmuggler war hart. Oft waren die Wege beschwerlich, das zeigt sich am Passo del Contrabbandiere, dem «Schmugglerpass» östlich des Simplons. Der Name verweist auf seine Funktion, zugleich zeugt der Ort von den Widrigkeiten des Geschäfts: Schwere Rucksäcke auf einem wilden Pfad zwischen dem Oberwallis und Domodossola bis auf 2500 Meter über Meer und wieder herunterzutragen, ist kein einfach verdientes Geld.

1914 kam es in der Gegend zu einem schweren Unfall: Acht Männer aus Piemont starben unter einer Lawine, kurz nachdem sie im Walliser Dorf Gondo ihre Ware besorgt hatten. Es waren arbeitslose italienische Saisonniers, die in den Wintermonaten, in denen die Baustellen ruhten, einen Zusatzverdienst suchten. Die Tragödie fand grosses Echo in der regionalen Presse. Von der illegalen Tat war kaum die Rede. Die Opfer wurden als mutige Männer beschrieben, die kein Risiko scheuten, um ihre Familie ernähren zu können.

In den 1930er Jahren ging der Fotoreporter Paul Senn den Spuren von Schmugglern im Wallis nach. Er berichtete von «heiteren Begegnungen im Bergdorf». In der Beiz bestellte er eine Flasche Fendant, um mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, und konnte danach berichten, «dass die Schmuggler eigentlich ganz liebe, gutmütige Kerle» seien. Diese Argumentation dominierte die Schweizer Sichtweise und auch das Empfinden auf der anderen Seite der Grenze.

1939 wurde unter dem Titel *Grenzwächter und Schmuggler* sogar ein Dokumentarfilm für die Schweizer Kinos produziert. Das faschistische Regime intervenierte: Das vermittelte Bild sei respektlos gegenüber den Behörden und die Armut, die gezeigt werde, irreführend. Man kann wohl annehmen, dass das Bild vor allem am Selbstverständnis des Faschismus als Heilsbringer des Landes kratzte. Es gibt nur noch Plakate des Films, alle Kopien wurden vernichtet.

Die italienische Politik versuchte immer wieder, die Schmuggler als schlechte Patrioten hinzustellen, als Feinde der Rechtsordnung, aber mit wenig Erfolg. Ähnlich erging es der Kirche. Sie versuchte es mit moralischen Appellen und beklagte den «Zerfall der Sitten und die Gier». Bereits 1833 schrieb der Generalvikar der Diözese Como einen Hirtenbrief an seine Priester. Schmuggel, hielt Giuseppe Peverelli fest, sei «der Tod der öffentlichen Moral». Die Beteiligten machten die Nacht zum Tag, heiligten die Feiertage nicht, und das einfach verdiente Geld führe zu einem «unnützen Leben», das darin gipfle, in den Spelunken «zu saufen und zu fluchen».

Solche Klagen blieben ohne Wirkung. Auch in der Bevölkerung verursachte der Schmuggel keine moralischen Skrupel – vielmehr wurde er mythisch überhöht. Die Welt der Schmuggler, eng verbunden mit der rauen Bergwelt, wurde zum Sinnbild des Widerstandes der Berg- und Grenzbevölkerung. Der Handel am Zoll vorbei war nicht nur ein legitimer Weg aus der Armut, sondern auch ein Zeichen des Unmuts gegen die Zentralregierung in Rom. Die Kritik lautete, dass der Staat sich nur dann meldete, wenn es darum ging, Steuern einzutreiben und Junge zum Militär einzuziehen. Das illegale Treiben genoss somit auf beiden Seiten der Grenze breite Zustimmung.

Während der beiden Weltkriege versiegte kurzfristig der Warenfluss, die Grenzen wurden dichtgemacht und von den Armeen beider Länder dauernd bewacht. Viele Schmuggler mussten Dienst leisten. Zudem zentralisierte die Schweiz die Landesversorgung und rationierte den Verkauf vieler Güter, darunter auch Kaffee, Zucker und Tabak – die Säulen des Schmuggels an der Südgrenze. Jetzt wurde es plötzlich möglich, ja nötig, den illegalen Handel zu bremsen. Im Zweiten Weltkrieg kam es sogar zu einer kurzfristigen Umkehrung der Handelsströme. Als 1943 das faschistische Regime zusammenbrach, stürzte Italien in eine Wirtschaftskrise. Die drastische Abwertung der Lira und der gleichzeitige Mangel an bestimmten Produkten in der Schweiz förderten den Schmuggel von Waren – insbesondere von Reis – in Richtung Schweiz. Die Italiener erhielten im Gegenzug eine harte Währung, dazu auch Salz und andere Produkte des täglichen Bedarfs. Aber das blieb eine kurze Episode in dieser Geschichte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte in Italien der Wiederaufbau ein, bald erlebte das Land ein

«Wirtschaftswunder» mit enormen Wachstumsraten. In nur zehn Jahren, von 1950 bis 1960, verdoppelte sich das Pro-Kopf-Einkommen. Die junge Republik übernahm das Zollregime der vorangehenden Ära, die Differenz zwischen den Schweizer und den italienischen Zöllen war also weiterhin so gross, dass der Schmuggel gute Geschäfte versprach. So flossen bald wieder gigantische Mengen an Kaffee und Zigaretten von der Schweiz in den Süden. Meistens fand der Transport weiterhin auf den Schultern der «spalloni» statt, mindestens für den unmittelbaren Grenzübertritt. Die gute alte Methode blieb sicherer als doppelte Böden in Lastwagen oder Privatautos. Geändert hat sich die Aufmerksamkeit, die das Thema in der Politik erfuhr: Italien steuerte in Richtung Vollbeschäftigung, die Steuereinnahmen sprudelten, und der Schmuggel verlor seine Dringlichkeit in der diplomatischen Agenda.

Die Schweiz ihrerseits blieb bei ihrer legeren Haltung und nutzte den Tabakschmuggel in der Nachkriegszeit sogar dazu, die AHV mitzufinanzieren. Seit 1925 erhob der Bund eine Steuer auf Tabak, und dieses Geld war von Anfang an dafür vorgesehen, die 1948 eingeführte AHV zu alimentieren. Wurde der besteuerte Tabak nun legal als deklarierte Ware aus der Schweiz exportiert, bekamen die Händler die Steuer zurück; die AHV ging in diesem Fall also leer aus. Anders sah es bei Tabak aus, der über die grüne Grenze ausgeführt wurde. Diese Ware wurde von den Schmugglern in aller Regel bei schweizerischen Stellen angemeldet und von den Beamten in einer speziellen Statistik erfasst. Sie trug den Namen «Export II» – in Abgrenzung zur «Export I»-Statistik, in der regulär ausgeführte Güter registriert wurden. Bei «Export II»-Ausfuhren wurde die Tabaksteuer nicht zurückerstattet, der Bund gewann also Geld für die AHV. Und zwar nicht wenig: Laut Angaben der Oberzolldirektion trug der «Export II» nach Italien der AHV von 1961 bis 1972 880 Millionen Franken ein. Die Schmuggler wiederum hatten dank der Registrierung eine Garantie dafür, dass sie unbehelligt geschäften konnten. Der Handel war weiterhin lukrativ: In Italien war der Einfuhrzoll auf Tabak so hoch, dass er sich dort mit grossem Gewinn verkaufen liess.

Erst in den 1970er Jahren kam der jahrhundertelange Handel abrupt zu einem Ende. Nicht weil Italien und die Schweiz jetzt plötzlich zu einer bilateralen Lösung gefunden hätten. Es waren andere Vorgänge, die den Schmugglern das Handwerk legten. Mit der Liberalisierung der Wechselkurse verlor die italienische Lira ab 1973 rasant an Wert. Importe aus der Schweiz wurden wesentlich teurer. Im gleichen Jahr begannen die Gatt-Verhandlungen, die zum Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen in der halben Welt führten. Auch die Schweiz und Italien waren mit an Bord. Auf einen Schlag wurden alle Importzölle drastisch gesenkt. Die Differenz in den Zollsätzen fiel weg – und damit auch die Grundlage des Schmuggels.

Für einige Jahre wurden noch ein paar Ausweichgüter geschmuggelt, Elektronik und Uhren zum Beispiel, die in Italien steuerlich stärker belastet wurden. Doch es handelte sich nur noch um Einzelfälle. Der weitere Zerfall der italienischen Währung entzog auch diesem Geschäft die Rentabilität. Das Fest war vorbei. |G|



Daniele Papacella, Jahrgang 1971, ist Historiker und Journalist. Er arbeitet als Korrespondent für das Fernsehen der italienischsprachigen Schweiz (RSI) in Bern.

Weiterführende Literatur

Adriano Bazzocco: Spalloni e bricolle. Storia sociale del contrabbando al confine tra Italia e Svizzera 1861–1939. Bern 2025.

Franz Ebner und Dominik Siegrist (Hg.): Schmuggellandschaften. Wege und Geschichten an der Schweizer Südgrenze. Zürich 2026.

Massimo Mandelli und Diego Zoia: La carga. Contrabbando in Valtellina e Valchiavenna. Sondrio 1998.

Der TV-Beitrag *Kaffeeschmuggel vom Puschlavtal nach Italien* (1965) des Bayerischen Rundfunks ist online verfügbar: www.ardmediathek.de

Illustration: Agata Marszalek

GLUTMUT

GEGENSEITIG GESICHERTES DENKEN
ERFÜLLT DIE ZEIT IM SINN
DES GENAUEN VORWÄRTSDENKENS;
DAS HINGEGEN ERFÜLLT DIE ZEIT
DER WIRKLICHKEIT SO SEHR,
DASS DENKEN ZUR WIRKLICHKEIT WURDE
UND SO AUF DIESE WEISE
ZUM DENKEN FÜHRTE,
DAS AM ANFANG WIRKLICHKEIT WAR.

ERZÄHLUNG UND TEXTE

CARLO ANTON CRAMERI

AKADEMIE FÜR ZEITGEIST
BÜRO FÜR AKTIVE KUNST

Glutmut.com

Zugaben

106
Werkstatt
Von Daniel Di Falco

110
Empfehlungen

114
Das Buch meines Lebens
Von Sven Beckert

Schön muss es nicht sein

Was tun mit einem stillgelegten AKW? Die Architekturhistorikerin Anne-Catherine Schröter findet, man müsse den Erhalt als Denkmal prüfen.

Text Daniel Di Falco **Bild** Beat Schweizer

Eigentlich ist der Fall ja klar. Baudenkmäler – das sind architektonische Objekte, die aus bedeutenden Entwicklungen in der Gesellschaft hervorgegangen sind, ästhetischen, aber auch wirtschaftlichen, politischen, technologischen. Und darum gibt es ein öffentliches Interesse, sie zu erhalten. Weil sie diese Entwicklungen bezeugen und anschaulich machen. Weil sie sie verkörpern.

So oder ähnlich formulieren es die Architektur- und Kunsthistoriker. Und so steht es auch in den kantonalen Bau- und Denkmalschutzgesetzen. Dabei stellt sich die Frage nach dem Schutz oder dem Erhalt längst nicht nur bei Bauernhäusern, Fabriken oder Bahnhöfen, sondern auch bei ausgemusterten Skiliften oder Bunkern. Das heisst: Schön oder schmuck muss ein Bau nicht sein, um sich als Denkmal zu qualifizieren.

Bei Atomkraftwerken ist es trotzdem anders. Im Dezember 2019 wurde in Mühleberg bei Bern das erste der fünf kommerziellen AKW in diesem Land abgeschaltet, für immer. Seither läuft der sogenannte Rückbau, und wenn nichts dazwischenkommt, sind bis 2031 alle nuklearen Bestandteile demontiert, bis 2034 auch die konventionellen – dann wird vom AKW nichts übrig sein. Bei der BKW Energie AG denkt man darüber nach, auf dem frei werdenden Gelände am Lauf der Aare eine Batteriespeicheranlage zu errichten, womöglich auch ein Rechenzentrum.

Manche würden diesen Gang der Dinge einen Segen nennen. Doch Anne-Catherine Schröter spricht von einer «verpassten Chance». Dass man den Abriss beschlossen habe, ohne den Denkmalwert des Kraftwerks zu diskutieren, sei «schon ein bisschen problematisch». Zugleich sei es bezeichnend: «Vom Wirtschaftsboom und vom Wohlstand, den die Atomenergie gebracht hat, haben wir profitiert», sagt Schröter. «Doch ihre Konsequenzen haben wir verdrängt. So etwas passiert uns als Gesellschaft immer wieder.»

Schröter ist Architekturhistorikerin. Sie lehrt an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Muttenz, forscht an der Universität Bern, und sie hat eine Vorliebe für das Ungeliebte. Für die «hässlichen Entlein», wie sie sagt. Sie hat sich mit Parkhäusern befasst, in ihrer Dissertation untersucht sie die Architektur der Autobahn. Zuvor war sie in einem Nationalfondsprojekt über das Bauen in den Boomjahren tätig.

Es ging um die weit verbreiteten, aber unspektakulären Spielarten der Architektur, die in der Schweiz zwischen 1945 und 1975 entstanden sind und es nie in den Kanon der Architekturgeschichte geschafft haben. Dabei fiel der Blick auch auf die AKW. «In Frankreich oder Spanien hat man diese Bauaufgabe teilweise namhaften Architekten übertragen», erklärt die Expertin. In der Schweiz dagegen hätten vorwiegend Ingenieure die Kraftwerksbauten entworfen. Ergebnis, laut Schröter: keine prägnanten künstlerischen Gesten, sondern eine «gutschweizerische Zweckdienlichkeit». Zudem sollten die Anlagen mit der Landschaft «harmonieren», wie man es damals nannte.

Natürlich, die Kühltürme, die in Gösgen und Leibstadt errichtet wurden, nach dem Verbot der Flusswasserkühlung 1971: schwer zu übersehen. Aber man versenkte ihre Basis im Gelände, um sie niedriger erscheinen zu lassen. Und bei der Zusammensetzung des Betons wurde auf eine dunkle Färbung geachtet, die dezenter wirkte. All die Mühe verhinderte allerdings nicht, dass gerade die Türme zum visuellen Inbegriff der Atomkraft wurden – zu einem negativen Symbol, das sich die Gegner in ihrem Kampf zunutze machten.



Hier ist es schon zu spät, der «Rückbau» soll 2034 abgeschlossen sein: Anne-Catherine Schröter vor dem Kraftwerk Mühleberg mit dem Kamin und dem kuppelförmig bedachten Reaktorgebäude, August 2026.

So erzählt es die Architekturhistorikerin. Und so verständlich vermittelt auch ein Band, der dieses Jahr erschienen ist, die wichtigsten Befunde aus der Forschung. Zugleich soll er die Diskussion in die Öffentlichkeit tragen – darüber, was mit den weiteren AKW geschehen soll, wenn sie stillgelegt werden. Nach Mühleberg folgen, so plant es die Axpo, Beznau I und II 2032 und 2033.

Klar, sagt Schröter, Atomkraftwerke seien «unbequeme Denkmäler». Aber klar ist für sie auch, dass sie einen Wert als Denkmal haben, als Zeugen einer «geschichtlichen Entwicklung, die uns geprägt hat». Und an dieser Bedeutung ändere sich auch nichts, falls in der Schweiz doch wieder neue AKW gebaut werden sollten, irgendwann.

Tatsächlich hat diese Technologie einer ganzen Epoche ihren Namen gegeben, dem «Atomzeitalter», das auf den Zweiten Weltkrieg folgte, bevor sie, nach der Euphorie des Anfangs, in den 1970er Jahren einen Konflikt entfachte, der die Gesellschaft spaltete. Es ging nicht nur ums Risiko einer Havarie wie in Harrisburg und später Tschernobyl (*NZZ Geschichte* Nr. 63, April 2026) oder um den nuklearen Abfall. Es ging um die Zukunftsfähigkeit von Technik überhaupt, den Sinn von Fortschritt und Wachstum, die Macht der Experten und den Wert der Demokratie. Da zerbrachen grundlegende Gewissheiten. Und was könnte von diesem Wertewandel besser erzählen als eines der AKW, die in der Schweiz noch stehen?

Vor bald zwei Jahren luden das Institut für Kunstgeschichte der Uni Bern und der Verein Baukulturen der Schweiz zu einer Konferenz. Fachleute der Denkmalpflege und der Kulturgeschichte aus halb Europa trafen sich, um über das «kulturelle Erbe der nuklearen Ära» zu debattieren. Es gab ein Podium, und dort war auch die Rede von der Berliner Mauer – davon, dass sie fast verschwunden sei. Man schien sich einig, dass eine «aufgeklärte Gesellschaft» eine solche «Auslöschung historischer Gegebenheiten» nicht zulassen könne. Welche negativen Folgen hätte es, wenn man nun auch die gebauten Zeugen des Atomzeitalters verlöre?

«Aus meiner Sicht keine.» Das war, so knapp wie klar, der Bescheid des Direktors des Verbands der Schweizer Stromwirtschaft. Was also nützen die klügsten Einsichten in die Zeitzeugenschaft von AKW, wenn die Eigentümer davon nichts wissen wollen? Die Branche sei gesetzlich zum Rückbau verpflichtet, erklärt Schröter, auch darum sei die Erhaltung für sie derzeit kein Thema. Sie lehne sie aber auch nicht kategorisch ab – vorausgesetzt, sie müsse sie nicht alleine tragen. Es brauchte Einnahmen aus einer neuen Nutzung, so Schröter, um ein ehemaliges Kraftwerk zu unterhalten.

Industriepark, Museum, Kulturzentrum, Sportplatz – an Vorschlägen, was aus einem AKW alles werden kann, fehlt es nicht. An Beispielen aber auch nicht. 1995 kaufte ein Unternehmer das Werk im nordrhein-westfälischen Kalkar und machte daraus das «Wunderland»: einen Freizeitpark mit Hotel, Restaurants und Vergnügungsanlagen, der auch Kongresse und Messen ausrichtet und jährlich eine Viertelmillion Besucher zählt. Ob ein Kühlturm allerdings noch ein Kühlturm ist, wenn er als Matterhorn bemalt und als Kletterwand genutzt wird – da gehen die Ansichten auseinander.

Mehr AKW gibt es in Zwentendorf in Niederösterreich: Dort ist eins im Originalzustand erhalten. Es dient der Schulung von Kerntechnikern und Kraftwerkspersonal, aber auch als Übungsplatz für Blaulichtorganisationen und als Schulraumprovisorium. Mittlerweile sind zudem ein Solarkraftwerk und ein Zentrum für Photovoltaikforschung installiert. Und seit 2010 gibt es zweistündige Führungen durch das AKW («festes Schuhwerk erforderlich»).

Allerdings sind Kalkar und Zwentendorf Sonderfälle, weil beide Werke nie mit Radioaktivität in Berührung gekommen sind: Sie wurden fixfertig gebaut, waren aber politisch so umstritten, dass sie nicht in Betrieb genommen werden konnten. Die Erhaltung eines regulären Reaktorgebäudes sei wegen der Strahlung so gut wie ausgeschlossen, sagt Schröter. Und schwierig sei es je nachdem auch mit den Turbinen und dem Hochkamin.

«Natürlich mindert das den Denkmalwert. Doch Denkmalschutz ist keine Käseglocke, unter der sich nichts verändern darf.» Das gelte für ein Bauernhaus, sagt die Architekturhistorikerin, aber auch für ein Atomkraftwerk. |G|

Christina Haas, Anne-Catherine Schröter und Harald R. Stühlinger: Kernkraftwerke. Basel 2026.
www.baukulturen-schweiz.ch/working-group.html

Impressum

Ausgabe 66, Oktober 2026

Redaktion
Redaktionelle Leitung: Claudia Mäder
Redaktion: Daniel Di Falco
Art Direction: Claudio Gmür
Bildredaktion: Barbara Stauss
Korrektorat: Andrea Suter, Barbara Walder

Ressortleiter Kultur und Geschichte der «NZZ am Sonntag»
Peer Teuwsen

Wissenschaftlicher Beirat
Prof. Dr. Irène Herrmann, Universität Genf
Prof. Dr. Caspar Hirschi, Universität St. Gallen
Prof. Dr. Gisela Hürlimann, TU Dresden
Prof. Dr. Sacha Zala, Universität Bern

Verlag
Neue Zürcher Zeitung AG, Postfach, CH-8021 Zürich

Leserservice
Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch
www.nzz.ch/leserservice

Adresse Redaktion
NZZ Geschichte, Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. +41 44 258 11 11, geschichte@nzz.ch

Jahresabonnement
NZZ Geschichte (inkl. E-Paper):
98 Fr. (Schweiz), 107 € (Deutschland und Österreich),
107 Fr. (übriges Ausland)

NZZ Geschichte digital (E-Paper):
98 Fr. (Schweiz), 98 € (Ausland)
Tel. +41 44 258 10 00, go.nzz.ch/geschichte

Einzelheftbestellung (inkl. Mehrwertsteuer)
19 Fr. (Schweiz und Ausland),
shop.nzz.ch/geschichte, shop@nzz.ch

Anzeigenverkauf
NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG
Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. +41 44 258 16 98, sales@nzzone.ch, www.nzzone.ch
Predi Vukovic-Häfliger, Product Manager
Tel. +41 44 258 12 62, predi.vukovic@nzzone.ch

Konzept und Creative Direction
Winkreative

Gesamtherstellung
fabs Schweiz AG, Zürich

Druck
Druckhaus Kaufmann GmbH, Lahr/Schwarzwald (Deutschland)

Management
Unternehmensleitung: Felix Graf
Projektleitung: Adrian Dinser

Nächste Ausgabe
26. November 2026

ISSN 2297–2722

© 2026 Neue Zürcher Zeitung AG

Korrigendum Der Albumtitel *Albedo 0.39* des Musikers Vangelis verweist, anders als im letzten Heft auf Seite 82 erklärt, nicht auf die Distanz der Erde zu Alpha Centauri. «Albedo» steht für das Rückstrahlvermögen einer Oberfläche und gibt an, wie viel des einfallenden Sonnenlichts sie reflektiert. 0,39 ist der Wert für die Erde. Wir bitten um Entschuldigung.

ANZEIGE

NZZ | Live

Veranstaltungsausblick

29. September 2026
18.30 Uhr | Landesmuseum, Zürich
Der lange Schatten der DDR

13. Oktober 2026
19.30 Uhr | Bernhard Theater, Zürich
Wie Noten unser Leben prägen - Margrit Stamm zu Gast


© Zoshua Colah auf Unsplash

15. Oktober 2026
18.30 Uhr | NZZ-Foyer, Zürich, und online
Zwischen Selbstoptimierung und Gelassenheit: ein ganzheitlicher Ansatz

22. Oktober 2026
18.30 Uhr | NZZ-Foyer, Zürich, und online
Starlink Wars – Geopolitik im Weltraum

26. Oktober 2026
20.00 Uhr | Kaufleuten Festsaal, Zürich
Pioniergeist in den Alpen: Der Absturz der Dakota und die Evolution der modernen Flugrettung

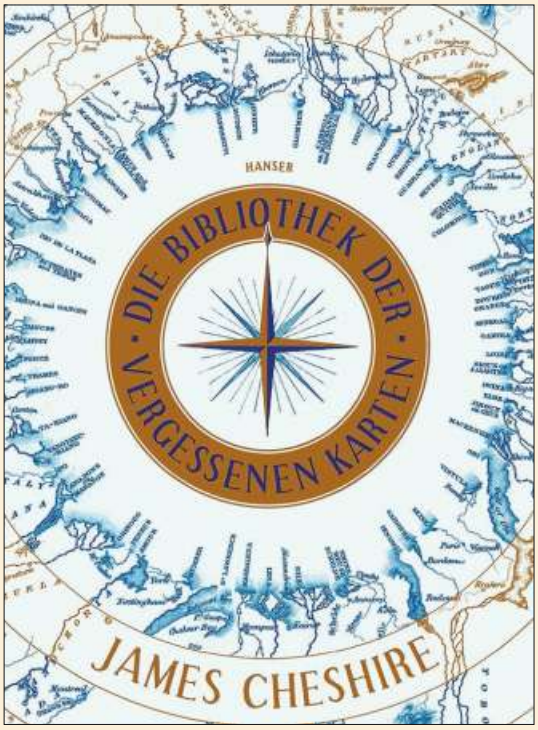

© Timothy Nevius auf Unsplash

28. Oktober 2026
18.30 Uhr | NZZ-Foyer, Zürich, und online
Kritische Rohstoffe als strategischer Engpass – auch in der Schweiz?

Eine Übersicht über alle Veranstaltungen der NZZ finden Sie unter: **nzz.ch/live**

Vom Mond bis zum Meeresboden

James Cheshire: Die Bibliothek der vergessenen Karten. Hanser 2026. 384 S., um 51 Fr.



cmd. Man kann in diesem Buch, erstens, einfach schmökern und James Cheshire in seine «Schatzkammer» folgen: Der Geograf hat in der Kartensammlung des University College London (UCL) Tausende Karten und Atlanten gesichtet und umwerfende Stücke zusammengetragen. Sie führen einen vom Mond bis zum Meeresboden, manche sind kunstvolle Aquarelle, andere akribisch gezeichnete Diagramme. Zweitens kann man dieses Buch aber auch von vorne bis hinten lesen und dabei eine kleine, feine Geschichte der Kartografie und ihrer politischen Verwendung entdecken. Cheshire berichtet, wie topografische Karten im 19. Jahrhundert systematisch mit Daten zu Rohstoffen, Ethnien oder Religionen ergänzt wurden und so zentrale Argumente für Kriege lieferten.

Sammlungen wie jene des UCL gehen heute mangels Benutzern zwar reihenweise zu, doch die Kraft der Karten ist ungebrochen. Putins Soldaten etwa hatten Karten des Sowjetreichs dabei, als sie die Ukraine überfielen: Es galt, die alten Grenzen wiederherzustellen.

Keine Zivilisation ohne Bäume

Christian Küchli: Bäume, die die Welt bewegen. AT 2026. 320 S., um 43 Fr.

pap. Christian Küchli beschäftigt sich schon sein Leben lang mit Wäldern: als Forstingenieur, Autor, Journalist und Sektionschef im Bundesamt für Umwelt. Zugleich versteht er es, komplexe Zusammenhänge anschaulich darzustellen. In seinem neuen Buch nimmt er vier Baumarten in den Blick, die für unsere Zivilisation besonders bedeutsam waren: Eiche, Teak, Kautschukbaum, Mahagoni. So beschreibt er etwa, wie Eicheln während Jahrtausenden als Nahrung für Tier und Mensch genutzt wurden. Oder wie Eichenholz für Fässer aller Art Verwendung fand, bevor es mit dem Schiffs- und Gleisbau die Kolonisierung der Welt ermöglichte. Küchli verbindet in seinem reich illustrierten Buch Botanik mit Politik, Wirtschaft und Kultur, zeigt aber auch auf, was nachhaltige Waldnutzung heute heisst. Und wie die Ökosysteme wieder ins Lot gebracht werden können.



Mut in Montgomery

Rosa Parks: Meine Geschichte.
Unionsverlag 2026. 188 S., um 33 Fr.

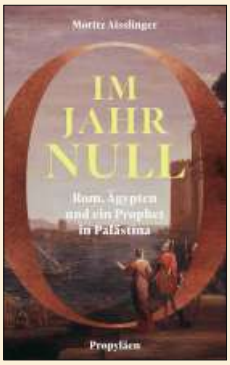
cmd. Als Kind schlief Rosa Parks oft in Kleidern. In den amerikanischen Südstaaten, wo sie lebte, nahm nach dem Ersten Weltkrieg die Gewalt des Ku-Klux-Klans derart zu, dass Schwarze jederzeit mit Angriffen rechnen mussten – und sich also auch nachts zur Flucht bereithielten. Gegen die Brutalität des Klans gab es kein anderes Mittel, aber gegen alltägliche Zumutungen, gegen rassistische Pöbeleien und Beleidigungen Widerstand zu leisten, lehrte ihr Grossvater Rosa von klein auf. In Parks' Autobiogra-



fie erfährt man, wie die Frau heranwuchs, die sich 1955 in einem Bus in Montgomery weigerte, ihren Sitzplatz einem Weissen abzutreten, und so die Bürgerrechtsbewegung mit anstiess. Ihr Buch schrieb Parks schon 1992. Der Rassismus ist seither nicht verschwunden, und so kann man es nur begrüssen, dass es jetzt erstmals auch auf Deutsch vorliegt.

Die grosse Zeitenwende

Moritz Aisslinger: Im Jahr Null. Rom, Ägypten und ein Prophet in Palästina.
Propyläen 2026. 400 S., um 38 Fr.



rib. Man schrieb das Jahr 20 vor Christus, und Musa, eine römische Sklavin, kam an den Hof des Partherkönigs im heutigen Iran. Natürlich wusste noch niemand, dass man im Jahr 20 war: In Rom war es das Jahr 734 seit der Gründung der Stadt, bei den Parthern das Jahr 227 seit der Herrschaft des ersten Königs, und Christen gab es noch keine. Der Historiker Moritz Aisslinger umkreist die Jahrzehnte der Zeitenwende und schildert Gleichzeitigkeiten einer Epoche, die die Welt geprägt hat wie sonst kaum eine. Von Afrika bis China, von Rom bis Jerusalem lässt er den Blick schweifen und verbindet Alltagsereignisse zu einer grossen Geschichte.
Ein paar Jahre nachdem sie nach Parthien gekommen war, war Musa übrigens Königin und herrschte zusammen mit ihrem Sohn über das Reich.
Der König war vergiftet worden. Wahrscheinlich von Musa.

Es werde kalt!

Jan Eike Dunkhase: Kühle neue Welt. Eine Geschichte der Moderne.
Reclam 2026. 288 S., um 39 Fr.

läu. Was wäre dieser Sommer ohne gekühlte Getränke gewesen? Dass wir Eiswürfel im Gefrierfach haben, ist allerdings eine neuere Entwicklung in der Menschheitsgeschichte. Während das Heizen seit je überlebenswichtig war, entstand das industrielle Kühlen erst im 19. Jahrhundert, wie der Historiker Jan Eike Dunkhase zeigt. Techniken wie die Windtürme der Perser oder die Kaltkeller in den Alpen existierten zwar seit der Antike. Doch die auf Physik, Chemie und Elektrizität beruhenden Kältemaschinen setzten sich erst im Industriezeitalter durch – nicht zuletzt wegen der amerikanischen Fleischindustrie. Dunkhase untersucht Zusammenhänge zwischen künstlicher Kühlung und Kolonialismus und prägt den Begriff «Dialektik der Abkühlung»: Je mehr Kühlgeräte laufen, desto stärker erwärmt sich die Erde. Wenn das kein Buch des Jahres ist!



Ein halber Revolutionär

Bart Van Loo: Napoleon. Der Schatten der Revolution. Eine Biografie. C. H. Beck 2026. 712 S., um 52 Fr.

cmd. Hat die Welt auf eine neue Napoleon-Biografie gewartet? Nein. Lohnt es sich, dieses Buch zu lesen? Unbedingt! Einmal wählt Bart Van Loo eine interessante Perspektive, um auf einen der bekanntesten Männer der Geschichte zu blicken. Der belgische Historiker nähert sich Napoleon konsequent von der Französischen Revolution her und zeigt einerseits, wie diese einem «dahergelaufenen Gastarbeiter» (Van Loo) aus Korsika überhaupt erst eine Karriere ermöglichte, und macht andererseits klar, dass der spätere Kaiser doch stets mit einer gewissen Abscheu auf den



«Pöbel» blickte, der die Revolution vorantrieb. Sodann und vor allem ist Van Loo schlicht ein grossartiger Erzähler – mit seinem zupackenden Stil und seinem Sinn für Pointen dürfte er auch jene Menschen begeistern, die über Napoleon schon alles zu wissen meinen.

Die Wurzeln der Krisen

Philipp Blom: Die strauchelnde Welt. Eine Globalgeschichte 2001–2014. Hanser 2026. 400 S., um 44 Fr.



rib. Das 21. Jahrhundert wurde mit grossen Hoffnungen begrüsst. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die regelbasierte internationale Ordnung gesichert und Frieden eine Selbstverständlichkeit. Eine Welt, in der Krieg und Armut der Vergangenheit angehörten, schien greifbar. Die Ernüchterung folgte rasch. Islamistische Terroristen verübten ein Attentat auf die Twin Towers, Russland annektierte die Krim, antidemokratische Kräfte erstarkten, rücksichtslose Machtpolitik verdrängte Diplomatie. Was ist geschehen?, fragt Philipp Blom. Er blickt auf den Anfang des neuen Jahrhunderts, sucht die Ursachen der Krisen, mit denen die Welt heute kämpft. Und versucht zu verstehen, wie es nach dem Sieg des liberalen Westens dazu kam, dass die Zukunft nicht mehr als Chance, sondern als Bedrohung empfunden wird.

Geschnürte Frauen

Evke Rulffes: Eingeschnürt. Wie der weibliche Körper in Form gebracht wurde. Harper Collins 2026. 292 S., um 37 Fr.

cmd. Kaiserin Cixi bemitleidete Europas Frauen: «Sie werden mit Stahlstangen gebunden, bis sie kaum noch atmen können», bemerkte die Chinesin um 1900. Damals waren Korsette weit verbreitet – aber eben nur in Europa. Chinas Frauen atmeten freier. Dafür konnten sie nur unter Schmerzen gehen: Über 90 Prozent trugen Bandagen, die die Füsse auf Kleinstmass stauchten – was die Europäer bizarr fanden. Evke Rulffes untersucht in ihrem anregenden Buch zwei Moden, die aus der Distanz befremdlich wirkten, aber einem ähnlichen Muster folgten: Das Einschnüren weiblicher Körperteile war einst ein Merkmal des Adels – Frauen, die sich kaum regen konnten, zeigten, dass sie nicht arbeiten mussten –, später ging die Praxis ins Bürgertum über, und als die Masse sie übernahm, verlor sie ihre Distinktionskraft und verschwand.



Ehre den Verlierern!

Ralf Höller: Aus dem Geschichtsbuch gefallen. Wagenbach 2026. 144 S., um 35 Fr.

ddf. Wer sagt, dass es die grossen Taten sind, die Geschichte machen? Oft sind sie vergeblich und landen in einer Ecke hinten auf dem Estrich der Erinnerung. Ein Dutzend solcher Fälle holt der Autor Ralf Höller in diesem charmanten Büchlein ans Licht. Er erzählt von Revolutionärinnen, die grandios gescheitert sind. Oder von einem Schiffbrüchigen, dessen Doppelgänger unter dem Namen Robinson Crusoe weltberühmt wurde. Höller tut es aus Sympathie mit den Verlierern. Aber nicht nur: «Wer aus den negativen Erfahrungen anderer lernt, muss nicht mehr sämtliche Fehler selber



begehen.» Das gilt dann wohl auch für die beiden Fälle, von denen Höller schon in *NZZ Geschichte* berichtet hat: den russischen Beamten, der von der Kolonisierung Kaliforniens träumte. Und den deutschen Ökonomen, der eine Welt ohne Mieten und Zinsen schaffen wollte.

Römerin im Machtzirkel

Jane Draycott: Fulvia. Die Frau, die im alten Rom alle Regeln brach. Piper 2026. 304 S., um 37 Fr.



rib. Das antike Rom war Männersache. Frauen, das waren die Frauen an der Seite grosser Männer. Von wenigen kennt man Namen, die meisten sind vergessen. Fulvia ist eine der Frauen der späten Republik, von denen nicht nur der Name überliefert ist, sondern auch ihr zweifelhafter Ruf. Grausam und herrschsüchtig soll sie gewesen sein, sagten ihre Feinde. Und Feinde hatte sie genug. Dreimal war sie verheiratet. Mit Protagonisten der Machtkämpfe, die die Jahrzehnte vor Julius Cäsars Ermordung prägten. Zuletzt mit Octavians Gegenspieler Marcus Antonius, mit dem sie sogar Krieg führte. Die Historikerin und Archäologin Jane Draycott erzählt die Geschichte einer Frau, die sich dem Leben entzog, das für eine Tochter aus Roms besten Kreisen vorgesehen war. Fulvia mischte sich ein, griff nach der Macht. Und bezahlte dafür mit dem Leben.

Ideen für Neandertaler

Kulturmuseum St. Gallen: Stereotypes: Neanderthalerin. Bis 25. April 2027. www.kulturmuseumsg.ch

ddf. Wer benutzte eigentlich den Speer? Die Frage, die das St. Galler Kulturmuseum stellt, scheint unschuldig. Aber sie führt mitten ins Grundlegende: in die Art und Weise, wie unser Bild einer fernen, fremden Welt zustande kommt. Ein Fell, eine Keule, ein grimmiger Blick – ein grobschlächtiger Höhlenmensch wurde zum Inbegriff der Neandertaler. Doch was ist mit den Neandertalerinnen? Und den Kindern und den Alten? Aus dem, was die Funde hergeben, entwirft die Ausstellung neue Möglichkeiten, wie wir uns die urzeitliche Gesellschaft vorstellen könnten – in Sachen Ernährung, Fürsorge oder Mobilität. Dabei besteht sie darauf, dass wir vieles nicht und vielleicht nie wissen. Und dass es genau diese Lücken sind, die wir allzu gern mit unseren eigenen sozialen Normen füllen – etwa mit Rollenbildern, die den Neandertalern wohl fremd und fern vorgekommen wären.



Fernand Braudel: Die Dynamik des Kapitalismus

Von Sven Beckert

Der Kapitalismus ist ein Enigma. Er wird gefeiert und verabscheut. Er ist omnipräsent und unsichtbar. Wissenschafter finden seine Ursprünge an den unterschiedlichsten Orten und in den verschiedensten Perioden – von Florenz bis Manchester, vom zweiten Jahrtausend vor Christus bis zu den 1780er Jahren. Für einige Beobachter ist er ein spezifischer Moment in der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit, für andere gleichbedeutend mit dem Wirtschaften an sich.

Seit ich mich mit Geschichte beschäftige, denke ich über den Kapitalismus nach, auch wenn es viele Jahre gedauert hat, bis ich das bemerkt habe. Die Literatur zum Kapitalismus ist unendlich, aber es war Fernand Braudels Buch *Die Dynamik des Kapitalismus,* das mir ganz neue Perspektiven eröffnete. In dem kurzen Text – die Transkription dreier Vorträge, die Braudel 1976 an der amerikanischen Johns Hopkins University hielt – versucht der französische Historiker, seine damals noch unabgeschlossene dreibändige *Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts* zusammenzufassen und zuzuspitzen. Auf wenigen Seiten sprudeln lauter scharfsinnige Beobachtungen aus diesem Buch hervor.

In kurzen, prägnanten Passagen betont Braudel den historischen Charakter des Kapitalismus und präsentiert ihn als eine revolutionär neue Logik des Wirtschaftens. Er zeigt, dass diese Logik sich nur schleichend über viele Jahrhunderte und gegen grossen Widerstand durchgesetzt hat und wie wichtig andere Formen des Wirtschaftens geblieben sind – Subsistenzwirtschaft zum Beispiel. Braudel macht klar, dass Märkte und der Handel älter sind als der Kapitalismus und ihn nicht definieren. Stattdessen sieht er staatliche Macht und Monopole als Kennzeichen des Kapitalismus. Fernhandelskaufleute sind zentrale Akteure in seiner Geschichte; der Kapitalismus, zeigt Braudel, war das Projekt einer zunächst kleinen Elite. Doch auch diese konnte sich erst mit dem Staat als mächtigem Partner durchsetzen.



Sven Beckert ist Laird Bell Professor of History an der Harvard University. 2014 ist sein Buch *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus* (C. H. Beck) erschienen, im letzten Jahr folgte *Kapitalismus. Geschichte einer Weltrevolution* (Rowohlt).

Das Buch ist viel zu kurz, um all seine Versprechungen einzulösen, und es irrt auch an einigen Stellen. Aber es hinterlässt einen Strauss an Fragen und Beobachtungen, die es möglich machen, diese eigenartige Form des Wirtschaftens besser zu verstehen. Braudel hat immer darauf bestanden, dass eine der zentralen Aufgaben eines Historikers sei, die Welt zu «sehen». Sein Buch hat mir geholfen, den Kapitalismus neu zu sehen. |G|

Illustration: Agata Marszalek

Die besten Abos der Schweiz



Aargauer Zeitung
8 Wo. 58.– statt 139.90

Basler Zeitung
8 Wo. 33.– statt 114.–

Berner Oberländer
10 Wo. 44.– statt 140.–

Blick
3 Mte 99.– statt 228.–

BZ Berner Zeitung
10 Wo. 44.– statt 142.50

bz Zeitung für die Region Basel
8 Wo. 58.– statt 127.40

Der Bund
10 Wo. 44.– statt 147.50

Der Landbote
8 Wo. 33.– statt 102.–

Finanz und Wirtschaft
8 Wo. 44.– statt 112.–

Freiburger Nachrichten
8 Wo. 29.– statt 86.–

Luzerner Zeitung
8 Wo. 58.– statt 139.90

Neue Zürcher Zeitung
8 Wo. 130.– statt 180.–



NZZ am Sonntag
8 Wo. 45.– statt 64.–

Schweiz am Wochenende
10 Wo. 50.–

Schweizer Bauer
8 Wo. 30.– statt 72.–

Solothurner Zeitung
8 Wo. 58.– statt 139.90

SonntagsZeitung
8 Wo. 22.– statt 54.–

St. Galler Tagblatt
8 Wo. 58.– statt 139.90

Tages-Anzeiger
8 Wo. 44.– statt 130.–

Thuner Tagblatt
10 Wo. 44.– statt 140.–

Thurgauer Zeitung
8 Wo. 58.– statt 139.90

Zürcher Unterländer
8 Wo. 33.– statt 102.–

Zürichsee-Zeitung
8 Wo. 33.– statt 102.–



DAS EINFAMILIENHAUS
3 Ausg. 20.– statt 27.–

DAS IDEALE HEIM
3 Ausg. 25.– statt 30.–

DIE WELTWOCHE
4 Mte 49.– statt 108.–

GlücksPost
26 Ausg. 99.– statt 135.–

HÄUSER MODERNISIEREN
3 Ausg. 20.– statt 27.–

NZZ Folio
6 Ausg. 55.– statt 72.–

NZZ Geschichte
6 Ausg. 69.– statt 98.–



PCtipp
6 Ausg. 33.– statt 42.–

RAUM UND WOHNEN
3 Ausg. 25.– statt 30.–

Schweizer Familie
10 Wo. 33.– statt 70.–

Schweizer Illustrierte
26 Ausg. 119.– statt 153.–

SPICK*
5 Ausg. 59.– statt 79.–

Umbauen + Renovieren
3 Ausg. 20.– statt 25.50

WOHNMOBIL & CARAVAN
3 Ausg. 20.– statt 25.50

*Exkl. E-Paper resp. Digital-Abo

Bis zu **70%** Rabatt!

SCHWEIZER MEDIEN



www.presseabo.ch

Gewinnen Sie einen der 10 Gutscheine im Wert von je CHF 1000.–

Teilnahme Wettbewerb vom 1. September bis 30. November 2026 möglich.*

Abo-Shop online:

www.presseabo.ch

Alle Preise in Schweizer Franken, inkl. MWST.
Abopreise gültig bis 31. Dezember 2026.

***Teilnahme Wettbewerb vom 1. September bis 30. November 2026.** Nehmen Sie kostenlos online teil unter www.presseabo.ch oder per Postkarte an SCHWEIZER MEDIEN, Stichwort «Wettbewerb Presseabo», Postfach, 8099 Zürich. Zur Teilnahme berechtigt sind alle Personen mit Wohnsitz in der Schweiz. Pro Person ist nur eine Teilnahme am Wettbewerb zulässig. Der Gewinn wird nicht in bar ausbezahlt. Ihre Gewinnchancen sind unabhängig einer Bestellung. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Es gelten die AGB sowie die Datenschutzerklärung, welche unter www.presseabo.ch einsehbar sind.

Ich profitiere vom einmaligen Sonderangebot und bestelle folgende Abonnemente:

Dabei nehme ich während der Laufzeit des Wettbewerbs automatisch an der Verlosung teil.

Zeitungen

- ◯ Aargauer Zeitung
- ◯ Basler Zeitung
- ◯ Berner Oberländer
- ◯ Blick
- ◯ BZ Berner Zeitung
- ◯ bz Zeitung Region Basel
- ◯ Der Bund
- ◯ Der Landbote
- ◯ Finanz und Wirtschaft
- ◯ Freiburger Nachrichten
- ◯ Luzerner Zeitung
- ◯ Neue Zürcher Zeitung
- ◯ NZZ am Sonntag
- ◯ Schweiz am Wochenende
- ◯ Schweizer Bauer
- ◯ Solothurner Zeitung
- ◯ SonntagsZeitung
- ◯ St. Galler Tagblatt
- ◯ Tages-Anzeiger
- ◯ Thuner Tagblatt
- ◯ Thurgauer Zeitung
- ◯ Zürcher Unterländer
- ◯ Zürichsee-Zeitung

Zeitschriften

- ◯ DAS EINFAMILIENHAUS
- ◯ DAS IDEALE HEIM
- ◯ DIE WELTWOCHE
- ◯ GlücksPost
- ◯ HÄUSER MODERNISIEREN
- ◯ NZZ Folio
- ◯ NZZ Geschichte
- ◯ PCtipp
- ◯ RAUM UND WOHNEN
- ◯ Schweizer Familie
- ◯ Schweizer Illustrierte
- ◯ SPICK
- ◯ Umbauen + Renovieren
- ◯ WOHNMOBIL & CARAVAN

◯ **Ich nehme nur an der Verlosung teil.**

Meine Adresse

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

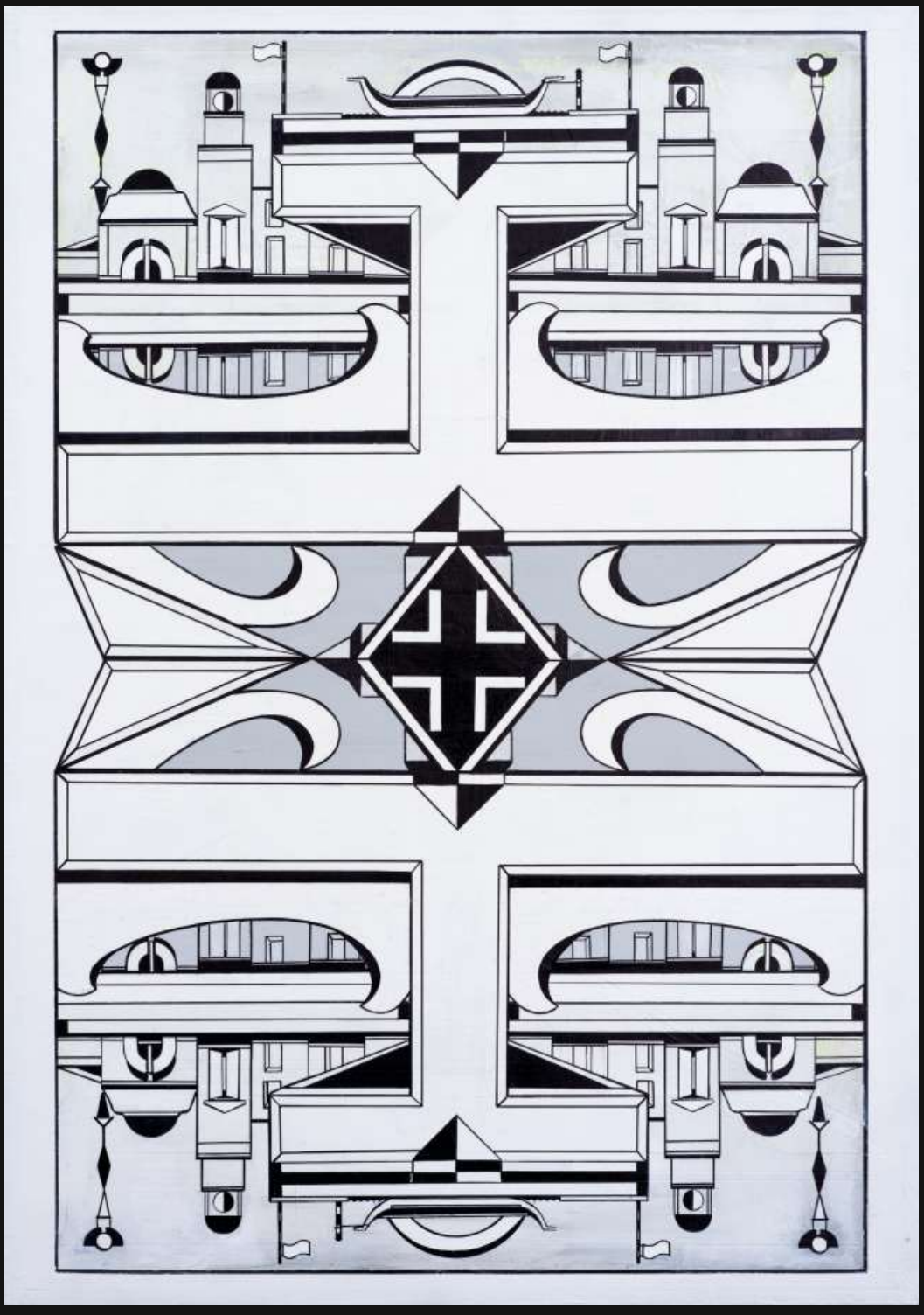
Telefon: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

Bestelltalon retournieren an:
SCHWEIZER MEDIEN, Presseabo, Postfach, 8099 Zürich

Abobestellungen: Einsendeschluss Abotalon 15.12.2026 / Abopreise gültig bis 31.12.2026.
Alle Preise verstehen sich in Schweizer Franken (inkl. MWST) und im Vergleich zum regulären Einzelverkaufs- oder Abopreis. Angebote gelten nur in der Schweiz und nur für Neuabonnenten (gilt auch für im selben Haushalt lebende Personen). Es gelten die AGB sowie die Datenschutzerklärung, welche unter www.presseabo.ch einsehbar sind.



Carlo A. Crameri

Acryl auf Hartkarton, 147 x 108 cm

ARK OF THE COVENANT

paf.bz Glutmut.com